



**BREMEN
BREMERHAVEN**
ZWEI STÄDTE. EIN LAND.



ZUKUNFT BREMEN 2035
IDEEN FÜR MORGEN

Der Senat



Freie
Hansestadt
Bremen

INHALT

Vorwort	4/5
Chronologie des Zukunftsprozesses	6/7
Wegweiser durch die Broschüre	8/9
8 Leitziele für Bremen und Bremerhaven	10
1 Attraktive, wachsende Städte	10
2 Gute Bildung von Anfang an	16
3 Starke Wirtschaft, starkes Land	22
4 Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven	28
5 „Green Cities“ des Nordens	34
6 Exzellente Wissenschaft	40
7 Digitalisierung für Gesellschaft und Wirtschaft	46
8 Meine Straße, mein Stadtteil, meine Stadt	52
13 Handlungsfelder	58
Statements zum Zukunftsprozess	98
Bremer Jugendring	98
Seniorenvertretung Bremen	102
Bettina Wilhelm, Landesbeauftragte für Frauen	150/151
Dr. Joachim Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter	152/153
Prof. Dr. Christoph Burmann, Experte für Stadtmarketing	154/155
Die Mitwirkenden	156/157
Impressum	158

ZUKUNFT BREMEN 2035 IDEEN FÜR MORGEN

www.zukunft.bremen.de



Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,

Zukunft Bremen 2035 – Ideen für morgen, so lautet der Titel des Berichts über den Bremer Zukunftsprozess, den wir Ihnen heute vorlegen. Seit September 2017 haben zahlreiche Mitwirkende mit viel Engagement und Sachverstand daran gearbeitet, eine Zukunftsvision für Bremen und Bremerhaven bis zum Jahr 2035 zu entwickeln.

Unser Bundesland wächst. Für die Zukunft ist es deshalb zentrales Ziel, das weitere Wachstum unserer Städte so zu gestalten, dass die hier lebenden, lernenden und arbeitenden Menschen sowie ansässigen Unternehmen sich hier wohlfühlen, gerne bleiben und sich hier engagieren. Die Attraktivität und Lebensqualität Bremens und Bremerhavens hängt dabei auch von einem leistungsfähigen, bürgerorientierten öffentlichen Dienst ab.

Das ist auch und gerade vor dem Hintergrund der jahrelangen, konsequenten Haushaltskonsolidierung eine große Herausforderung. Aber durch den erfolgreichen Abschluss bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern haben wir die hierfür notwendigen neuen finanziellen Gestaltungsspielräume geschaffen.

Im Rahmen des Zukunftsprozesses wurde deutlich: Die Menschen in Bremen und Bremerhaven erwarten eine gute Bildung für alle, die Chancengleichheit gewährleistet.

Von herausragender Bedeutung für sie ist außerdem ein ausreichendes Angebot an familienfreundlichen Arbeitsplätzen mit Aufstiegschancen sowie bezahlbarer Wohnraum innerhalb unserer Landesgrenzen.

Einem nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz messen die Bürger*innen eine hohe Bedeutung bei.

Für die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt unserer Städte sind die Aufwertung der Innenstädte sowie sichere, saubere und gut ausgestattete Quartiere ebenso wichtig wie eine moderne und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur.

Forschung und Lehre in exzellenten Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen ziehen gerade junge Menschen an. Die Unterstützung von Gründer*innen und Start-ups trägt dazu bei, dass sie in unseren Städten bleiben und hier heimisch werden.

Auch die ausgeprägte Willkommenskultur in unseren beiden Städten, die mit dazu beiträgt, dass sich hier bei uns alle in einem Klima von Toleranz und sozialem Zusammenhalt gut aufgehoben fühlen, ist für die Menschen ein sehr hohes Gut unseres Bundeslandes.

Der öffentliche Dienst hat als Arbeitgeber und als Ausbildungsstätte eine Vorbildfunktion zu erfüllen und zieht qualifizierte Fach- und Führungskräfte an.



ZUKUNFT BREMEN 2035 IDEEN FÜR MORGEN

Mit Blick auf die nun vorliegenden Ergebnisse sind wir überzeugt: Den Zukunftsprozess auf ein so breites Fundament zu stellen, hat sich bewährt. Allen Beteiligten und Mitwirkenden gilt unser herzlicher Dank für ihr großes Engagement! Nur durch die Beiträge der Stakeholder, die fachkundige Begleitung durch die externen Expert*innen und die Unterstützung durch die Mitarbeiter*innen der Senatsressorts und des Magistrats sowie die Diskussionsbeiträge im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen war es möglich, diesen Prozess in so kurzer Zeit erfolgreich zu gestalten – aus unserer Sicht ein gelungenes Beispiel für die lebendige politische Kultur in unserem Land.

Wie geht es jetzt weiter? Die Ergebnisse werden nun in die politischen Diskussionen über die Zukunft unseres Bundeslandes und die Entscheidungen der gewählten Mandatsträger*innen einfließen. Für die Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen braucht es ganz sicher einen längeren Atem. Nicht zuletzt, weil die finanziellen Mittel trotz der neuen Spielräume natürlich begrenzt bleiben. Das bedeutet: Wir werden Prioritäten setzen und die einzelnen Maßnahmen mit einer zeitlichen Perspektive versehen – die Realisierung also in kurz-, mittel- und langfristige Projekte differenzieren. Wichtig ist: Wir wollen mit der Umsetzung rasch beginnen. Denn die Zukunft Bremens und Bremerhavens beginnt heute.



Dr. Carsten Sieling
Bürgermeister
Präsident des Senats



Karoline Linnert
Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen



Melf Grantz
Oberbürgermeister
Bremerhavens

ZUKUNFT BREMEN 2035

DER PROZESS

Die erste Phase (September 2017 – Februar 2018)

18. September 2017: Auftaktklausur von Zukunftskommission und Zukunftsrat

Erstes Treffen von Zukunftsrat (Repräsentant*innen von Organisationen und Verbänden aus Bremen und Bremerhaven sowie neun externe Sachverständige) und Zukunftskommission (die Mitglieder des Senats und der Oberbürgermeister Bremerhavens).

Oktober 2017 – Februar 2018: Arbeitsprozess (I) zu drei Themenfeldern

Vertreter*innen des Zukunftsrates und Mitarbeiter*innen der Verwaltung erarbeiten in Perspektivgruppen zu den Schwerpunktthemen „Infrastruktur“, „Stadtentwicklung“ und „Qualifizierung“ zahlreiche Ideen und Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der Politikfelder.

In drei Hearings zu den Schwerpunktthemen wird der Arbeitsprozess in erweiterter Runde mit jeweils ca. 100 Teilnehmer*innen fortgesetzt.

Die Mitarbeiter*innen der Senatsressorts und des Magistrats werten das Material aus und entwickeln in Abstimmung mit den Prozessbeteiligten eine differenziertere Sortierung der Themen in Form von 13 Handlungsfeldern.

Die zweite Phase (März 2018 – Oktober 2018)

9. März 2018: 2. Klausur von Zukunftskommission und Zukunftsrat

Die zweite Klausur markiert den Übergang von der Phase des Dialogs und des Sammelns von Vorschlägen in die Phase der Konkretisierung und inhaltlichen Verdichtung. Zukunftsrat und -kommission verständigen sich auf 13 Handlungsfelder.

März – Juni 2018: Arbeitsprozess (II) zu 13 Handlungsfeldern

Vertreter*innen der Stakeholder erarbeiten gemeinsam mit Mitarbeiter*innen der Senatsressorts und des Magistrats Vorschläge zu den 13 Handlungsfeldern. Ende Juni 2018 legen die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse in Form von 13 Handlungsfelderpapieren vor.

Juli/August 2018: Abstimmung der Arbeitsergebnisse

Die Texte werden redaktionell überarbeitet und mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppen abgestimmt.

August/September 2018: Zur Diskussion gestellt

In acht öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in Bremen und Bremerhaven werden interessierte Bürger*innen über den Stand des Zukunftsprozesses informiert.

September 2018: Verständigung auf Leitziele

Die Zukunftskommission, d.h. die Mitglieder des Senats und der Bremerhavener Oberbürgermeister, verständigt sich auf acht Leitziele, in denen sie ihre Schlussfolgerungen aus dem Zukunftsprozess zusammenfasst.

15. Oktober 2018: 3. Klausur von Zukunftskommission und Zukunftsrat

Im Rahmen der Klausur wird der Ergebnisbericht präsentiert und zur Diskussion gestellt. Am Abend gibt eine Veranstaltung Gelegenheit zur öffentlichen Debatte der Ergebnisse und zum Ausblick auf die weiteren Perspektiven.



ZUKUNFT BREMEN 2035

EIN WEGWEISER DURCH DEN ERGEBNISBERICHT

Im Juni 2017 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen den Prozess Zukunft Bremen 2035 ins Leben gerufen und wichtige Interessengruppen des öffentlichen Lebens aus Bremen und Bremerhaven sowie externe Expert*innen zur Mitwirkung eingeladen. Mit diesem Bericht wird das Ergebnis vorgestellt. Zum besseren Verständnis der einzelnen Teile soll diese Einleitung beitragen.

8 LEITZIELE

Schlussfolgerungen und politische Prioritäten der Zukunftskommission

Aus der gemeinsamen Arbeit sind zahlreiche Anregungen und Vorschläge zur Zukunft des Landes Bremen hervorgegangen. Mit den acht Leitzielen fasst die Zukunftskommission, bestehend aus den Mitgliedern des Senats und dem Bremerhavener Oberbürgermeister, ihre Schlussfolgerungen aus dem Zukunftsprozess und Prioritäten für die politische Umsetzung zusammen.

Die Leitziele beziehen sich jeweils auf mehrere der in den Arbeitsgruppen erörterten Handlungsfelder. Sie benennen Schwerpunkte, die aus Sicht der Zukunftskommission auf dem Weg zu einem dauerhaft leistungsfähigen, nachhaltigen und sozial gerechten Land Bremen vorrangig umgesetzt werden sollen. Sie werden mit diesem Bericht zur Diskussion gestellt und sollen dazu beitragen, den weiteren politischen Diskurs zwischen allen gesellschaftlichen Kräften über die Zukunft unseres Landes anzureichern und zu strukturieren.

→ Seite 10 – 57

13 HANDLUNGSFELDER

Ideen und Vorschläge aus Wirtschaft und Gesellschaft

Die Grundlagen des Zukunftsprozesses bilden zahlreiche Vorschläge und Ideen zur „Zukunft Bremen 2035“, die in Workshops und Arbeitsgruppen zu 13 Handlungsfeldern erarbeitet wurden. Entscheidend waren dabei die Beiträge der sogenannten Stakeholder, 25 vom Senat benannter Vertreter*innen gesellschaftlicher Organisationen aus Bremen und Bremerhaven, die den Zukunftsrat bilden.

In Abstimmung mit den zuständigen Senatsressorts und dem Magistrat wurde für jedes Handlungsfeld eine Bewertung der jeweiligen Ausgangslage in Bremen und Bremerhaven vorgenommen, als Grundlage für die Formulierung wesentlicher Ziele und Maßnahmen für die nächsten Jahre bis 2035. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in den 13 Handlungsfelderpapieren dokumentiert und fließen als eine wesentliche Grundlage in diesen Bericht ein.

→ Seite 58 – 149

KONSTRUKTIVE BLICKE ÜBER DEN TELLERRAND

Die Beiträge der externen Expert*innen

Neun externe Expert*innen haben einen wesentlichen Beitrag zur Öffnung der Zukunftsdiskussion geleistet. Durch ihre Beiträge in den Arbeitsgruppen und Hearings haben sie den Blick über Bremen und Bremerhaven hinaus erweitert und der internen Diskussion neue Impulse gegeben. Ihre Statements zu den Leitzielen fassen diesen Blickwinkel noch einmal konzentriert zusammen.

→ Seite 14/15, 21, 27, 32, 39, 45, 51, 57

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DER JUGEND

Wünsche und Ideen von Jugendlichen zum Zukunftsprozess

Die Jugendlichen von heute werden die Zukunft des Landes gestalten. Deshalb waren auch sie eingeladen, ihre Wünsche und Forderungen für die Zukunft unserer beiden Städte einzubringen. Zahlreiche junge Menschen haben sich sehr engagiert an den Hearings beteiligt und ihre Ideen auf einer digitalen Plattform formuliert.

→ Seite 98 – 101

AKTIVE MITWIRKUNG ÄLTERER MENSCHEN

Für eine seniorengerechte Stadt

2035 wird mehr als ein Drittel der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Bei der Gestaltung der Zukunft kommt daher den Anliegen und Bedürfnissen der älteren Menschen eine besondere Bedeutung zu. Schwerpunkte benennt der Beitrag der Bremer Seniorenvertretung.

→ Seite 102/103

LEBENDIGE DEMOKRATIE UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Grundlagen unseres Gemeinwesens

Die Gestaltung der Zukunft ist ohne die Themen Teilhabe, Toleranz und Geschlechtergerechtigkeit nicht möglich. Diese häufig als „weich“ bezeichneten Themen stellen tatsächlich die Grundlagen dar, auf die sich unser Gemeinwesen verständigt hat, um zu funktionieren und künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Das begründet ein Beitrag der Bremer Landesbeauftragten für Frauen, Bettina Wilhelm.

→ Seite 150/151

TEILHABE FÖRDERN, BARRIEREN ABBAUEN

Für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen

Bremens Landesverfassung und die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten den Staat zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe behinderter Menschen und zum Abbau von Benachteiligungen. Der Beitrag des Landesbehindertenbeauftragten, Dr. Joachim Steinbrück, zeigt auf, welche Herausforderungen bestehen, um die Entstehung neuer Barrieren und ausgrenzender Strukturen zu verhindern und die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen zu verbessern.

→ Seite 152/153

GUTES TUN UND DARÜBER REDEN

Modernes Marketing für Bremen und Bremerhaven

Welches Image hat unser Land „innen“ und „außen“? Worin besteht der „Markenkern“ unserer Städte Bremen und Bremerhaven? Wie kann das Erscheinungsbild unseres Zwei-Städte-Staates verbessert werden? Dazu nimmt Professor Christoph Burmann, ausgewiesener Experte für Stadtmarketing, in seinem Beitrag Stellung. Seine Vorschläge geben Hinweise für die Ausrichtung künftiger Marketingkonzepte.

→ Seite 154/155

So vielfältig und bunt wie der hier vorliegende Ergebnisbericht war auch der bisherige Zukunftsprozess. Er hat gezeigt, dass es keine einfachen und endgültigen Antworten zur Gestaltung der Zukunft gibt. Aber er hat auch deutlich gemacht, dass unsere Stadtgesellschaften in Bremen und Bremerhaven über das Potenzial verfügen, engagiert, kenntnisreich und verantwortungsbewusst gemeinsam daran zu arbeiten. Viel Spaß bei der Lektüre!



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Hohe Lebensqualität in allen Quartieren

Politik als Impulsgeber

Bremen und Bremerhaven sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Trotz der damit verbundenen hohen Herausforderungen sind beide Städte nach wie vor Orte mit hoher Lebensqualität und attraktiven Arbeitsplätzen. Sie bieten mit ihren vielfältigen Angeboten ein großstädtisches Umfeld und zugleich gut erreichbare naturnahe Erholungsräume. Um die Attraktivität der beiden Städte für die Menschen zu erhalten und auszubauen und neue Einwohner*innen anzuziehen, muss ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar sein. Für die Innenstädte brauchen wir Konzepte, die den Funktionswandel der Zentren berücksichtigen und öffentliche Plätze und Räume für Kultur und Begegnung schaffen. Für neue Quartiere sind Konzepte zur Verbindung von Wohnen und Arbeiten sowie moderne Mobilitätskonzepte zu entwickeln.

LEITZIEL 1

ATTRAKTIVE, WACHSENDE STÄDTE WO MENSCHEN GERNE LEBEN

IMPULSE FÜR WACHSENDE STÄDTE PASSENDE ANGEBOTE SCHAFFEN

Das weitere Wachstum unserer Städte soll nach hohen Qualitätsmaßstäben erfolgen:

Wo neue Wohnquartiere entstehen, wird auf eine Mischung von Miet- und Eigentumswohnungen geachtet. Alternative Wohnformen wie Bau- und Mietgemeinschaften oder Genossenschaften werden schon bei der Planung mitberücksichtigt. Insbesondere neu entstehende Wohnquartiere sollen mit einer attraktiven Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr sowie bequemen und sicheren Fahrradwegen und einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur ausgestattet werden.

Impulse für die wachsenden Städte der Zukunft kann die Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) bringen. Daher wird das Land mit seinen beiden Städten eine IBA entwickeln und sie dazu nutzen, Teile der beiden Städte neu zu denken. Wichtige Elemente dabei sind nachhaltige Mobilitätskonzepte, sozial integrative und innovative Wohnideen unter Einsatz nachhaltiger Materialien, moderne Standorte der Arbeit und ein CO₂-neutrales Energiekonzept.

Die Stadt Bremen braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, für Haushalte mit kleinem Einkommen, aber auch für Familien aus dem Mittelstand sowie große Familien, Alleinerziehende und Studierende sowie ältere und behinderte Menschen. Dafür werden neben der Weiterentwicklung und Pflege der bestehenden Quartiere auch neue Gebiete durch Umnutzung und Erschließung zu schaffen sein, bei denen die vielfältigen Anforderungen und Wünsche an Wohnformen berücksichtigt werden müssen.

In Bremerhaven wird sowohl die Schaffung neuer Quartiere als auch die Sanierung von Quartieren mit vom Verfall bedrohten Häusern fortgesetzt, um die betroffenen Wohngebiete zu stabilisieren.

Die Innenstädte erleben einen tiefgreifenden Wandel, der gestaltet werden muss: Durch die wachsende Bedeutung des Onlinehandels wird Einkaufen in Zukunft nicht mehr die einzige Funktion der Innenstädte sein.

Das Zentrum in Bremen braucht einen neuen Mix von modernen Einzelhandelskonzepten, Wohnen, Arbeiten, Lernen sowie gastronomischen und kulturellen Angeboten. Auch auf Grundlage der Ideenmeisterschaft im September 2018) wird das Innenstadtkonzept in Zusammenarbeit mit den Projektentwicklern und Investoren fortgeschrieben. Dazu soll u. a. die Sichtbarkeit der Hochschulen im Zentrum verstärkt werden. Um mehr und attraktivere öffentliche Plätze zu schaffen, sind neue Konzepte für den Individual- und Lieferverkehr zu entwickeln. Damit werden die Aktivitäten privater Investoren planerisch und gestalterisch begleitet. Zugleich wird dafür gesorgt, dass die Interessen der Bewohner*innen und Besucher*innen angemessen berücksichtigt werden. Neue Wege öffnen Bremen zur Weser hin. Die Schlachte als Flaniermeile wird Richtung Überseestadt ausgebaut.

In Bremen-Nord wird das Areal um den Bahnhof Vegesack und das Haven Hööv't neu gestaltet.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Entwicklung einer IBA „Wachsende Städte“
- Entwicklung der neuen Quartiere, u. a. am Europahafen, in Woltmershausen und an der Rennbahn
- Fortschreibung des Innenstadtkonzepts Bremen
- Deutliche Attraktivitätssteigerung der Innenstädte, insbesondere durch Qualifizierung der öffentlichen Räume und Zugänge
- Umgestaltung der Domsheide zum attraktiven neuen Eingangsbereich der Bremer City
- Neugestaltung und Aufwertung der Verbindung zwischen dem Bahnhofsareal und dem Vegesacker Zentrum
- Weitere Profilierung des Bereiches Havenwelten/Innenstadt in Bremerhaven
- Entwicklung des Wertquartiers Bremerhaven
- Schaffung von Anreizen zur Sanierung von Häusern in bedrohten Quartieren (insbesondere in Bremerhaven)



Maritimes Flair in Bremerhaven lockt Einheimische und Touristen.

Die Innenstädte erleben einen tiefgreifenden Wandel, der gestaltet werden muss

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung des ehemaligen Kellogg-Geländes in der Bremer Überseestadt, verbunden mit einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept. Im Vorderen Woltmershausen soll ein Quartier entstehen, das beispielhaft Wohnen und Gewerbeentwicklung miteinander verbindet. Das Gelände am Güterbahnhof wird als innovatives Dienstleistungs- und Kulturzentrum weiterentwickelt. Das Rennbahngelände wird zu einem Modellquartier mit hoher Freiraumqualität und einem vielfältigen, insbesondere bezahlbaren Wohnungsangebot, in dem auch Smart City-Ansätze erprobt werden.

In Bremerhaven punktet das Quartier am Neuen Hafen schon jetzt mit Hafentourismus, urbanem Wohnen und Arbeiten sowie vielfältigen Angeboten für Freizeit und Tourismus. Damit auch die Innenstadt von dieser Entwicklung profitiert, sollen attraktive Verbindungen zwischen den Havenwelten und dem Hauptgeschäftsbereich Innenstadt entstehen, unter anderem durch den Umbau der Columbusstraße und die Sanierung der Barkhausenstraße sowie durch die Schaffung von Querverbindungen. Mit dem

Wertquartier wird in Verbindung zum Stadtteil Geestemünde und dem nördlichen Fischereihafen ein neues urbanes Quartier entstehen, das mit attraktiven Wasserlagen aufwartet. In Verbindung mit dem Ausbau der Hochschule sollen in der Innenstadt Wohnangebote für Studierende entstehen. Das Kistner-Gelände, das Quartier am Warrings-Park, das Roter Sand-Quartier und das Quartier Rudloffstraße werden gezielt weiterentwickelt.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Bevölkerungswachstum über dem Durchschnitt der Bundesländer
- Zahl der Baugenehmigungen weiterhin auf hohem Niveau
- Steigerung der Zahl der Sozialwohnungen und der Wohnungen für Studierende und Auszubildende
- Erhöhung der Attraktivität der Innenstädte

Hohe Lebensqualität – was dafür gebraucht wird, wissen am besten die Bewohner*innen und Nutzer*innen in der Stadt. Allerdings ist „hohe Lebensqualität“ nicht für jede/n das Gleiche. Mut, neue Wege zu gehen und auf das Bewährte zurückzugreifen, ist gefragt.



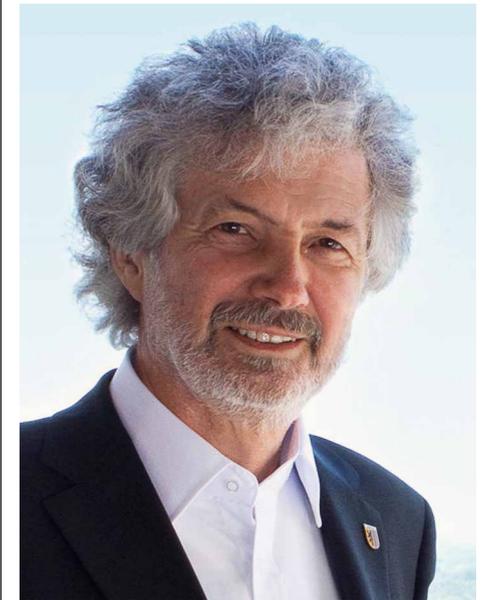
Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber

*Technische Universität Berlin
Universitätsprofessorin,
Bestandsentwicklung und Erneuerung
von Siedlungseinheiten*

Die bestehenden Quartiere verändern sich, die Stadt bekommt neue Quartiere dazu, beide mit hoher Lebensqualität zu gestalten ist ein Ziel, das so allgemein wie richtig ist. Herausforderung ist aber, zu wissen, was von den Nutzer*innen als hohe Lebensqualität verstanden wird. Die Bremer Wohntage Ende August 2018 haben unter großer Beteiligung von Bewohner*innen gezeigt, dass es vielfältige Ansichten von Lebensqualität gibt. Sie haben auch gezeigt, dass nur so, über die offene Kommunikation zu dem, was gebraucht wird, ein Verständigungsprozess gelingen kann. Die Einbettung der eigenen Perspektive in ein großes Event von überregionaler Bekanntheit, kann einen solchen Prozess unterstützen. Aber muss es eine IBA sein? Das Format ist nicht so international wie es klingt, eine große IBA braucht Zeit und die nächste, die vermutlich 2027 eröffnet wird zum 100. Jahrestag der internationalen Werkbundaustellung mit der Weißenhofsiedlung in Stuttgart, ist schon in Planung. Kann nicht ein kooperativer Austausch mit zwei europäischen

Städten, die ähnliche Herausforderungen haben, in einer auf drei Orte verteilten Anschauung über Lebensqualität in der zukünftigen Stadt vielleicht viel mehr bewegen?
Bremen ist eine Stadt, in der die Menschen sehr gerne zuhause sind, das haben nicht zuletzt die Wohntage gezeigt. Wenn das auch in Zukunft und auch für neu hinzukommende Bürger*innen so sein soll, wird Bremen seine schlummernden Potenziale für Lebensqualität verfügbar machen müssen: eine neue Akteurslandschaft aufschließen, Wohnen, Arbeiten, Versorgen in den Quartieren zukunftsfähig gestalten, Digitalisierung nutzen, das erfordert Abweichen von etablierten Mustern, Mut, auch unerprobte Wege zu gehen. Da ist die Zusammenarbeit mit Städten, die sich gerade auf den gleichen Weg machen, sicherlich ein stabilisierendes Moment. Und Bremen hat mit dem Bremer Haus sogar ein Alleinstellungsmerkmal, das flexibel und auch anpassungsfähig ist für die Bedarfe der Zukunft.

Leitziel und zugehörige Handlungsfelder benennen wichtige Aspekte zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Für den Erfolg bedarf es ressortübergreifender Zusammenarbeit, interkommunaler Kooperation und intensiver Einbindung der Bürger*innen.



Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

*Ehemaliger Direktor des Deutschen
Instituts für Urbanistik*

Mit der Formulierung von Leitzielen und Handlungsfeldern wird im Rahmen des „Zukunftsprozesses Bremen“ ein wichtiger Meilenstein gesetzt. Sie dokumentieren die Auseinandersetzung mit zentralen Herausforderungen, denen die Kommunen, und hier insbesondere die wachsenden Städte, aktuell gegenüberstehen und zeigen Wege auf, wie diese erfolgreich für Bremen und Bremerhaven bewältigt werden sollen.
Naturgemäß gibt es auch Zielkonflikte. Vor diesem Hintergrund kommt der Abwägung in den nächsten Phasen eine besondere Bedeutung zu. Dazu bedarf es der an mehreren Stellen angesprochenen ressortübergreifenden Zusammenarbeit und umfassender integrierter Handlungskonzepte bei der weiteren Konkretisierung. Wichtig sind außerdem engagierte interkommunale Kooperation und kontinuierliche Einbindung der privaten Akteure sowie der Bürger*innen.
Zentrale Themen wie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Attraktivität der öffentlichen Räume, Umgang mit den Auswirkungen des Onlinehandels

sowie räumliche Entwicklungsschwerpunkte werden benannt. Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ist gerade in wachsenden Städten unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang ist ein Konzept für die gemeinwohlorientierte Bodenpolitik, die darüber hinaus auch Zielsetzungen anderer Bereiche wie Klimawandel und -anpassung und Wirtschaftspolitik fördert.
Erste Ansätze zur Stärkung des stationären Einzelhandels und damit der Innenstädte und Nebenzentren gegenüber dem Onlinehandel werden aufgezeigt. Hier muss die Stärkung von Qualitäten im Vordergrund stehen. Vergrößerungen der Verkaufsfläche, insbesondere an nicht integrierten Standorten, wären kontraproduktiv. Angesichts nicht zu verkennender Prognoseunsicherheiten bedarf es einer regelmäßigen Evaluation und gegebenenfalls Fortschreibung. Das Ergebnis des bisherigen Prozesses bietet dafür in jedem Fall eine gute Grundlage.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Von der Kita bis in den Beruf

Umfassende Bildung für alle Altersstufen

Eine gute und ganzheitliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ist für ihre Zukunft ebenso wie für die Zukunft des Landes entscheidend. Mit einem ambitionierten Ausbauprogramm wurden deshalb Qualität und Standards im Bildungswesen des Landes in den vergangenen Jahren bereits erhöht. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass unsere Schüler*innen mindestens den bundesweit durchschnittlichen Leistungsstandard erreichen. Um eine gute Bildung in allen Altersstufen zu ermöglichen, muss dafür vor allem die bedarfsgerechte Ausbildung von Fachkräften gefördert werden.

LEITZIEL 2

**GUTE BILDUNG VON ANFANG AN
FÜR EIN LEISTUNGSFÄHIGES,
CHANCENGERECHTES UND INKLUSIVES
BILDUNGSSYSTEM**

LERNORT UND INTEGRATIONSMOTOR GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Dafür ist der wohnortnahe Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote, insbesondere und verstärkt in sozial benachteiligten Stadtteilen, vorrangig. Mit dem frühen Besuch einer Kindertageseinrichtung sollen Kinder in ihrer gesamten Entwicklung, insbesondere beim Spracherwerb, gefördert und in ihrem Sozialverhalten gestärkt werden. Damit werden die Voraussetzungen für Chancengleichheit und Integration von Kindern unterschiedlichen Geschlechts, unterschiedlicher Ethnien und sozialer Herkunft geschaffen. Der kostenlose Zugang zu frühkindlicher Bildung wird durch die Einführung der Beitragsfreiheit in unseren Kindergärten ermöglicht. Der Bildungsplan 0 bis 10 sichert durch ein gemeinsames, inklusives, geschlechtersensibles pädagogisches Verständnis einen bruchlosen Übergang zwischen Kita und Schule. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Möglichkeiten – auch von Alleinerziehenden –, berufstätig zu sein, verbessert.



Lernen für die digitale Zukunft.

Die Schule der Zukunft ist inklusiv und ganztätig. Wichtige Schritte in diese Richtung sind getan, aber das Unterstützungssystem muss weiter ausgebaut werden. In den nächsten zehn Jahren wird es in Bremen und Bremerhaven bis zu einem Fünftel mehr Schüler*innen geben. Von Kitas und Schulen wird erwartet, zusätzlich zu ihrem Bildungsauftrag auch Integrationsmotor zu sein und als Kristallisationspunkt erfolgreicher Stadtteilarbeit die soziale Spaltung zu kompensieren. Das erfordert eine deutliche Verbesserung der räumlichen und personellen Ausstattung. Der Gebäudebestand wird nicht nur saniert, sondern Kitas und Schulen werden zu modernen Lernorten um- und ausgebaut, beginnend in Stadtteilen mit dem größten Nachholbedarf. Digitale Lern- und Lehrmedien unterstützen den Umgang mit Vielfalt und tragen zur Förderung von Talenten bei. Qualitätsstandards werden auf Landesebene verbindlich geregelt. Damit wird die Qualität unserer Schulen mit Gebäuden, Ausstattung und Fachkräften dauerhaft das Niveau der übrigen Länder erreichen.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Differenzierte und an den sozialen und pädagogischen Herausforderungen orientierte Verbesserung des Betreuungs- und Personalschlüssels im Bildungssystem
- Programm zur Aufwertung und Qualifizierung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Berufen
- Programm zum Lernen in der digitalen Welt im Rahmen der Bund-Länder-Initiative
- Breite Unterstützung der Schulen durch das neue Institut zur Qualitätsentwicklung
- Entwicklung von Campus-Lösungen für Kitas, weiterführende Schulen und Berufsbildungszentren an ausgewählten Standorten, u. a. Realisierung eines Berufsbildungs-Campus in Bremen-Blumenthal



Gute berufliche und akademische Bildung sichert Fachkräfte für die Region.

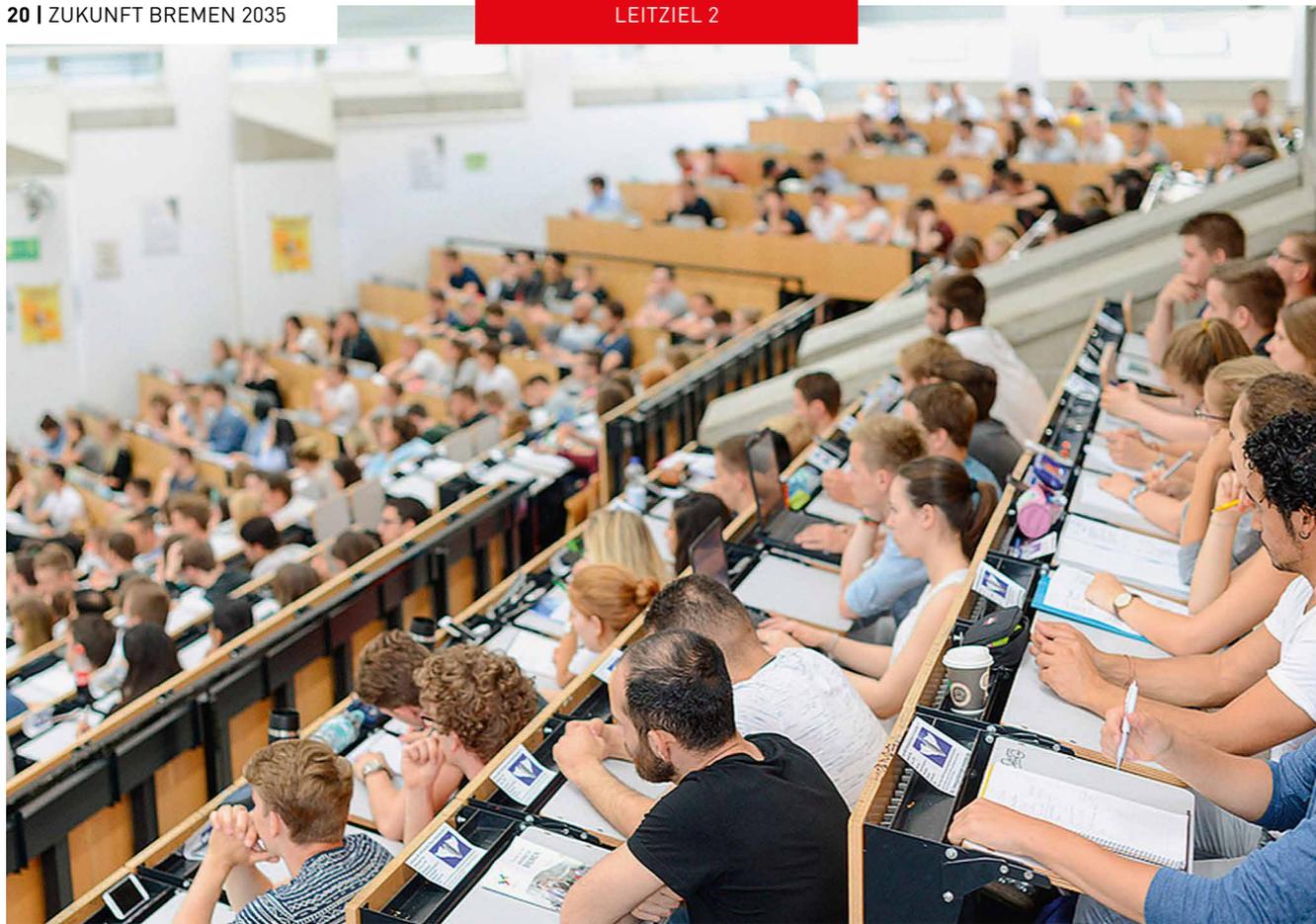
Berufliche und akademische Bildung sollen dazu beitragen, den Fachkräftebedarf des regionalen Arbeitsmarktes zu decken und darüber hinaus für den nationalen und internationalen Bedarf auszubilden. Daher werden die Ausbildungs- und Studienangebote ausgebaut, die gleichzeitig zum Erwerb eines Berufs- und Studienabschlusses in dualen Studiengängen führen.

Das Ausbildungsangebot muss so gestaltet sein, dass niemand zurückgelassen wird. Deshalb werden die Berufsschulen zu modernen und attraktiven Lern- und Arbeitsorten entwickelt, in denen sich bewährte didaktische Kompetenzen mit neuen Technologien einschließlich digitalisierter Geschäftsprozesse verbinden.

An diesen Anstrengungen müssen sich alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligen. Gemeinsam mit der Wirtschaft muss ein bedarfsgerechtes Angebot an Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen, die eine Berufsausbildung anstreben, gewährleistet werden. Die Potenziale sowohl von leistungsstarken als auch

Das Ausbildungsangebot muss so gestaltet sein, dass niemand zurückgelassen wird.

von leistungsschwachen Jugendlichen werden auf allen Ebenen des berufsbildenden Systems gestärkt. Als wesentlichen Beitrag zur Integration erhält jeder Zugewanderte mit gesichertem Aufenthaltsstatus ein verpflichtendes Angebot einer Ausbildungs- beziehungsweise Qualifizierungsmaßnahme.



Lebenslanges Lernen gehört zum Berufsleben der Zukunft.

Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte im schnellen Wandel der Arbeits- und Berufswelt nicht den Anschluss verlieren. In Bremen und Bremerhaven wird daher die kontinuierliche Zusammenarbeit von Berufsschule, Weiterbildungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft intensiviert, damit eine bessere Abstimmung von Berufsausbildung und berufsbezogener Weiterbildung entsteht. Der engeren Verzahnung von Ausbildung und Arbeitswelt dienen auch gemeinsame Fortbildungen für das Ausbildungspersonal der Betriebe und für Berufsschullehrer*innen.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots der Kindertagesbetreuung, gerade auch in Stadtteilen mit ungünstigen Sozialindikatoren
- Erhöhung des Anteils der Ausgaben für Schulen am Gesamthaushalt
>> Ziel: Ausgaben pro Schüler*in pro Jahr auf Niveau der anderen Stadtstaaten
- Sicherstellung eines ausreichenden und bedarfsgerechten Ausbildungsplatzangebotes
- Verringerung der Schulabbrecherquote

Die lange Tradition der Integration und Inklusion, auf die die Bremer Bildungspolitik zurückblicken kann, ist eine Stärke und Grund zu bildungspolitischem Selbstbewusstsein. Diese Stärke darf aber nicht mit einer geringen Qualität des Bildungsangebots erkaufte werden.



Prof. Dr. Bettina Kohlrausch

Universität Paderborn

Professorin für Bildungssoziologie

In Bildungsinstitutionen werden Qualifikationen vermittelt und Chancen verteilt. Bildungsinstitutionen sind aber auch Orte, an denen gesellschaftlicher sozialer Zusammenhalt gelebt und organisiert wird. Hier treffen sich im besten Fall Eltern verschiedener sozialer Schichten, aber eben auch Veganer und überzeugte Fleischesser, Eltern, die in unterschiedlichen Familienmodellen leben, konfessionslose und gläubige Eltern verschiedener Konfessionen und organisieren Sommerfeste, Elternabende und Schulausflüge. Gerade in der frühkindlichen Bildung und an den Grundschulen lernen und spielen Kinder aus sehr unterschiedlichen Familien zusammen, vor allem wenn in einem Stadtteil verschiedene soziale Schichten zusammenleben. Es gibt in unserer Gesellschaft immer weniger solche Orte. Daher ist die lange Tradition der Integration und Inklusion, auf die die Bremer Bildungspolitik zurückblicken kann, eine Stärke und Grund zu bildungspolitischem Selbstbewusstsein. Diese Stärke darf aber nicht mit einer geringen Qualität des Bildungsangebots

erkaufte werden. Zur Chancengleichheit gehört auch das Recht auf qualitativ hochwertige Bildung. Daher ist es richtig, dass es sich Bremen zum Leitziel gesetzt hat, die „rote Laterne“ in Ländervergleichen endgültig abzugeben. Dies wird ohne eine vernünftige Ressourcenausstattung nicht gehen. Bundesweite Studien zeigen, dass viele Eltern finden, dass Kinder vom gemeinsamen Lernen in sozialer Hinsicht profitieren. Gleichzeitig haben viele Eltern von Kindern mit und ohne Förderbedarf Sorgen, dass ihr Kind in einer inklusiven Schule nicht den optimalen Lernfortschritt erreichen kann. Dies muss die Politik ernst nehmen, denn gegen die Eltern lassen sich bildungspolitische Reformvorhaben nicht organisieren. Die Verzahnung von akademischem und beruflichem Lernen in dualen Studiengängen ist richtig – allerdings ist wichtig, dass im dualen Studium – ähnlich wie in der dualen Ausbildung, klare Standards im praktischen Teil der Ausbildung eingehalten werden.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Innovativer und nachhaltiger Standort

Verlässliche Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum

Das Land Bremen gehört zu den größten und wirtschaftsstärksten Industriestandorten in Deutschland. Internationale Unternehmen der Luft- und Raumfahrt, des Automobilbaus, der Windenergie, des Schiffbaus, der Logistik- und der IT-Wirtschaft sowie zahlreiche namhafte Dienstleistungsbetriebe sind hier zuhause. Unter den mittelständischen Unternehmen sind zahlreiche „Hidden Champions“ mit hoher Innovationskraft. Auch das Handwerk trägt maßgeblich zur wirtschaftlichen Stärke des Landes bei, nicht zuletzt durch seine hohe Ausbildungsquote. Die Wirtschaftspolitik sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen, fördert Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft und schafft bedarfsgerechte Gewerbeflächen sowie gute Startbedingungen für Existenzgründer*innen. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der bremischen Häfen legt das Land eine langfristige Investitionsstrategie für die Erneuerung und den Ausbau der Hafeninfrastruktur auf und sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen werden bei ihrem Weg in die Industrie 4.0 begleitet. Ziel ist die Profilierung des Standorts als innovativ, nachhaltig, digital und ressourceneffizient – als Voraussetzung für weiteres qualitatives Wachstum in Bremen und Bremerhaven.

LEITZIEL 3

STARKE WIRTSCHAFT, STARKES LAND ATTRAKTIV FÜR ARBEITSKRÄFTE UND UNTERNEHMEN

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN FLEXIBEL, INNOVATIV, DIGITAL

Quantitativ und qualitativ ausreichende Gewerbeflächen bilden die entscheidende Basis. Standortpolitik ist aber mehr als die Ausweisung von Gewerbegebieten und die Bereitstellung finanzieller Mittel. Die Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung liegt im frühzeitigen Erkennen neuer Trends in Technologie, Arbeitsweisen und Materialien, gesellschaftlichen Bedürfnissen und geostrategischen Veränderungen. Unternehmen und Beschäftigte werden dabei unterstützt, ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Qualifikation im immer schnelleren Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt zu behaupten und auszubauen. Aus der „Industrie 4.0“, der vernetzten, IT-gestützten Produktion mit einem hohen Grad an Automatisierung und der „intelligenten“ Kommunikation von Menschen, Maschinen und Produkten, ist längst die „Arbeit 4.0“ geworden. Die Digitalisierung führt auch in Handel, Dienstleistung, Handwerk und Verwaltung zu völlig neuen Prozessen und Geschäftsmodellen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Handwerksbetriebe ist das eine Chance, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Sie haben aber oft nicht selbst das Know-how zur Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie. Deshalb bietet die Wirtschaftsförderung umfangreiche Expertise sowie Möglichkeiten zur Vernetzung mit anderen Unternehmen an.

Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten gehen wir auch neue Wege: Statt alter Konkurrenzen pflegen wir grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten. Am Bremer Kreuz entsteht mit der Stadt Achim ein Gewerbegebiet mit gemeinsamer Infrastrukturentwicklung. Innenstadtnahe Quartiere wie das Kellogg-Areal oder das Vordere Woltmershausen werden zu innovativen Wohn- und Arbeitsstandorten weiterentwickelt.

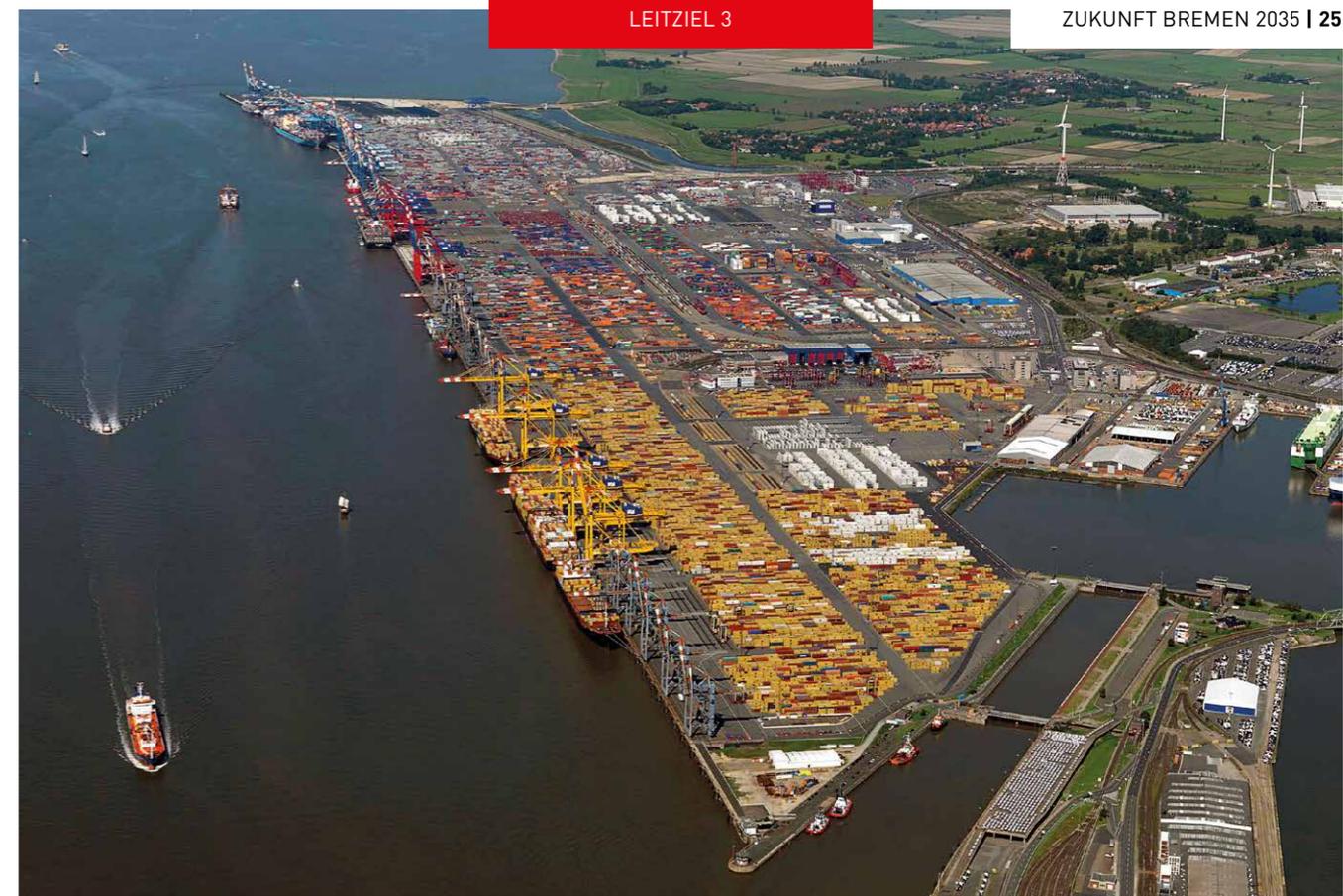
In Bremerhaven wird das „LuneDelta“ zu einem nachhaltig ausgerichteten Areal. Dabei wird ein Gründerzentrum mit Schwerpunkt „Green Economy“ eine Keimzelle für neue Formen des gemeinsamen und vernetzten Wirtschaftens sein.



Das Forschungs- und Technologiezentrum EcoMaT in der Airport-Stadt Bremen.

Durch den Ringschluss der A281 über die Weser steigt die Bedeutung des Industrie-Parks in Bremen-Nord. Der Wesertunnel verbindet die Industrie- und Gewerbeflächen sowie das Güterverkehrszentrum (GVZ) und den Neustädter Hafen auf der linken Weserseite mit dem Industrie-Park. Wegen der erwarteten stärkeren Nachfrage soll er rechtzeitig erweitert werden. Durch den Zusammenschluss entsteht so der bedeutendste Gewerbe Standort in Bremen.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind auch in Zukunft von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftskraft des Landes und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es ist daher erforderlich, zusätzlich zu den beschlossenen Maßnahmen (OTB, Außenweservertiefung) kontinuierlich in eine moderne Hafeninfrastuktur sowie deren Anbindungen zu investieren, um die optimale Erreichbarkeit über Wasser, Schiene und Straße zu sichern und zu verbessern.



Containerterminal Bremerhaven: Die Häfen sind von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftskraft des Landes.

Die Hafengesellschaft BremenPorts und die hafennahen Betriebe werden bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien und bei der Erschließung neuer Wachstumsfelder unterstützt. Die greenports-Strategie der bremischen Häfen werden wir zielgerichtet fortsetzen.

Bedeutende Wirtschaftszweige am Standort sind insbesondere die Luft- und Raumfahrtindustrie, Automobil- und Schiffbau sowie der Anlagen- und Maschinenbau und die Windkraftindustrie.

Die **Querschnittstechnologie Leichtbau** ist von hoher Relevanz für viele Industriebranchen und zugleich ein Paradebeispiel für zukunftsweisende Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft am Standort Bremen. Um diese Technologie zu fördern, wird das Forschungs- und Technologiezentrum EcoMaT in der Airport-Stadt, das als Anker für die Ansiedlung weiterer Unternehmen im Bereich Leichtbau wirken soll, weiter attraktiv entwickelt.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Bereitstellung von quantitativ und qualitativ ausreichenden Gewerbeflächen, u.a. an der Hansalinie und im Bremer Industrie-Park
- Umsetzung des interkommunalen Gewerbegebietes Achim/Bremen
- Entwicklung urbaner Standorte für Wohnen und Arbeiten (Kellogg-Areal, vorderes Woltmershausen, etc.)
- Entwicklung eines nachhaltigen und CO₂-neutralen Gewerbegebietes LuneDelta inklusive Gründerzentrum
- Sicherstellung der land-, wasser- und schienenseitigen Erreichbarkeit der Häfen
- Langfristige Anlage einer Investitionsstrategie zur Erneuerung und zum Ausbau der Hafeninfrastuktur
- Profilierung als zentraler Leichtbaumaterialien-Standort
- Weitere Aufwertung des START Hauses



Der Raumfahrt- und Technologiekonzern OHB SE mit Hauptsitz in Bremen fertigt unter anderem den Meteosat Wettersatelliten Meteosat Third Generation (MTG).

Luft- und Raumfahrtindustrie: einer der bedeutenden Wirtschaftszweige im Land Bremen

Existenzgründungen sind ein wesentlicher Faktor für den Strukturwandel. Mit seiner vielseitigen Wissenschaftslandschaft sowie der Nähe zu Kunden und Kooperationspartnern ist das Land Bremen schon heute ein interessanter Standort für die Kreativwirtschaft und innovative Gründer*innen. Unternehmensgründungen aus den Hochschulen sind wichtige Treiber für Innovationen und binden junge Fachkräfte an den Standort.

Das **START Haus** ist die zentrale Anlaufstelle für Gründer*innen, die in einem zweiten Schritt um Angebote wie Seminarräume, Co-Working-Spaces und ein Café an zentraler Stelle ergänzt werden soll.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum
- Bereitstellung von bedarfsgerechter Dispositionsreserve an Gewerbeflächen
- Erhöhung der Gründungsintensität
- Erhöhung des Dienstleistungsanteils, insbesondere im Bereich wissensorientierter Dienstleistungen
- Nachhaltige Positionierung der bremischen Häfen im europäischen Wettbewerb

Das Land Bremen hat von seinen Häfen stets besonders profitiert. Von Hafenvirtschaft und Logistik hängt jeder fünfte Arbeitsplatz ab. Deshalb kommt der Erhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur in den Häfen und deren Anbindung an die Wirtschaftszentren im Binnenland herausragende Bedeutung zu.

Für die Erreichung gesellschaftlicher Ziele und die Teilhabe am immerwährenden Wandel sind gute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen unverzichtbar.

Wirtschaftliche Stärke setzt solide Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen voraus. Häfen kommt dabei eine besondere Rolle zu: Seehäfen sind die Dreh- und Angelpunkte auf den Wegen des internationalen Warenverkehrs, und Schiene, Straße und Binnenschiff verbinden die Häfen mit den Produktionsstätten und Verbrauchern im Landesinneren. Zugleich dienen sie häufig selbst auch als Industriestandort. In sich und durch ihre Dienstleistung für Wirtschaft und Logistik insgesamt tragen gerade auch die bremischen Häfen, die zu den größten der Welt zählen, zur Wirtschaftskraft Norddeutschlands und Europas bei. Das Land Bremen hat von seinen Häfen stets in besonderer Weise profitiert; gegenwärtig hängt jeder fünfte Arbeitsplatz von den bremischen Häfen ab. Die maritime Logistik zählt damit zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen am Standort.



L. Daniel Hosseus

Zentralverband der deutschen
Seehafenbetriebe e.V.
Hauptgeschäftsführer

Dies wird auch zukünftig so sein, denn das Güterverkehrsaufkommen in Mitteleuropa wird weiter wachsen.

Deshalb müssen die Infrastruktur in den Häfen und die Anbindungen der Häfen an die Wirtschaftszentren im Binnenland mit einer langfristigen Planungsperspektive in nachhaltiger Weise den absehbaren Entwicklungen angepasst werden. Investitionsprojekte wie die Vertiefung der Außenweser, die Umsetzung der Alpha-E-Eisenbahntrasse und die Ertüchtigung der Autobahnen, Straßen und Brücken, auch für den Schwerlastverkehr, sind dabei dringend erforderlich. Ebenso muss die öffentliche Hand die digitale Infrastruktur und den rechtlichen Rahmen den technischen Entwicklungen fortlaufend anpassen, damit bremische Unternehmen die IT-basierten Dienstleistungen anbieten können, die Kunden in Europa und weltweit nachfragen. Effiziente Verkehrswege und moderne Informationstechnologie tragen zudem zu einer Verringerung der ökologischen Auswirkungen ökonomischen Handelns bei.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Qualifizierung für den digitalen Wandel

Bremen und Bremerhaven sollen auch künftig für alle Arbeitnehmer*innen durch gute und tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen attraktiv sein. Derzeit ist der Bremer Arbeitsmarkt allerdings durch gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet: Obwohl viele neue Stellen entstanden sind, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Vor allem Langzeitarbeitslose finden nur schwer den Weg in eine reguläre Beschäftigung. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften und führt in manchen Bereichen schon zu Engpässen, während geringqualifizierte Arbeitskräfte nicht zuletzt durch Automatisierung und Digitalisierung immer weniger gefragt sind. Daher müssen die Angebote an Weiterbildung und Qualifizierung für ein lebenslanges Lernen ausgebaut werden. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt darüber hinaus dem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit.

LEITZIEL 4

**GUTE ARBEIT FÜR BREMEN
UND BREMERHAVEN**
BESCHÄFTIGUNG SICHERN,
ARBEITSLOSIGKEIT ABBAUEN

VOM LOHN DER ARBEIT LEBEN KÖNNEN „GUTE ARBEIT“ ALS GRUNDLAGE

„Gute Arbeit“ ist in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein zentrales Merkmal bremischer Standortpolitik. Ziel ist, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Gute Arbeit ist sozial abgesichert, stabil und sichert die Gesundheit der Beschäftigten. Sie öffnet Karriere- und Entwicklungsperspektiven durch Weiterbildung und ermöglicht Zeitsouveränität für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch für Alleinerziehende. Gute Arbeit ist damit die Grundlage für ein selbstbestimmtes Erwerbsleben und ein Leben in Würde. Sie muss ein wesentliches Kriterium der Wirtschaftsförderung sein. Gemäß der „Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen“ ist der öffentliche Dienst im Land Bremen Vorreiter für gute Arbeit. Auch als Auftraggeber wirken Bremen und Bremerhaven auf die Gestaltung von guter Arbeit hin.

Die Qualifizierungs- und Weiterbildungsinfrastruktur im Land Bremen soll so modernisiert werden, dass das Weiterbildungsangebot höchsten Standards entspricht. Ein einmal gelernter Beruf reicht heute nicht mehr für ein ganzes Berufsleben aus. Arbeitnehmer*innen müssen sich kontinuierlich weiterbilden und qualifizieren, um ihre Kompetenzen und damit ihre Erwerbchancen zu erhalten. Das liegt auch im Interesse der Unternehmen, die qualifiziertes Fachpersonal brauchen. Individualisierte und bezahlte Weiterbildung für Arbeitslose und Beschäftigte auf Basis einer Potenzialanalyse ist Regelaufgabe der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Vor allem für Niedrigqualifizierte braucht es Anreizsysteme, damit sie sich an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen. Für besonders Geringqualifizierte soll über ein Modellprojekt der Weg bis hin zu einem Berufsabschluss eröffnet werden.



„Gute Arbeit“ macht den Standort attraktiv für Fachkräfte.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten im sozialen Arbeitsmarkt für mindestens 1.500 Langzeitleistungsbezieher*innen
- Deutlicher Abbau der Anzahl der erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen
- Schaffung gezielter Förderangebote, insbesondere für Alleinerziehende und verbesserte Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung

Jugendarbeitslosigkeit vermeiden – ein zentrales Anliegen! Jugendliche dürfen gar nicht erst arbeitslos werden, sondern sollen direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden oder ein Studium aufnehmen können. Bestehende Instrumente wie die Jugendberufsagentur und die Ausbildungsplatzgarantie werden deshalb weiter gestärkt. Im dualen System wird gemeinsam von allen Akteuren (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Ausbildungsbetriebe, Kammern, Berufsschulen) ein Unterstützungssystem für Auszubildende entwickelt, das ihnen hilft, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen und Abbrüche zu vermeiden.



Bildung und Qualifizierung für Zugewanderte.

Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Für zugewanderte Jugendliche wird der Anspruch auf Sprachförderung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbstätigkeit als flankierende Maßnahme festgeschrieben. Die Erwerbsbeteiligung der bisher unterrepräsentierten Gruppen soll deutlich ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Jobcentern in Bremen und Bremerhaven werden Strategien weiterentwickelt, um die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die ganzheitliche Betrachtung der Potenziale der Arbeitssuchenden und die enge Zusammenarbeit mit den bestehenden Hilfeeinrichtungen stehen dabei im Vordergrund.

Ein „**Sozialer Arbeitsmarkt**“ ermöglicht auch für diejenigen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelbar sind, die Teilhabe an der Arbeitswelt. Für Menschen, die seit vielen Jahren Grundsicherung beziehen, werden über Landesprogramme und in Kooperation mit anderen Mittelgebern und den Jobcentern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Im Mittelpunkt stehen dabei Familien mit Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Maßnahmen werden ganzheitlich ausgerichtet und mit Qualifizierung und gesundheitlicher Beratung verbunden. Auch Betriebe können Förderung in Anspruch nehmen, wenn sie Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Zielgruppe anbieten. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt bleibt als Zielsetzung bestehen.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Verringerung der Arbeitslosenquote
- Erhöhung der Zahl von Angeboten/ Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung
- Erhöhung der Zahl der Beschäftigten im „Sozialen Arbeitsmarkt“
- Deutliche Reduzierung der Anzahl erwerbsloser Alleinerziehender
- Verbesserung der Beschäftigungsquote von Frauen auf Bundesdurchschnitt

Die Abstimmung von Arbeitsmarktpolitik zwischen verschiedenen Aktionsfeldern und Akteuren erscheint zweckmäßig. Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sollte auf die Bedarfe der regionalen Ökonomie eingehen. Die Förderung der digitalen Wirtschaft ist vor allem dort vorteilig für die Beschäftigung, wo eine expansionsfähige Nachfrage erwartet werden kann.

Das Leitziel und seine Entfaltung in Maßnahmen implizieren wichtige Schritte in die richtige Richtung. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Landespolitik sind allerdings begrenzt, da in einer privat verfassten Ökonomie nicht der Staat über die Qualität der meisten Arbeit entscheidet, sodass es nur um Anstöße und Flankierung gehen kann. Dazu ist anzumerken, dass beim Subthema „Aktive Arbeitsmarktpolitik“, die Nutzung von Synergien zwischen den verschiedenen Feldern der Landespolitik (Strukturpolitik, Digitalisierung etc.) und mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit, zweckmäßig erscheint. Dies gilt insbesondere für die Integration von Langzeitarbeitslosen über die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“. Die Einbindung der Bildungspolitik unter dem Gesichtspunkt des digitalen Wandels ist bereits vorgesehen. Hier, wie beim sozialen Arbeitsmarkt, ist zusätzlich die Abstimmung auf die Struktur der



Prof. Dr. Uwe Blien

Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB)
Forschungsbereichsleiter
Regionale Arbeitsmärkte

Wirtschaft in Bremen und Umgebung sinnvoll: Abschlüsse, die auf eine regionale Nachfrage stoßen, sind für die Anbieter vorteilhaft, sie fördern zudem das Wirtschaftswachstum. Die Auswirkungen der Digitalisierung sind zwiespältig: Diese führt einerseits zur Einsparung von Arbeit. Andererseits erhöhen Preissenkungen als Folge von Produktivitätssteigerungen die Güternachfrage und dadurch auch die Arbeitsnachfrage. Die relative Größe der beiden Effekte hängt von der Stärke der Nachfragereaktion ab. Deshalb ist es sinnvoll, Förderung der Digitalisierung in Bereichen zu betreiben, wo eine expansionsfähige Nachfrage erwartet werden kann. Im Kontrast dazu beschleunigen Erhaltungssubventionen für schrumpfende Bereiche nur den Jobabbau.





Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Nachhaltige Entwicklung in Bremen und Bremerhaven

Der Klimawandel ist schon da

Der Klimawandel ist spürbare Realität geworden, auch in Bremen und Bremerhaven. Darauf müssen sich die Städte einstellen, durch besseren Schutz vor Hochwasser, Sturmfluten und Starkregen sowie durch vorbeugende Maßnahmen bei der Stadtentwicklung. 2015 hat der Senat beschlossen, die CO₂-Emission bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Trotz eines erheblichen Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist der CO₂-Ausstoß aber wegen der dynamischen Wirtschaftsentwicklung gestiegen. Daher sind weitere Anstrengungen erforderlich: Die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien, energetische Gebäudesanierung sowie die Förderung innovativer Umwelttechnologien stehen dabei im Fokus. Einem sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Durch eine nachhaltige Stadtentwicklung können Bremen und Bremerhaven zu „Green Cities“ des Nordens werden.

LEITZIEL 5

„GREEN CITIES“ DES NORDENS KLIMAPOLITIK BEGINNT VOR ORT



Projektion des „grünen“ Gewerbegebietes „LuneDelta“ in Bremerhaven.

INNOVATIVE UMWELTECHNOLOGIE UND KREISLAUFWIRTSCHAFT NEUES DENKEN BRAUCHT MEHR KOOPERATION

Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung erfordert neues Denken, das Ressortgrenzen überwindet. Städtebau, Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Sozialpolitik müssen an einem Strang ziehen.

In Bremen wird Erschließungskonzept für die Gartenstadt Werdersee als Pilotprojekt für klimasensible Neubaugebiete erarbeitet. Wegen der Zunahme von Starkregenfällen werden in der ganzen Stadt bei allen Hoch- und Tiefbauvorhaben Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge und Regenwasserrückhaltung umgesetzt.

Bremerhaven entwickelt ein städtebauliches Leitbild, das der bedarfsgerechten und nachfrageorientierten Entwicklung in allen Stadtteilen Rechnung trägt, ergänzt durch ein Verkehrskonzept, das die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt. Durch die Sanierung von Bestandsimmobilien, Entsiegelung, Dachflächenbegrünung und Schaffung neuer Grünflächen gewinnt die Stadt an Attraktivität für Bewohner*innen und Besucher*innen.



Zukunftstechnologie Windkraft.

In beiden Städten wird bei Bau- und Stadtentwicklungsprozessen die Notwendigkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen geprüft. Zudem soll ein integriertes Konzept zur Bewältigung von Extremwetterereignissen erstellt werden. Für überflutungsgefährdete Gebiete müssen vorausschauende Maßnahmen entwickelt werden. Für die Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven werden Klimaanpassungskonzepte entwickelt. Die öffentliche Beschaffung orientiert sich zunehmend an ökologischen Kriterien.

Innovative Umwelttechnologien sind ein Bereich, in dem die Wirtschaftsförderung gezielt verstärkt wird. Damit sollen Impulse für mehr Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft für Projekte zu Themen wie Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung sowie alternative Antriebe gesetzt werden. Einen Schwerpunkt bildet das Gewerbegebiet LuneDelta in Bremerhaven, das vor allem

Ein Schwerpunkt für Umwelttechnologie: das Gewerbegebiet LuneDelta in Bremerhaven

junge Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit und Umwelttechnologie anziehen soll. Ziel ist es, das Gewerbegebiet klimaneutral zu betreiben. In einem ersten Schritt wird ein Gründerzentrum für Unternehmen aus dem Bereich der Green Economy realisiert.

Die „Partnerschaft Umwelt-Unternehmen“, in der Firmen sich über ihre Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz und zu Ressourcen-Effizienz austauschen, und die Klimaschutzagentur „energiekonsens“, die Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Energiebilanz berät, werden gestärkt.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Umsetzung einer Mobilitätsstrategie zur Reduzierung des Individual- und Lieferverkehrs
- Entwicklung eines digitalisierten Verkehrs- und Parkraumkonzepts
- Schaffung zusätzlicher Haltepunkte für die Regio-S-Bahn
- Dachbegrünungsmaßnahmen bei (öffentlich geförderten) Neubauten
- Realisierung des Gewerbegebiets LuneDelta in Bremerhaven



Radfahrer an der Schlachte in Bremen.

In Bremen werden 25 Prozent aller täglichen Wege mit dem Rad zurückgelegt

Mit einem nachhaltigen Mobilitätskonzept wird der Verkehr so effizient und sicher, so stadt- und umweltverträglich wie möglich gestaltet. Für beide Städte soll eine übergreifende Mobilitätsstrategie mit Angeboten zu einer intelligenten und bürgerfreundlichen Reduzierung des Individual- und Lieferverkehrs entwickelt werden. Für unsere Innenstädte soll ein Verkehrs- und Parkraumkonzept entwickelt werden, das die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzt. Es wird verbunden mit einer Strategie zur Elektromobilität und einem Konzept zur Citylogistik, um den innerstädtischen Lieferverkehr zu minimieren.

Ein regionales Verkehrskonzept zur nachhaltigen Lenkung der Pendlerströme wird entwickelt. Dazu gehört die Schaffung zusätzlicher Haltepunkte für die Regio-S-Bahn im Stadtgebiet Bremen und eine Taktverdichtung.

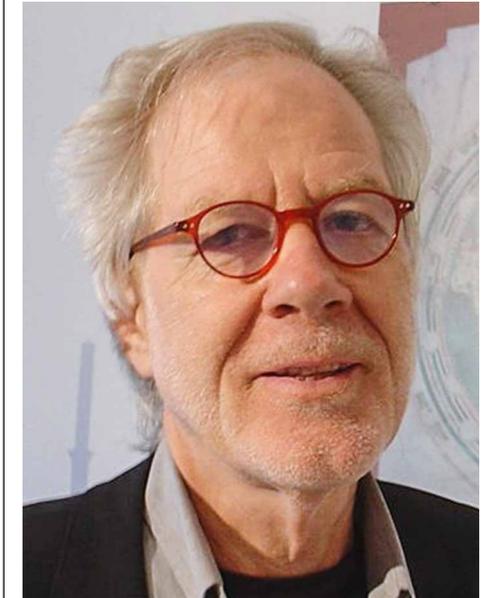
Bremen verfügt über einen hohen Radverkehrsanteil: 25 Prozent aller täglichen Wege werden mit dem Rad zurückgelegt; in Bremerhaven sind es

17 Prozent. Mit Blick auf eine weitere Zunahme soll verstärkt in die Sanierung und den Ausbau des Radwegenetzes investiert werden. Außerdem werden zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Räder in den Innenstädten und in Stadtteilzentren sowie weitere Fahrradparkhäuser geschaffen.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Verminderung der CO₂-Emissionen
- Senkung der Schadstoffbelastung in der Atemluft
- Erhöhung der Zahl der Nutzer*innen im ÖPNV

Klimapolitik beginnt vor Ort! Mobilität und Verkehr sind dabei wichtige Bereiche, und die Digitalisierung bietet gute Chancen für neue, klimafreundliche Konzepte zur Senkung des CO₂-Ausstoßes. „Green Cities“ des Nordens – ehrgeizig und richtig, aber bitte auch umsetzen!



Prof. Dr. Hartmut Topp

topp.plan: Stadt.Verkehr.Moderation

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit von Stadt und Land. Es geht dabei sowohl um Klimaschutz als auch um Klimaanpassung, wie im Leitbild formuliert. Während beim Klimaschutz die internationale Gemeinschaft und ihre Mitglieder – Länder, Städte und wir alle – gefordert sind, ist Klimaanpassung in noch höherem Maße eine lokale Aufgabe: Klimapolitik beginnt vor Ort! Mit der Verfehlung der beschlossenen Senkung der CO₂-Emissionen ist Bremen nicht allein; Bremen zieht daraus den Schluss weiterer Anstrengungen in allen Bereichen: Green Cities des Nordens – ehrgeizig und richtig, aber bitte auch umsetzen. Ein besonders kritischer Bereich des Klimaschutzes – neben der Kohleverstromung – ist Mobilität und Verkehr. Hier haben Bremen und Bremerhaven mit ihren relativ hohen Radverkehrsanteilen und einem ausbaufähigen ÖPNV recht gute Ausgangsbedingungen; wichtig ist es, auch regional in Kooperation mit der Metropolregion Nordwest für ein klima-

freundliches Mobilitätskonzept zu sorgen. Im Sinne von push-and-pull ist der Mobilitätsverbund aus zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV und Car-Sharing zu fördern und der Kfz-Verkehr zurückzudrängen – letzteres ist in Hafenstädten beim Güterverkehr kein leichtes Unterfangen. Die Digitalisierung von Mobilität und Verkehrsinfrastruktur kann künftig einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit in diesen Bereichen führen. Klimaanpassung erfordert Stadtplanung und Städtebau mit mehr Grün, Wasser, Schatten, Durchlüftung und entsiegelten Flächen, was wiederum nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu Fuß und mit dem Fahrrad fördert, sowie handfeste Infrastruktur bei Hochwasserschutz und gegen Starkregen. Dem Leitziel 5: Klima stimme ich zu, darüber hinaus möchte ich die Qualität des Bremer Zukunftsprozesses mit Beteiligung von Institutionen und Bürgerschaft herausstellen: Die Messlatte liegt hoch, jetzt muss geliefert werden.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

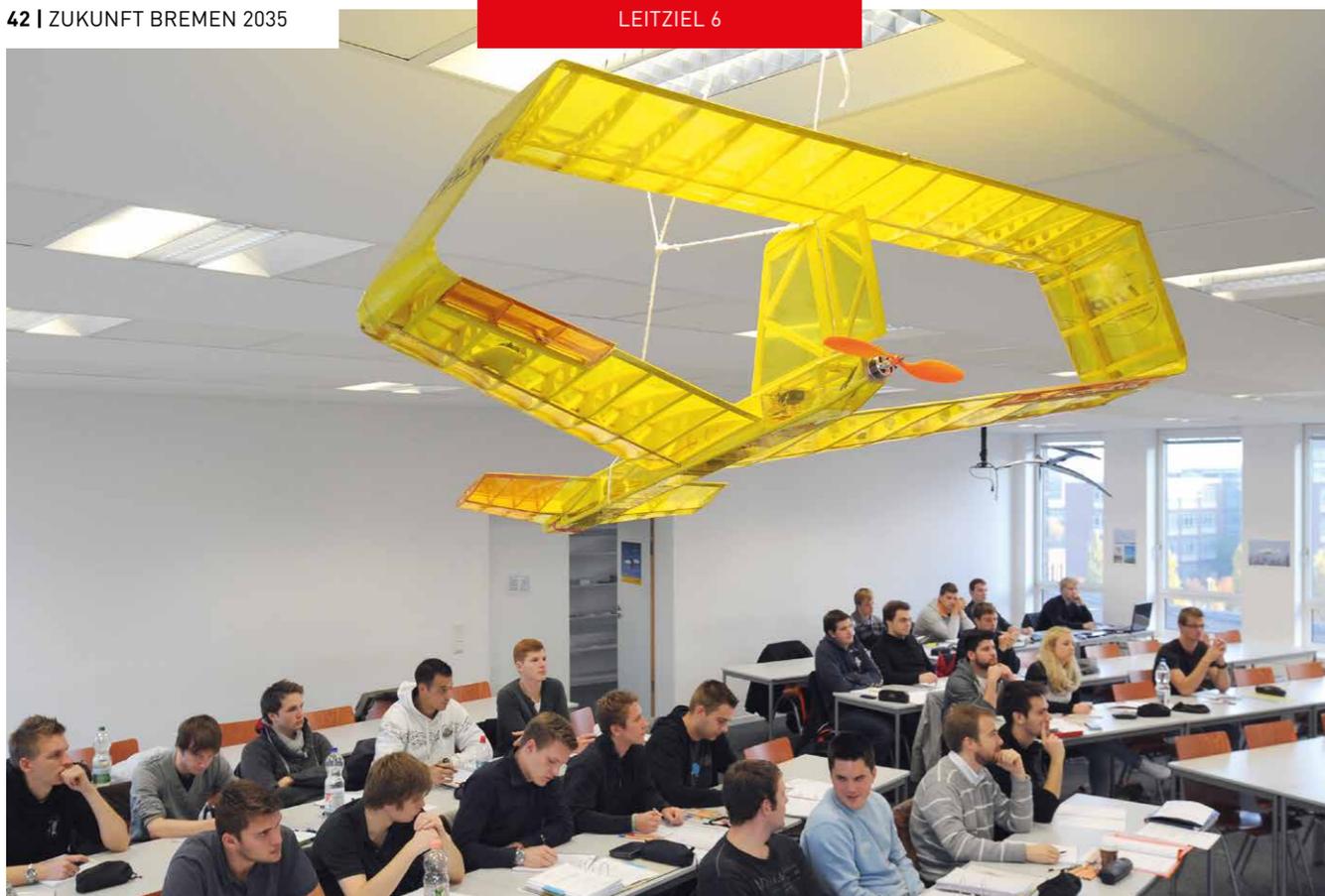
Vielfältige Wissenschaftslandschaft

Exzellente Lehre und Forschung als wichtiger Standortfaktor für ein innovatives Bremen

Das Land Bremen ist ein exzellenter Wissenschaftsstandort, mit einer Universität, zwei Fachhochschulen und einer Kunst- und Musikhochschule und Forschungsinstituten sowie privaten Hochschulen wie der Jacobs University in Bremen-Nord. Zusammen mit einer bundesweit deutlich überdurchschnittlichen Zahl außeruniversitärer Forschungsinstitute verfügt Bremen über ein sehr leistungsfähiges Spektrum in Wissenschaft und Forschung. Wissenschaft ist ein bedeutender Standortfaktor für die Wirtschaft und mit rund 21.000 Arbeitsplätzen selbst ein wichtiger Jobmotor. Die Bedeutung der Hochschulen für das Land soll künftig auch von den Bürger*innen stärker wahrgenommen werden, unter anderem durch die Wahrnehmbarkeit ihrer Leistungen und Angebote im Stadtbild.

LEITZIEL 6

EXZELLENT WISSENSCHAFT FÜR WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT



Studierende des Studiengangs Luft- und Raumfahrt der Hochschule Bremen.

IN BESTFORM STEIGERUNG DER ATTRAKTIVITÄT DER HOCHSCHULEN

Mit dem **Wissenschaftsplan** wird das hohe Niveau unserer Hochschulen und Universitäten langfristig gesichert. Die Zahl der Studierenden in Bremen und Bremerhaven soll weiter kontinuierlich steigen. Beide Städte sollen für angehende Akademiker*innen aus dem Ausland noch attraktiver werden, um den künftigen Bedarf an Fachkräften zu decken und junge Menschen an das Land zu binden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Schaffung von weiteren 1.000 Wohnheimplätzen mit günstigen Mieten. Durch ihre Kinderbetreuungsangebote sowie durch flexible Lehr- und Lernmöglichkeiten für Studierende und das wissenschaftliche Personal leisten die Hochschulen wichtige weitere Beiträge für die Vereinbarkeit von Familie, Leben, Arbeiten und Studieren. Um die Zahl der Studierenden im Land Bremen auf mindestens 40.000, davon 5.000 in Bremerhaven, zu

erhöhen, ist der Ausbau der Hochschulen eine zentrale Voraussetzung. Der Ausbau der Hochschulen erfordert neben baulichen Maßnahmen eine Erweiterung des Studienangebots unter anderem um weitere Masterstudiengänge sowie eine vorausschauende Personalplanung. Dazu gehört auch eine Erhöhung des Anteils von Professorinnen auf mindestens 35% und die Stärkung des akademischen Mittelbaus. Um die Attraktivität der Hochschulen zu steigern, müssen der Sanierungsstau behoben und geeignete Neubauten auch im städtischen Umfeld auf den Weg gebracht werden. Die Jacobs University Bremen soll die Zahl ihrer Studierenden – entsprechend ihrer eigenen Planung – ausbauen und damit ihren eingeleiteten Wachstumskurs konsequent fortsetzen.



Zentraler Eingangsbereich der Universität Bremen.



Bachelor-Zeremonie der Jacobs University Bremen (JUB).

Sie plant dafür zusätzliche Wohnmöglichkeiten für ihre Studierenden.

Die Universität soll in ihrer Forschungsexzellenz und im Hinblick auf die Exzellenzstrategie und andere hochrangige Förderinitiativen gestärkt werden. Die Fachhochschulen sollen als Ausbildungsstätten für den lokalen Fachkräftemarkt ausgebaut werden. Das Angebot der Hochschule Bremen wird erweitert um die akademische Ausbildung gesundheitlicher Pflegeberufe. Die Hochschule Bremerhaven wird sich durch die Entwicklung eines dritten Standbeins – neben Technologie und Management/Informationssysteme – weiterentwickeln, zum Beispiel im Bereich der Sozialen Arbeit, und ihren Ausbaupfad konkretisieren.

Wissenschaftspolitik ist Standortpolitik. Unsere Hochschulen und Universitäten bilden nicht nur dringend benötigte Fachkräfte für die Wirtschaft aus, sie sind auch wichtig für die zunehmenden Bedarfe an Fachkräfteentwicklung im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Forschungstätigkeit unserer Hochschulen und Institute ist auch Impulsgeber für Innovationen und damit auch wichtig für die Ansiedlung entsprechender Unternehmen. Der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen soll verstärkt und die Zahl der Kooperationsprojekte erhöht werden. Auch das Technologie Transfer

Zentrum (ttz) Bremerhaven soll gestärkt werden. Die Ansiedlung weiterer wissenschaftlicher Institute im Land Bremen wird aktiv unterstützt.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Anhebung der Grundausstattung der Hochschulen nach Bundesdurchschnitt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- Erhöhung der Zahl der Studierenden im Land Bremen auf mindestens 40.000, davon 5.000 in Bremerhaven
- Errichtung eines neuen Hörsaal- und Veranstaltungszentrums im Zentralbereich der Universität Bremen
- Schaffung eines Campus Neustadt der Hochschule Bremen
- Schaffung von weiteren Lehrkapazitäten, insbesondere an der Hochschule Bremerhaven
- Schaffung von weiteren 1.000 Wohnheimplätzen mit günstigen Mieten



Robotikforschung am Deutschen Zentrum für künstliche Intelligenz (DFKI) an der Universität Bremen.

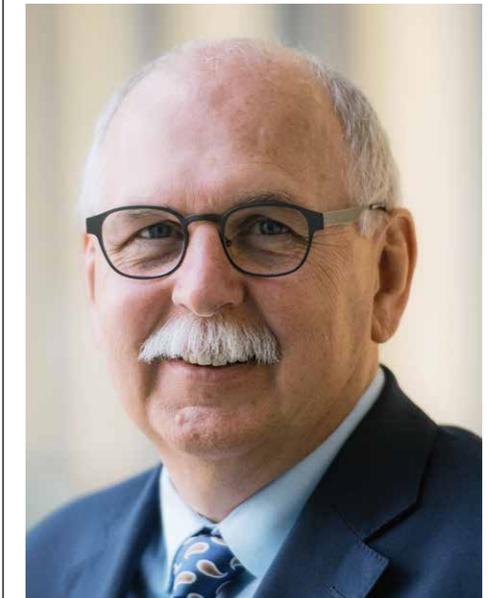
Förderung des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft

Für die Stärkung der Zukunftsfähigkeit Bremens sind neben dem Technologietransfer die Beiträge der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Hochschule für Künste von Bedeutung. Die Leistungen der Hochschulen sollen für die Öffentlichkeit und in den Innenstädten noch besser sichtbar werden, besonders dort, wo durch die Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Forschungsergebnisse schon praktisch angewendet werden.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen
- Erfolgreiche Teilnahme am Exzellenzwettbewerb 2024/25
- Erhöhung der Studierendenzahl und der Anzahl der Absolventinnen und Absolventen der Universitäten und Hochschulen
- Mindestens 35% Anteil von Professorinnen
- Steigerung des Anteils ausländischer Studierender

Bremens Hochschulen und Forschungseinrichtungen sichern wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovation. Ein nachhaltiges Engagement in einen vielfältig aufgestellten Hochschul- und Forschungsstandort ist der beste Weg, um langfristig den Lebensstandard der Bürger*innen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu sichern.



Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Matthias Kleiner
Präsident der Leibniz-Gemeinschaft

Exzellente Wissenschaft muss in Bremen eine zentrale Stellung einnehmen – diese Kernaussage des Zukunftsprozesses setzt ein starkes Signal für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region. Insbesondere ist die Zielsetzung einer engeren Verzahnung von Wissenschaft und Gesellschaft und einer Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten zu Unternehmen und Institutionen positiv hervorzuheben. Die Untersetzung dieser Kernaussage geht m. E. jedoch noch nicht weit und tief genug. Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bilden nicht nur die Fachkräfte von morgen und übermorgen aus, sondern gewährleisten Innovationskraft und Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Leitziele müssen daher sein

a) die Stärkung der Lehr- und Forschungsexzellenz, insbesondere der Universität Bremen als Kern der Bremer und Bremerhavener Allianz von Wissenschaft und Forschung, aber auch der weiteren Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten,

b) der massive und nachhaltige Einstieg in eine

Bremer Forschungswirtschaft, die getragen wird von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren. Der Weg dorthin führt etwa über den Ausbau des Transfers und der Verbundforschung in Schwerpunkten interdisziplinärer Wissenschaft und die Stärkung der Internationalisierung. Dafür sind mutigere Schritte und höhere Investitionen notwendig. Damit Wissenschaft und Forschung im Land Bremen im nationalen und internationalen Wettbewerb agil und langfristig bestehen kann, müssen die öffentlichen und privaten Ausgaben zunächst auf das Bundesniveau von derzeit 3%, dann in einer ersten Etappe bis 2025 auf 3,5% des Bremer BIPs gesteigert werden. Für das Jahr 2035 sollte mit Ehrgeiz und unter Aufbietung aller Kräfte eine Forschungs- und Innovationsleistung des Landes von 5% des BIP erreicht werden. Dies entspricht etwa einer Verdoppelung der derzeit Beschäftigten in Forschung und Entwicklung und markiert damit konsequent den Einstieg des Landes in eine innovative, wertschöpfende Forschungswirtschaft.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Bessere Infrastruktur, mehr Service

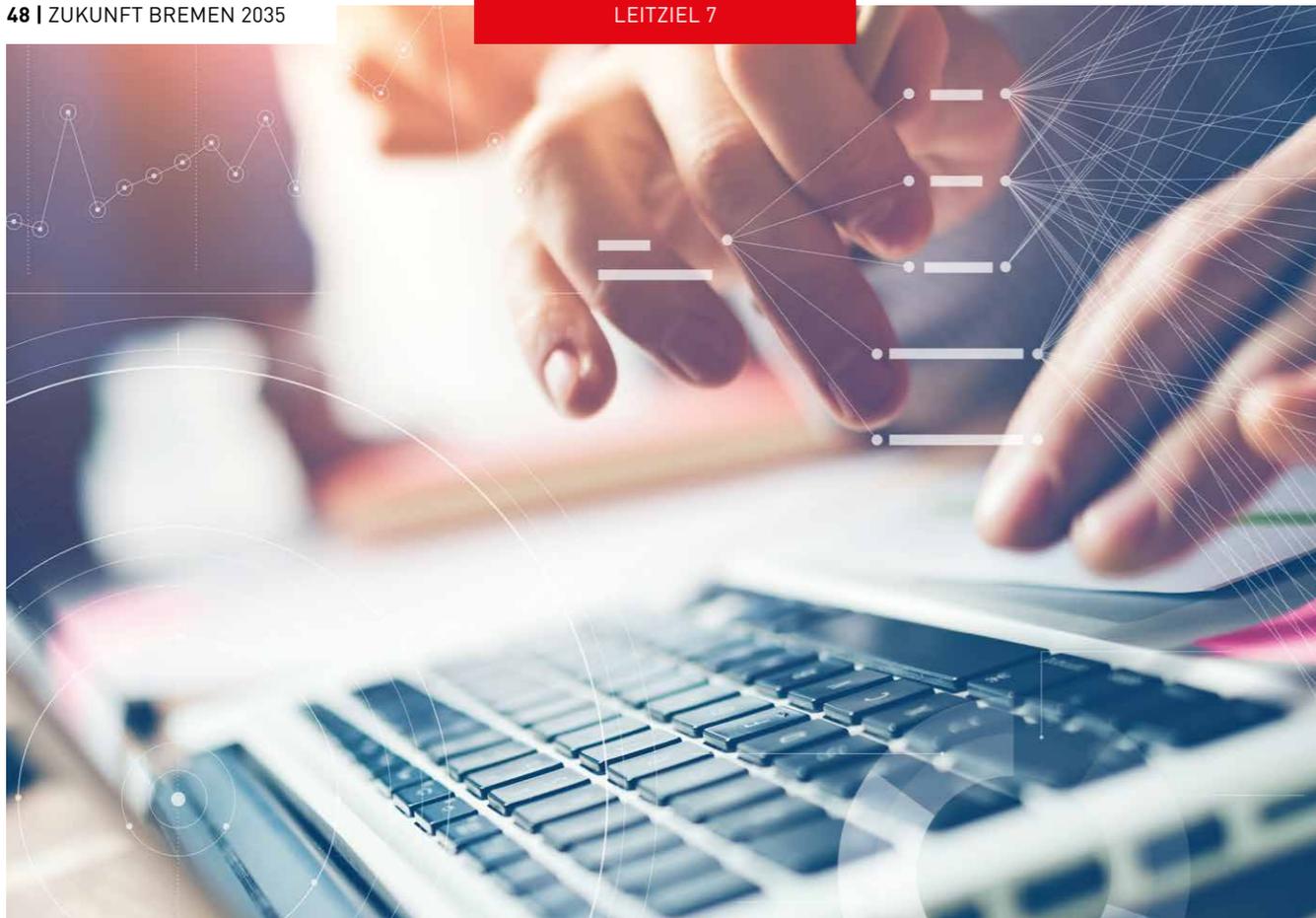
Moderne Verwaltung und innovative Wirtschaft

Die Digitalisierung bietet viele Chancen, ist zugleich aber auch eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Denn die „digitale Stadt“ berührt nahezu alle Lebensbereiche: Neue Anforderungen für die Wirtschaft im Zeichen von Arbeit 4.0 und Industrie 4.0, neue Möglichkeiten für Mobilität und technische Infrastrukturen sowie den Bildungsbereich.

Die Bremer Zukunftsinitiative „Smart-Digital-Mobil“ greift diese Themen auf, die das Leben in Bremen und Bremerhaven maßgeblich beeinflussen werden: Digitale Technologien sollen im Interesse der Bürger*innen und der Wirtschaft genutzt werden, um effizienter, technologisch fortschrittlicher, ökologischer und sozial inklusiver zu werden. „Smart-Digital-Mobil“ verbindet die Themen Autonomes Fahren, Energie, Start-ups, E-Mobility, Smart Industry (Robotik) und Intelligente Verkehrskonzepte sowie die Digitalisierungsstrategie für den öffentlichen Sektor (Verwaltung 4.1).

LEITZIEL 7

DIGITALISIERUNG FÜR GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT UNSERE STÄDTE – VERNETZT, SMART, SOZIAL UND ÖKOLOGISCH



Digitalisierung erleichtert die Kommunikation zwischen Bürger*innen und Unternehmen mit der Verwaltung.

MODERNE VERWALTUNG UND INNOVATIVE WIRTSCHAFT

WENIGER BÜROKRATIE, MEHR SERVICE, BESSERE INFRASTRUKTUR

Bremen und Bremerhaven werden mit der **Zukunftsinitiative Smart-Digital-Mobil** ihr Profil als lebenswerte, urbane und vernetzte Städte stärken und gute Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schaffen.

Wichtige Voraussetzungen dafür sind der landesweite Netzausbau mit höchstmöglichen Übertragungsraten und der Ausbau eines Mobilfunknetzes neuester Generation. Gemeinsam mit den lokal tätigen Telekommunikationsunternehmen wird der Aufbau von Testfeldern für ein 5G-Mobilfunknetz vorangetrieben. Zur Weiterentwicklung der digitalen

Infrastruktur soll mit dem Breitbandkompetenzzentrum Niedersachsen kooperiert werden. In Bremerhaven wird das Gebiet LuneDelta mit Breitbandnetz ausgestattet. Der flächendeckende Ausbau eines solchen Netzes im Land Bremen erleichtert orts- und zeitunabhängige Arbeitsplatzmodelle wie Homeoffice und „shared offices“ und ist so auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Arbeit mit der Datenbrille: alle Informationen auf einen Blick.

Handwerksbetriebe benötigen spezielle Gewerbeflächen und Handwerkerhöfe mit moderner digitaler Infrastruktur, die firmenübergreifend genutzt werden kann.

Zur Förderung des Technologietransfers sind Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wie Digital Hubs als öffentlich-private Kooperation erforderlich. Digitalisierung bietet auch die Chance, die Kontakte zwischen Bürger*innen und Verwaltung sowie zwischen Wirtschaft und Verwaltung einfacher und schneller zu gestalten. Projekte wie ELFE (Einfache Leistungen für Eltern) zeigen, wie das gelingen kann: Alle Verwaltungsprozesse rund um die Geburt eines Kindes werden digitalisiert, Behördengänge und komplizierte Anträge sind nicht mehr nötig.

Ziel ist eine neue **Kultur der öffentlichen Verwaltung**, die auf Beteiligung, bürgerfreundliche Datenermittlung und Verwaltung (smart Data) sowie schnelle, unkomplizierte Verfahren setzt. Erste Voraussetzungen hierfür sind im Land Bremen bereits geschaffen: Es gibt ein leistungsfähiges Rechenzentrum, die Ausstattung der Behörden mit Geräten und Software wurde in den letzten Jahren deutlich modernisiert, die Verwaltungsstrukturen sind effizienter und effektiver geworden. Für zahlreiche Verfahren und Dienstleistungen stehen Formulare im

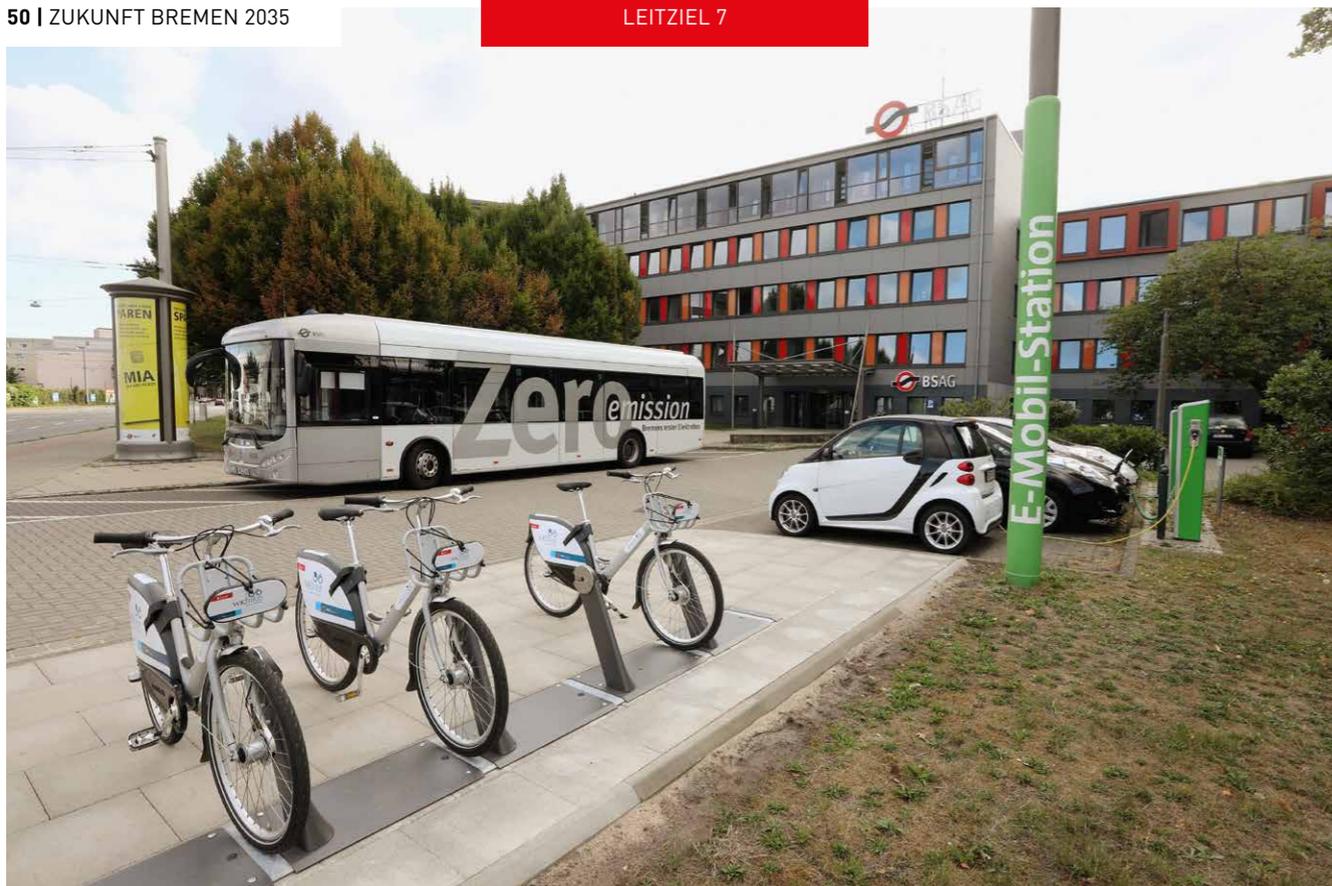
Internet zur Verfügung. Für Unternehmen gibt es bereits in vielen Bereichen komplette elektronische Angebote, vor allem in den Feldern Steuern, Statistik und Sozialversicherung.

Servicequalität und Leistungsfähigkeit der Behörden werden kontinuierlich verbessert, zum Beispiel durch das „Once-Only“-Prinzip: Daten werden nur einmal abgefragt und an einer Stelle vorgehalten. Zertifikate, Nachweise und andere Voraussetzungen für Genehmigungsverfahren können dann – nach Einwilligung der Bürger*innen – von anderen Behörden automatisch abgerufen werden.

Auch für die Wirtschaft gibt es einen solchen Service: Betriebe müssen nur einmal ihre Daten bei Anmeldungen, Anträgen, Mitteilungen und der Lieferung statistischer Daten angeben.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Landesweiter Netzausbau mit höchstmöglichen Übertragungsraten und Ausbau eines Mobilfunknetzes neuester Generation
- Ausbau als führende Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte für digitale Fertigungs- und Anwendungstechnologien in Industrie, Handel/Logistik, Handwerk und Dienstleistung
- Weiterer Ausbau der digitalisierten Verwaltung
- Ausbau der Digitalisierung der Häfen



Neue Mobilitätskonzepte verbinden unterschiedliche Verkehrsmittel.

Ressourcenschonende Mobilitätskonzepte: Elektromobilität, Car-Sharing und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Als „Smart Cities“ des Nordens entwickeln Bremen und Bremerhaven neue ressourcenschonende Mobilitätskonzepte, die Elektromobilität, Car-Sharing und Öffentlichen Nahverkehr verknüpfen. Dabei spielt Digitalisierung eine wichtige Rolle. Sie schafft zum Beispiel die Voraussetzungen dafür, Parkraum intelligenter zu bewirtschaften und im Ergebnis weniger Flächen für den ruhenden Verkehr zu verbrauchen. Eine gute digitale Vernetzung ist auch für neue Konzepte zur Belieferung der Innenstädte von großer Bedeutung, die durch Kooperation und intelligente Steuerung den Verkehr und damit auch den Schadstoffausstoß deutlich verringern. Solche Konzepte gilt es gemeinsam mit der Wirtschaft und den Lieferdiensten zu erarbeiten.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Verbesserung der Netzversorgungsqualität
- Ausbau der digitalen öffentlichen Dienstleistungsangebote
- Erhöhung der Anzahl der Gründungen bei wissensintensiven Dienstleistungen und im Kreativbereich

Digitale Technologien haben schon heute großen Einfluss auf das öffentliche Leben. Diese Entwicklung sollten Kommunen nutzen, um ihre Prozesse effektiver zu machen. Die Chancen des digitalen Wandels müssen aber offensiv genutzt und gesellschaftlich gestaltet werden.



Prof. Dr.-Ing. habil. Dirk Heinrichs

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)
Abteilungsleiter Mobilität und Urbane Entwicklung

Die Digitalisierung beeinflusst zunehmend das Leben der Menschen in unseren Städten. Soziale Netzwerke, Onlineshopping, E-Government oder E-Partizipation zeigen den großen Einfluss digitaler Technologien auf die verschiedenen Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Diese Entwicklung bietet Kommunen große Chancen: Verwaltungsabläufe können dank digitaler Prozesse viel effizienter werden. Die Bürger*innen können sich umfassender am politischen Willensbildungsprozess beteiligen. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge kann profitieren. Digitalisierung und Nutzung des Smartphones ermöglichen als „digitaler Schlüssel“ beispielsweise neue, vernetzte Mobilitätsangebote im Öffentlichen Verkehr und eine effizientere Nutzung und Auslastung von Verkehrsinfrastrukturen. Die Chancen des digitalen Wandels ergeben sich allerdings nicht automatisch, sie erfordern eine gesellschaftliche Gestaltung. Bremen und Bremerhaven haben das erkannt. Mit der Zukunftsinitiative „Smart-Digital-Mobil“ sollen digitale Technologien im Interesse der Bürger*innen und der Wirtschaft

entwickelt und genutzt werden, um effizienter, technologisch fortschrittlicher, ökologischer und sozial inklusiver zu werden. Hierfür will das Land Bremen die Grundlagen schaffen: die Verbesserung der Netzversorgungsqualität, den Ausbau digitaler öffentlicher Dienstleistungsangebote und die Förderung der Kompetenzen zur Entwicklung innovativer Anwendungen und Geschäftsmodelle.

Die digitale Transformation kann gelingen, wenn sie über die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur als technische Grundvoraussetzung hinaus als gesellschaftspolitische Aufgabe auf dem Weg zu Smart Cities angegangen wird. Das erfordert, digitale Kompetenzen zu fördern, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen und mit deren Bedenken und Ansprüchen, etwa an den Datenschutz, umzugehen. Die frühzeitige Einbindung von Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft bei der Digitalisierung fördert die Akzeptanz zukünftiger Lösungen. Es gilt, die Nützlichkeit digitaler Angebote nicht nur den so genannten „Early Adoptern“, sondern allen Bürger*innen aufzuzeigen und mit ihnen zu erproben.



Unsere Leitziele für Bremen und Bremerhaven

Auf gute Nachbarschaft

Gemeinschaft entsteht vor der Haustür

Quartiere sind Orte der Identifikation. Wo Menschen wohnen, wollen sie sich sicher und zuhause fühlen. Dazu brauchen sie angemessenen und bezahlbaren Wohnraum, eine gute Nachbarschaft, Geschäfte für den täglichen Bedarf und gesundheitsbezogene Infrastruktur in erreichbarer Nähe, Orte für Sport, Kultur und andere gemeinsame Aktivitäten sowie Grünzonen zur Naherholung. Wo das gelingt, identifizieren sie sich mit ihrem Stadtteil, nehmen Anteil aneinander und engagieren sich.

Die Quartiere in Bremen und Bremerhaven verfügen über eine überwiegend gute Grundversorgung. Es gibt jedoch in einigen Stadtteilen deutliche Defizite: in der Nahversorgung, der Verkehrsanbindung und der sozialen Infrastruktur. Hier müssen die Anstrengungen verstärkt werden, denn das erklärte Ziel, die soziale Spaltung in beiden Städten zu überwinden, lässt sich nur mit den Quartieren umsetzen.

LEITZIEL 8

**MEINE STRASSE, MEIN STADTTEIL,
MEINE STADT**
SOZIALER ZUSAMMENHALT IN
LEBENDIGEN QUARTIEREN



Historische Bausubstanz im Goethequartier in Bremerhaven.

MEIN ZUHAUSE IN BREMEN UND BREMERHAVEN GUT UND SICHER WOHNEN

Lebendige Nachbarschaften entstehen da, wo es einladende Orte der Begegnung und bezahlbaren Wohnraum gibt. In Bremen und Bremerhaven wird ein deutlich größeres und vielfältigeres Angebot für unterschiedliche Zielgruppen benötigt, damit eine gute soziale Mischung entsteht und erhalten bleibt. Dazu ist das Engagement vieler Akteure erforderlich: der kommunal stark verwurzelten Wohnungsbauunternehmen wie Gewoba, Brebau und Stäweg ebenso wie der privaten Bauunternehmen. Politik muss die notwendigen politischen Rahmenbedingungen schaffen und gezielt Impulse setzen: Bei Neubauten sollen 30 Prozent geförderte Wohnungen entstehen. Bei der Entwicklung neuer Stadtteile (wie in Bremen auf dem Rennbahngelände oder am Hulsberg oder im Bremerhavener Werftquartier) müssen Barrierefreiheit, die Ausstattung

mit sozialer Versorgung, eine gute Anbindung an den Nahverkehr sowie Plätze und Grünflächen vorgesehen werden.

Das soziale Miteinander in einem Quartier trägt entscheidend zur Lebensqualität bei. Bremen und Bremerhaven sind geprägt von einem offenen, toleranten Klima und viel bürgerschaftlichem Engagement. Dennoch gibt es auch Quartiere mit gravierenden Problemen. Die Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sowie zu medizinischer Versorgung, zu sportlichen und kulturellen Angeboten sind ungleich verteilt. Hier müssen gezielt Maßnahmen entwickelt werden: In einem Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ werden unter anderem Schwerpunkte für den Ausbau oder die Einrichtung von Quartierszentren festgelegt.



Lebendige Nachbarschaft beginnt vor der Haustür.

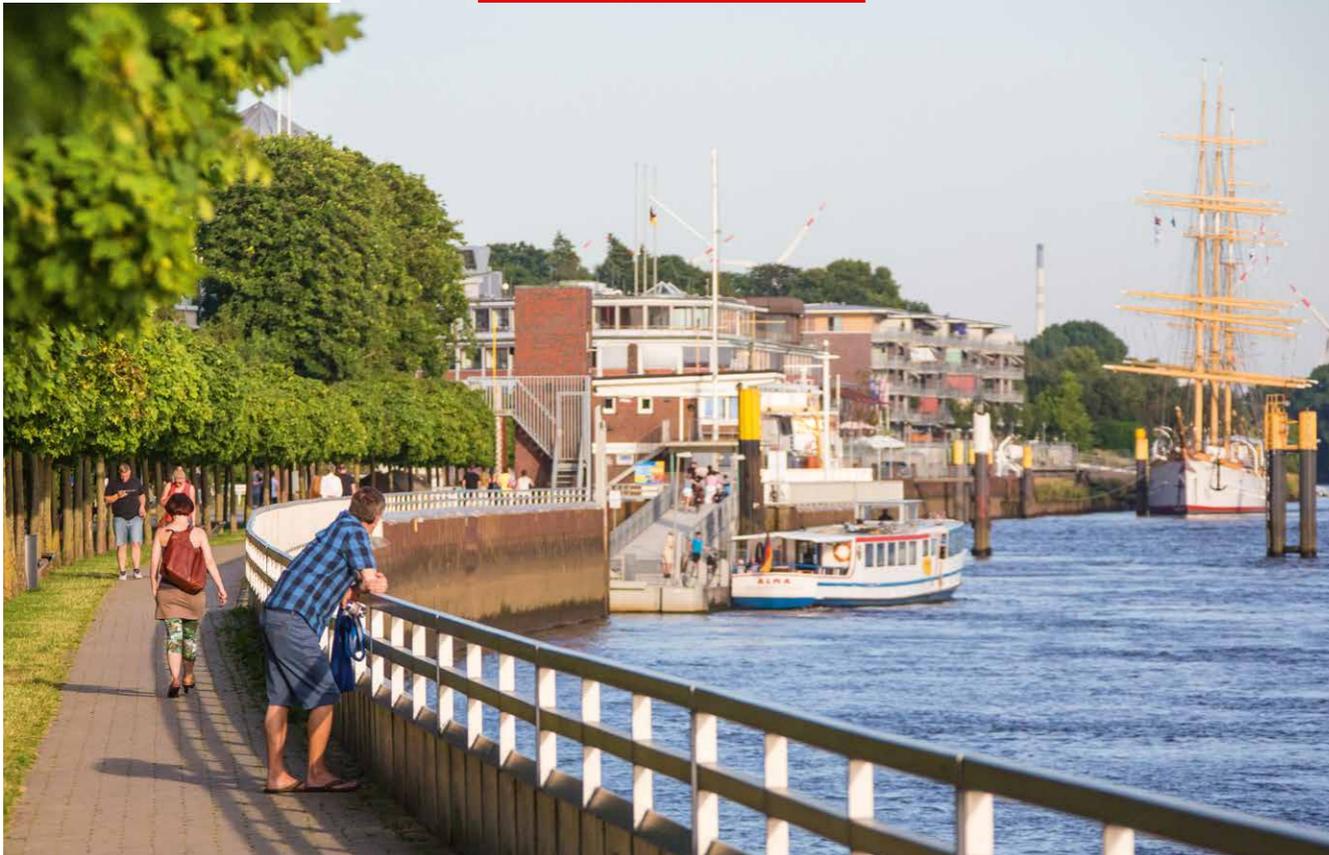
Das soziale Miteinander in einem Quartier trägt entscheidend zur Lebensqualität bei

Die Zentren sollen vor allem Orte der Begegnung sein. Wenn bei zunehmender Vielfalt der Bevölkerung Chancengleichheit für alle erreicht werden soll, muss die kulturelle, soziale und geschlechtsspezifische Unterschiedlichkeit der Menschen anerkannt und das Zusammenleben gemeinsam gestaltet werden. Auch das beginnt in den Quartieren. Deshalb werden Quartierszentren künftig verstärkt gefördert, in denen Sprach- und Leseförderung sowie Angebote des lebenslangen Lernens ebenso stattfinden wie gemeinsames Kochen oder Gärtnern, in denen es Sport- und Bewegungsangebote gibt und Beratung auch für ältere und pflegebedürftige Menschen. Auch bürgerschaftliches Engagement, frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung sowie Kulturinitiativen sollen dort einen Ort haben. Im Fokus stehen alle Menschen, die vor Ort leben.

Gesundheit, Sauberkeit und Sicherheit tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Untersuchungen zeigen, dass die Lebenserwartung entscheidend von der sozialen Lage und damit auch vom Wohnort abhängig ist, Faktoren wie Lärm, Luft, Verkehr, die gesundheitsbezogene Infrastruktur, Erholungsräume sowie Grünflächen für Bewegung im Freien – all das beeinflusst die Gesundheit der Menschen. Deshalb werden abgestimmte Maßnahmen für die Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten in allen Politikfeldern im Sinne des „Health in all Policies-Ansatzes“ entwickelt. Die Quartiere sollen künftig so gestaltet werden, dass sie ein gesundes Leben ermöglichen und fördern. Dazu können Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wie Tempo 30 in Wohngebieten und neue Mobilitätskonzepte, gezielte Maßnahmen für alters- und familiengerechte Quartiere sowie der Aufbau von Gesundheitszentren in den Stadtteilen und der Ausbau der Pflegestützpunkte beitragen.

Vorrangige Maßnahmen für dieses Leitziel:

- Landesprogramm Lebendige Quartiere
- Quartiersbezogener Landesgesundheitsplan im Sinne des „Health in all Policies-Ansatzes“
- Gezielte Maßnahmen für alters- und familiengerechtes Wohnen und Gewährleistung von Barrierefreiheit, Ausbau der gesundheitsbezogenen Infrastruktur und der Pflegestützpunkte
- Bessere Vernetzung der öffentlichen Angebote im Quartier, von schulischen und außerschulischen Lernorten sowie der kulturellen Bildung
- Ausbau des Bibliothekssystems
- Verbesserung der sportlichen Infrastruktur in den Quartieren, auch als Bestandteil der Gesundheitsförderung
- Einrichtung von integrierten medizinischen Versorgungsstrukturen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf
- Sukzessive Umsetzung des Integrierten Struktur- und Entwicklungskonzepts (ISEK) für Bremen-Nord
- Erhöhung der Wohnumfeldqualität durch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung
- Erstellen von stadtteilbezogenen Sicherheitsanalysen und -konzepten und Stärkung der quartiersbezogenen polizeilichen Präsenz



Maritime Meile in Vegesack mit Blick auf das Schulschiff Deutschland.

Diese aufeinander abgestimmten Maßnahmen werden in einer integrierten und präventiven medizinischen Versorgungsstrategie für das „Gesunde und lebenswerte Land Bremen“ zusammengefasst.

Um der zunehmenden Vermüllung des Stadtbildes zu begegnen, werden Maßnahmen im Bereich Müllvermeidung, Beseitigung, Aufklärung und Sanktionierung konsequent umgesetzt.

Um die Sicherheit im Stadtteil nachhaltig zu gewährleisten, sind umfassende Kenntnisse über die objektive Sicherheitslage und die subjektive Sicherheit, das sogenannte Sicherheitsgefühl, erforderlich. Bürgerbefragungen, systematische Quartiersbegehungen und Sicherheitsanalysen sollen die Erkenntnislage zum Beispiel über Angsträume und Brennpunkte verbessern und die Grundlagen für quartiersbezogene Sicherheitsstrategien und -konzepte liefern.

Die Polizei wird Sicherheitspartnerschaften anregen und Anwohner*innen und relevante Akteure in den Gesamtprozess aktiv einbinden.

Daran wollen wir uns messen lassen:

- Verringerung des Abstands zwischen den fünf ärmsten und den fünf reichsten Stadtteilen in Bremen
- Verringerung der Armutgefährdungsquote, insbesondere der Kinderarmut
- Verbesserung der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen in sozial benachteiligten Gebieten

Sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit einem Stadtteil hängen davon ab, ob Menschen hier ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigt sehen. Eine ernst gemeinte Quartiersarbeit kann die Basis für Vertrauen und Solidarität zwischen sehr diversen Gruppen schaffen.



Prof. Dr. Hannes Schammann

Universität Hildesheim
Professor für Migrationspolitik

Das **Leitziel-Papier zum Thema „Quartiere“** hat das Potenzial, Bremen und Bremerhaven nachhaltig zu prägen und zu nachhaltig lebenswerteren Orten zu machen. Das Papier geht von der Annahme aus, dass sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit einem Stadtteil davon abhängt, ob Menschen ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigt sehen. Identifikation entsteht als Folge sozialer Integration und nicht am Anfang. Diese Annahme ist wissenschaftlich weitgehend unbestritten. Dennoch hört man in der politischen Debatte immer wieder Forderungen, gerade an Neuzugewanderte, sich zuerst mit der Umgebung zu identifizieren bevor sie soziale Teilhabe erfahren dürfen. Die Zukunftskommission macht diesen Fehler glücklicherweise nicht. Stattdessen wird man soziale Fragen angehen und Zugänge zu Bildung, Gesundheit oder Wohnraum verbessern. Das ist der richtige Weg. Gut und richtig ist auch, die Strategie, „lebendige Quartiere“ mit Begegnungszentren schaffen. Sie sollen das Zusammentreffen von Menschen einer

„superdiversen“ Stadtgesellschaft ermöglichen. Ernst gemeinte Quartiersarbeit ist keine weiche Politik und kein Selbstläufer. Begegnung bedeutet nicht nur ein multikulturelles Kochen und fröhliches Feiern, sondern auch gemeinsames, respektvolles Streiten. Nur wenn das gelingt, kann Vertrauen zwischen unterschiedlichen Gruppen entstehen. Vertrauen wiederum ist das Fundament für gesellschaftliche Solidarität, ohne die eine Gesellschaft nicht funktioniert. Damit die Ziele des Papiers erreicht werden, müssen daher Anstrengungen unternommen werden, wirklich alle gesellschaftlichen Schichten anzusprechen und nicht nur verbesserte Sozialleistungen anzubieten. Dazu gilt es, die benannten Indikatoren zur Zielerreichung noch weiter zu schärfen und noch genauer auf die Ziele abzustimmen. Dies gilt sicher auch für die ambitionierte Strategie, das Thema „Gesundheit“ breit zu denken. Der dynamische Prozess, der zu dem vorliegenden Papier geführt hat, stimmt mich optimistisch. Der Anfang ist gemacht.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 1

Chancengerechtes Bildungssystem

Hohe Qualität von Kita bis Schule

Das Land Bremen hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um allen Kindern eine gute Bildung von Anfang an zu ermöglichen. Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung kann weitgehend erfüllt werden. Es besteht jedoch weiterer Ausbau- und Sanierungsbedarf. Die Schule der Zukunft ist inklusiv und ganztätig. Dafür sind bauliche und personelle Maßnahmen sowie die verbindliche Regelung von Qualitätsstandards erforderlich, um im Vergleich mit anderen Stadtstaaten ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem auf höchstem Niveau zu erreichen.

CHANCENGERECHTES BILDUNGSSYSTEM HOHE QUALITÄT VON KITA BIS SCHULE

Gute Bildung beginnt schon bei den Kleinsten.

1

CHANCENGERECHTES BILDUNGSSYSTEM HOHE QUALITÄT VON KITA BIS SCHULE

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Im Land Bremen haben die beiden Stadtgemeinden – ausgehend von unterschiedlichen Niveaus – den Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote erheblich intensiviert und beschleunigt. Die Sicherung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung kann weitgehend wohnortnah gewährleistet werden. In sozial benachteiligten Quartieren ist der Kita-Ausbau in besonderem Maße verstärkt worden, sodass die Ziele der aufgehenden Entwicklung kurz- bis mittelfristig erreicht werden können. Es besteht jedoch auch weiter erheblicher Ausbau- und Sanierungsbedarf. Im Projekt „Bildungsplan 0 bis 10“ ist ein gemeinsames pädagogisches Verständnis zwischen Kita und Grundschule entwickelt worden. Mit der Zentralisierung der Beitragsfestsetzung und der Einführung eines Online-Anmeldeverfahrens werden Verwaltungsvorgänge zwischen Eltern, Kita-Trägern und Verwaltung durch Standardisierung und digitale Unterstützung bürgerfreundlicher, effizienter und schneller.

Die Schule der Zukunft ist inklusiv und ganztägig. Das Land Bremen ist deutschlandweit führend in der schulischen Inklusion. Aber zur Absicherung des bremischen Wegs muss das Unterstützungssystem künftig weiter ausgebaut werden. Die Leistungsfähigkeit des bremischen Bildungssystems weist nach den Ergebnissen empirischer Vergleiche Schwächen auf. Ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem ist aber maßgeblich abhängig von der Qualität der Bildungsangebote.

Die Herausforderungen für das Bremische Bildungssystem werden künftig noch steigen. Das Land wird in den kommenden zehn Jahren bis zu einem Fünftel mehr Schüler*innen haben. Von den Schulen wird zunehmend erwartet, auch sozialpolitische Aufgaben zu übernehmen: Sie sollen ein Integrationsmotor für Kinder und Eltern sein, sie sollen die soziale Spaltung kompensieren und sie sollen Kristallisationspunkte erfolgreicher Stadtteilarbeit sein.

Mit den vorhandenen räumlichen Gegebenheiten können weder die ansteigenden Schüler*innenzahlen noch der zusätzliche Flächenbedarf abgebildet werden. Es ist deshalb wichtig, dass der vorhandene

Gebäudebestand nicht nur saniert, sondern entsprechend der zu erwartenden Anforderungen um- und ausgebaut wird. Auch auf der Ebene der Schulverwaltung muss sich das System ändern, um mit der wachsenden Komplexität umgehen zu können.

Wo wollen wir hin?

Ziel ist die Etablierung eines flächendeckenden Bildungsangebots, in das Kinder im Sinne des Leitziels „Gute Bildung von Anfang an“ in der Regel bereits ab dem ersten Lebensjahr einsteigen und in den einzelnen Stufen ab dem Krippenalter entsprechend ihrer individuellen Potenziale, Neigungen und Bedürfnisse begleitet und gefördert werden.

Die weiterhin hohe Entwicklungsdynamik im Bereich der frühkindlichen Bildung erfordert einen erheblichen Ausbau der baulichen Bildungsinfrastruktur im Einklang mit sozialen Stadtentwicklungszielen, eine der Nachfrageentwicklung und den bildungspolitischen Zielsetzungen folgende Personalentwicklung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, eine verbindliche Regelung von Qualitätsstandards und sachgerechter Ressourcensteuerung auf Landesebene sowie eine flexible, transparente und effiziente administrative Steuerung mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und Handlungsspielräumen von Bildungsadministration und (Freien) Trägern.

Grundsätzlich sollen alle Schulen den Ganztagsangeboten und Grundschulen in besonders herausfordernden sozialen Lagen gebundene Ganztagsangebote machen. Die Absicherung der Inklusion bedarf eines deutlichen Zuwachses an sonderpädagogischen Fachkräften. Die insgesamt gestiegenen Herausforderungen im Bildungssystem bedürfen einer Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidungsstrukturen bei einer gleichzeitigen erhöhten Selbstständigkeit der Institutionen. Schulen sollen deshalb perspektivisch im Rahmen zugewiesener Budgets über ihre zielgruppengerechten Schwerpunkte selbst entscheiden und über die Verwendung und die Maßnahmen Rechenschaft geben können. Das Leitungspersonal wird für diese Verantwortung ausgewählt und qualifiziert. Die notwendige Qualitätsdiskussion im System wird durch die Fachkräfteproblematik überlagert. Das

Land Bremen muss darauf durch eine klare fachbezogene Personalplanung und – neben entsprechenden Rekrutierungs- und Attraktivierungsmaßnahmen – durch den konsequenten Ausbau von Seiteneinstiegs- und Qualifizierungsmodellen reagieren.

Damit gilt als grundsätzliches Ziel:

Das Land Bremen ermöglicht allen Kindern in allen Stadtteilen eine gute und ganzheitliche Bildung von Anfang an. Es bewegt sich mit seinem Bildungssystem hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Ressourceneinsatz, auch im Stadtstaatenvergleich, auf höchstem Niveau.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Die sukzessive Steigerung frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote hat dazu geführt, dass für alle Kinder – auch unterjährig – ein Krippen- und/oder Kindergartenplatz verfügbar ist. Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes vorschulisches Bildungs- und Betreuungsangebot mit niederschweligen Zugangswegen stellt Chancengerechtigkeit und Teilhabe her, verbessert die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von Eltern und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Weiterführung des Kita-Ausbaus in beiden Stadtgemeinden entsprechend der Nachfrage und den bildungs- und jugendhilfepolitischen Versorgungszielen, schrittweise Erreichung der Zielversorgungsquoten in allen Stadtteilen.
- Verstärkung der Ausbildungskapazität und Schaffung neuer Ausbildungsformate für sozialpädagogische Berufe.
- Die Finanzierungssystematik der Kindertagesbetreuung im Land Bremen wird so weiterentwickelt, dass im Zusammenspiel von Land, Stadtgemeinden und Kita-Trägern eine sachgerechte Ressourcenausstattung gewährleistet ist, die an der Nachfrageentwicklung und definierten fachlichen Qualitätsstandards ausgerichtet ist.
- Der kostenlose Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten wird durch eine schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit ermöglicht. Für Kinder ab drei Jahren wird generell ein kostenfreier Zugang angestrebt.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Grundlage der systematischen und obligatorischen Kooperation zwischen den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen ist ein integriertes Bildungsverständnis, das in einem gemeinsamen Bildungsplan für das Handeln der Erzieher*innen und Lehrer*innen definiert ist.

- Gemeinsame Bildungsarbeit von Kita und Schule durch einen Bildungsplan 0–10 Jahre.
- Ausweitung der frühkindlichen Förderung zur Sicherung der Grundfertigkeiten über die Kernkompetenzen hinaus.
- Systemische Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.
- Einbeziehung außerschulischer Kooperationspartner und außerschulischer Lernorte.
- Gemeinsame Ausbildungselemente bei Erzieher*innen und Lehrkräften.
- Schaffung von weiteren Partizipationsmöglichkeiten für Eltern, Schüler*innen und Kinder.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Das Bildungssystem ist chancengerecht, inklusiv und ganztägig. Es ist kind-, ressourcen-, leistungs- und innovationsorientiert und trägt der Dynamik der gesellschaftlichen Anforderungen und der damit zusammenhängenden Bildungsentwicklung Rechnung. Lernen orientiert sich an den individuellen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Neigungen der Kinder und Jugendlichen, die zu fördern sind.

- Etablieren von Rückmeldeformaten, die sich an der individuellen Kompetenzentwicklung orientieren.
- Stärkung des fachlichen Lehrens und Lernens in den schulischen Strukturen.

- Besondere Maßnahmen zur Förderung leistungsstarker Schüler*innen.
- Ausweitung des Projekts „Lernen in der digitalen Welt“ auf alle Schulen und Fächer.
- Bedarfsorientierte Ressourcenausstattung der Bildungseinrichtungen.
- Ausreichende Ressourcenausstattung für die inklusiven Bildungsangebote und Optimierung der inklusionsbezogenen Steuerung.
- Umsetzung des Ganztags für alle Grundschulen inklusive Ferienzeiten.
- Vernetzung der Systeme Schule und Jugendhilfe einschließlich der außerschulischen Aktivitäten.
- Einbeziehung außerschulischer Partner in die Bildungsprozesse.
- Gestaltung der Bildungsangebote auch unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Anschlussfähigkeit des schulischen Systems an die Berufswelt unter anderem durch frühzeitige Förderung der an Neigungen/Interessen der Kinder bzw. Jugendlichen ausgerichtete Berufsorientierung.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen werden Kindertageseinrichtungen als sozialraumorientierte Familienzentren ausgerichtet, die als niedrigschwellige Angebote eine gemeinsame Förderung von Kindern durch die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und der Eltern sicherstellen (Erziehungspartnerschaften).

- Einsatz von Kita-Verstärkungsmitteln zur flächendeckenden Etablierung von (ausgewählten) Kindertageseinrichtungen.
- Ausbau der Quartiersbildungszentren, die die Erziehungspartnerschaften im schulischen Kontext weiterführen.
- Bildungspartnerschaften mit den Eltern.
- Öffnung der Familienzentren in die Stadtteile hinein und Schaffung einer räumlichen Infrastruktur, die Angebote über den Kitabetrieb hinaus ermöglicht.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Kindertageseinrichtungen und Schulen sind Orte der Verantwortungsübernahme, der Stärkung der Demokratie und der Partizipation.

- Entwicklung einer Landesstrategie „politische Bildung“, in der der Beitrag der zivilgesellschaftlichen Organisationen Berücksichtigung findet.
- Die Entwicklung curricularer Arbeit an den Schulen erfolgt partizipativ über digitale Plattformen.
- Alle Schulen haben Schüler*innenvertretungen.
- Europabildung ist an allen Schulen etabliert.
- Zivilgesellschaftliche Partner sowie die Stadtteilpolitik sind in die Bildungsarbeit einbezogen.
- Maßnahmen zur Stärkung der politischen Partizipation sowie der Demokratiefähigkeit sind an den weiterführenden Schulen etabliert.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 6: Die außerschulische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungssystems, um Kompetenzen junger Menschen zur demokratischen Meinungsbildung, der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft sowie des sozialen Umgangs miteinander zu stärken.

- Junge Menschen werden in die Gestaltung und Aushandlung ihrer Lernsettings partnerschaftlich einbezogen; dafür gibt es freie Lernorte, die einem peer-orientierten Ansatz folgen.
- Bürgerschaftliches Engagement junger Menschen wird aktiv gefördert; die dadurch erlernten Kompetenzen werden entsprechend gewürdigt.
- Räume des Demokratielernens und der Demokratiebildung werden ausgebaut.
- Außerschulische Aktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten werden systematisch in eine sozialraumorientierte, bedarfsgerechte Angebotsplanung und -erweiterung integriert.
- Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Schulen mit außerschulischen Akteuren werden ausgebaut.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 7: Neben einem systematischen Bildungsmonitoring zur administrativen Steuerung des Bildungssystems sind ein umfassendes Unterstützungssystem zur Qualitätsentwicklung in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie eine Lernverlaufsdiagnostik zur Unterstützung der pädagogischen Prozesse etabliert.

- Einrichtung eines Instituts zur Qualitätsentwicklung von Schulen und Kitas (IQHB) durch das Landesinstitut.
- Daten als eine wesentliche Grundlage für die Kita- und Schulentwicklung stehen zur Verfügung.
- Entwicklung des Formats „Schulportraits“ als Element der datengestützten Qualitätsentwicklung.
- Lernentwicklungsverläufe und ihre Dokumentation stehen den Bildungseinrichtungen zur Verfügung.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 8: Im Rahmen des neuen Steuerungsverständnisses der Bildungsadministration sind Schulen eigenverantwortliche Bildungsinstitutionen mit einem gestärkten Verantwortungsbewusstsein für die Gestaltung guter Bildung.

- Entwicklung eines Rollenbilds „Schulleitung“ mit erweiterter Verantwortung zur Steuerung multiprofessioneller Teams und als Akteur mit Wirkung in den Stadtteil hinein.
- Entwicklung von Assessment- und Qualifizierungsmodulen für Schulleitungen eigenverantwortlicher Schulen.
- Sukzessive Weiterentwicklung und Ausweitung der Best-Practice-Beispiele mit eigenverantwortlichem Handeln im Sinne der schulischen Qualitätsentwicklung.
- Stärkung der Beratungs- und Controlling-Kompetenz der Schulaufsicht als Gegenüber der eigenverantwortlichen Schule.
- Personalkostenbudgetierung der Projektschulen unter Berücksichtigung der Bremer Erklärung.
- Verstärkte Einbeziehung von schulischen und außerschulischen Partnern in die Schulentwicklung.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 9: Über unterschiedliche Aus- und Weiterbildungsformate ist es gelungen, neue Zielgruppen/Quereinsteiger*innen an (sozial)pädagogische Berufe heranzuführen, eine bedarfsgerechte Fachkräfteentwicklung zu sichern sowie neue Formate der Aus- und Weiterbildung zu entwickeln.

- Reform der verschiedenen Formate der Erzieher*innen-Ausbildung mit dem Ziel neue Zielgruppen zu erschließen, die Attraktivität der Aus-/Weiterbildung im Vergleich zu anderen Berufen zu erhöhen und Möglichkeiten zur Verkürzung der Ausbildungsdauer auszuschöpfen. Die Erfahrungen mit der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) sollen dabei auch für die Gestaltung anderer Ausbildungsformate genutzt werden.
- Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts.
- Arbeitsbedingungen attraktiver gestalten, Konzepte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ermöglichung von altersgerechtem Arbeiten, Förderung von Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Einstiegsmöglichkeiten in sozialpädagogische Arbeit auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus sowohl oberhalb als auch unterhalb der Erzieher*innen-Ausbildung.
- Verstetigung der Finanzierung und Ausbildungsvergütung für Aus- und Weiterbildungsformate; weitergehende Umsetzung der Schulgeldfreiheit.
- Systematische Anpassung der Ausbildungskapazitäten an aktualisierte Bedarfsprognosen.
- Konzeptionierung einer veränderten praxisnahen Lehrer*innenbildung mit einer veränderten zielgerichteten Steuerung aller Akteure.
- Neue Weiterbildungsformate zur Eröffnung individueller Alternativen bei der Planung des Berufsweges.
- Bremerhavener Modell: Weiterbildungs-Masterstudium inklusive Pädagogik (Kooperationsprojekt mit der Universität Oldenburg).
- Bremerhavener Lehramtsstipendium als Baustein zur Sicherung des Lehrkräftebedarfs.

> **Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 10: Die erforderlichen Ressourcen (Gebäude, Ausstattung, Fachkräfte, etc.) sind dauerhaft auf hohem Niveau, mindestens dem der anderen Stadtstaaten, gesichert. Dazu gehören – insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen – auch niedrigschwellige Angebote, um eine gemeinsame Förderung von Kindern durch die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und der Eltern sicherzustellen.**

- Die Bildungsausgaben im Land Bremen entsprechen mindestens den Ausgaben der anderen Stadtstaaten.
- Anpassung des Ausbauprogramms an die Bedarfsentwicklung, die stadtweite Umsetzung von Kinder- und Familienzentren an ausgewählten Standorten sowie gemeinsamen Campus-Lösungen Kita – Grundschule – Oberschule.
- Umsetzung des schulischen Standortentwicklungsplans und flexibler Nutzungskonzepte.
- Sicherung einer adäquaten Personalausstattung in Bildungseinrichtungen.
- Ermöglichung von Doppelbesetzungen in allen Schulen und Versorgung mit Sonderpädagogik-Lehrkräften entsprechend der tatsächlichen Förderquote.
- Sicherung einer adäquaten baulichen Infrastruktur zur Gewährleistung einer zeitgemäßen pädagogischen Arbeit.
- Stufenweise Umsetzung eines Kita-Sanierungsprogramms.
- Schaffung von flexibel nutzbaren Bildungsbauten für Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen.



13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 2

Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung

Leistungsfähige berufliche und akademische Bildung

Demografischer Wandel und Digitalisierung verändern die Arbeitswelt einschneidend. Eine einmal erworbene Qualifikation reicht nicht mehr für ein ganzes Berufsleben. Ausbildungsgänge müssen ständig angepasst und durch lebenslanges Lernen ergänzt werden. Berufliche Ausbildung, Hochschulstudium und Weiterbildung sind gleichwertige Pfade. Die Durchlässigkeit zwischen den Systemen muss erhöht werden, auch um den Bedarf der regionalen Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften zu decken. Allen Jugendlichen soll nach der Schule eine Ausbildung ermöglicht werden.



EXZELLENTER QUALITÄT IN STUDIUM UND AUSBILDUNG LEISTUNGSFÄHIGE BERUFLICHE UND AKADEMISCHE BILDUNG

Gute Studienbedingungen für die Fachkräfte von morgen.

EXZELLENTER QUALITÄT IN STUDIUM UND AUSBILDUNG

LEISTUNGSFÄHIGE BERUFLICHE UND AKADEMISCHE BILDUNG

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Die berufliche Bildung und das Wissenschaftssystem im Land Bremen haben bundesweit einen guten Ruf. Durch ihre attraktiven Studien- und Ausbildungsangebote ziehen die bremischen Hochschulen Studienbewerber*innen und die bremischen Betriebe Auszubildende auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland nach Bremen und Bremerhaven und leisten damit einen aktiven Beitrag zur Einwohnergewinnung. Mit ihren Absolvent*innen sichern die Hochschulen in hohem Maße den Fachkräftebedarf der Region.

Der demographische Wandel, die Veränderungen in der Arbeitswelt – vor allem durch die Digitalisierung – der Fachkräftebedarf in vielen Bereichen, die Notwendigkeiten eines lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens sowie die Realisierung individueller Bildungschancen für Auszubildende/Arbeitnehmer*innen und Studierende verlangen nach Antworten in den Systemen der beruflichen und akademischen Ausbildung. Berufliche Biographien sind bereits jetzt nicht mehr so gradlinig wie bisher. Damit gewinnen weiterbildende und berufsbegleitende Bildungsangebote an Bedeutung ebenso wie eine erhöhte Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen.

Wo wollen wir hin?

Für alle Anforderungen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft müssen geeignete Ausbildungsformate vorhanden sein beziehungsweise entwickelt werden. Berufliche Bildung und akademische Bildung sollen dazu beitragen, den Fachkräftebedarf des regionalen, nationalen und internationalen Arbeitsmarktes zu decken. Gleichzeitig gilt es, die individuellen Bildungschancen unabhängig von unterschiedlichen Lernbiographien, studienrelevanten Vorbildungen, Verpflichtungen in Beruf und Familie oder finanziellen und körperlichen Einschränkungen zu erhöhen. Berufliche Ausbildung, Hochschulstudium und Weiterbildung sind gleichwertige Pfade, die Menschen im Rahmen ihrer beruflichen Sozialisation sowie ihrer Fähigkeiten und Talente einschlagen können. Ziel ist es, die Durchlässigkeit zwischen den Systemen weiter zu erhöhen und auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens abzustellen. Der Weiterbildungsbereich hat seinen Platz in diesem Geflecht durch sein systematisches Konzept, das Alphabetisierung, Grundbildung und Integration beinhaltet.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Das hohe Niveau der Durchlässigkeit des berufsbildenden Systems ist ausgebaut und wird weiter vorangetrieben. Die bereits bestehenden Möglichkeiten des Erwerbs und Nachholens von Schulabschlüssen werden durch flächendeckenden Ausbau der integrierten Sprachförderung, des Spracherwerbs für spät zugewanderte Schüler*innen, sprachliche Unterstützung auf allen Ebenen, binnendifferenzierenden Unterricht und Schulsozialarbeit unterstützt. Das Schulsystem ist inklusiv und ermöglicht dadurch Teilhabe auf allen ihren Ebenen. Qualitativ hochwertige Studien- und Ausbildungsangebote, unter anderem zum gleichzeitigen Erwerb eines Berufsabschlusses und eines Studienabschlusses in dualen Studiengängen, sind weiter ausgebaut.

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Im dualen System wird ein Unterstützungssystem für Auszubildende entwickelt, das aus Maßnahmen qualifizierter Träger zur Unterstützung des Ausbildungserfolges und zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen einschließlich Sozialberatung besteht. Die Berufsschulen sind der Knotenpunkt, an denen die Maßnahmen verortet sind und von dem aus sie koordiniert werden.
- Maßnahmen der Agentur für Arbeit für Auszubildende direkt an den Berufsschulen sollen durch die Träger unbürokratisch ermöglicht werden.
- Etablierung von Sprachförderung in allen Bildungsgängen für alle Schüler*innen der berufsbildenden Schulen.
- Angemessene Berücksichtigung der Heterogenität der Schülerschaft an den berufsbildenden Schulen im inklusiven und auf Teilhabe ausgerichteten System durch schuleigene Unterstützungsangebote sowie administrative und strukturelle Ressourcen.
- Verankerung von Schlüsselkompetenzen wie Spracherwerb, interkulturelle Kompetenz sowie die Querschnittskompetenzen Problemlösung, kritisches Denken und digitale Kompetenzen in den Bildungsangeboten der Weiterbildung.
- Ausbau und Absicherung der Weiterbildungsberatung.
- Soziale Absicherung von Lehrkräften für Daueraufgaben, die im besonderen öffentlichen Interesse liegen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Ein wahlfähiges Angebot von Ausbildungsplätzen steht für alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen zur Verfügung. Ausbildungspotenziale werden auf allen Ebenen des berufsbildenden Systems gestärkt.

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Bereitstellung quantitativ und qualitativ angemessener Plätze für landesrechtlich geregelte Berufe in vollschulischer Ausbildung (Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, Fachkräfte in der Pflege).
- Angebot adäquater Ausbildungsplätze durch die private Wirtschaft sowohl für leistungsstarke als auch für leistungsschwächere Jugendliche.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Auch die ausbildungsvorbereitenden Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen bilden neben der Möglichkeit des Nachholens allgemeinbildender Abschlüsse soweit möglich die Strukturen dualer Ausbildungen ab – Pflichtpraktika sind integraler Bestandteil. Schulische Ausbildungen nach Landesrecht sind weitgehend dualisiert.

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Konkretisierung der Beratungen in der Schullaufbahnberatung (Übergang Schule-Beruf), Optimierung der Beratung (auch für Schulrückkehrer*innen).
- Absicherung der Finanzierung dualisierter Ausbildungen durch Schulgeldfreiheit und eine Mindestausbildungsvergütung.

> **Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Die Berufsschulen sind moderne und attraktive Lern- und Arbeitsorte, in denen sich bewährte didaktische Kompetenzen mit neuen Technologien einschließlich digitalisierter Geschäftsprozesse verbinden. Es ist gelungen, die Infrastruktur im berufsbildenden System so zu modernisieren und die Qualifikation des Ausbildungspersonals so weit voranzutreiben, dass die Ausbildung höchsten Standards entspricht und die Nachfrage des Arbeitsmarkts deckt. Die Größe der Systeme ermöglicht Infrastrukturen wie Mensen, Wohnheime, Kinderbetreuung. Auszubildende haben vergünstigten Zugang zum ÖPNV der Region. Die Lernortkooperation zwischen Berufsschule und Wirtschaft wird stetig verbessert und überprüft. Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit von Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Wirtschaft ist eine bessere Verzahnung von Berufsausbildung und berufsbezogener Weiterbildung entstanden – da, wo es sinnvoll erscheint und Lücken zu schließen sind, auch durch das Angebot von Zusatzqualifikationen in der Berufsschule. Im Sinne der Erfordernisse lebenslangen Lernens ist der Übergang von Erst- und Weiterbildung fließend geworden. Dieser Entwicklung werden die berufsbildenden Schulen gerecht.**

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Prüfung der rechtlichen Eigenständigkeit der berufsbildenden Schulen.
- Umwandlung der stadtbremischen berufsbildenden Schulen zu Berufsbildungszentren in modernen Gebäuden.
- Finanzierung der ÖPNV-Zeitkarten für Azubis.
- Der Neubau der Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr (GAV) wird in seinem Entstehungsprozess als Blaupause für zukünftige stadtbremische Schulbauten genutzt.
- Angebot aller allgemeinbildenden Abschlüsse sowie Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Berufsbildungszentren in den Bereichen, die auf dem Weiterbildungsmarkt nicht oder unterrepräsentiert sind.
- Rechtliche Ertüchtigung der Schulen zur Generierung eigener Einnahmen und dem Schulprofil entsprechender Angebote.
- Entwicklung der Berufsschulen zu „Smart factories“ im Rahmen der dualen Ausbildung, in denen die Abbildung der jeweils technologischen Entwicklung selbstverständlich ist und in denen Auszubildende unterschiedlicher Ausbildungsberufe und Fachrichtungen gemeinsam lernen.
- Gemeinsame Fortbildung für das Ausbildungspersonal der Betriebe und die Berufsschullehrer*innen.
- Institutionalisierung des Projekts „Seitenwechsel“: Regelmäßig arbeiten Berufsschullehrer*innen in Ausbildungsbetrieben (auch als Ausbilder*innen), und Ausbilder*innen aus den Betrieben übernehmen zeitweise den Unterricht.
- Berufsbildende Schulen werden Lern-, Fortbildungs- und Begegnungsorte für Auszubildende, Fachkräfte, Meister*innen und Ingenieur*innen sowie Beratungs- und Begegnungsstätte für Bürger*innen sowie die bremische Wirtschaft nach dem Vorbild des Haustechnisches Kompetenzzentrum (HaKoZet) am Schulzentrum Vegesack.

> **Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Das Land Bremen bietet an seinen Hochschulen attraktive Studienprogramme(-bedingungen) für die akademische Erstausbildung an, die einer großen Nachfrage aus Bremen, Bremerhaven, der Region, anderen Bundesländern und dem Ausland begegnen und auch die kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Region berücksichtigen. Der Anteil dualer Studienangebote im Rahmen der Kooperation der Hochschulen mit Unternehmen aus der Region ist signifikant angestiegen. Damit verbunden ist eine weitere Steigerung der Zahl der Studierenden in Bremen und Bremerhaven sowie eine Erhöhung des Anteils der Bildungsausländer*innen. Die Steigerung der Studierendenzahl in Bremen und Bremerhaven – auch der ausländischen Studierenden – hat sich positiv auf die Einwohnerzahl des Landes, gerade auch hinsichtlich des Anteils an jungen und hochqualifizierten Menschen, ausgewirkt. Diese jungen Menschen an das Land Bremen zu binden und weitere anzuziehen ist zugleich Quelle und Impuls zukünftiger positiver wirtschaftlicher und kultureller Prosperität.**

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2025.
- Verbesserung der Grundausrüstung (unter anderem Stellenfinanzierung) der Hochschulen.
- Sicherstellung der Kofinanzierung von Bund-Länder-Programmen, Steigerung der Studierendenzahl auf 37.000, davon 5000 in Bremerhaven.

- Steigerung der Zahl der Studierenden, die aus dem Ausland kommen oder ihre Hochschulzugangsberechtigung durch einen beruflichen Abschluss erworben haben.
- Schaffung von 1.000 neuen Wohnheimplätzen im Land Bremen für Studierende (insbesondere BAföG-Empfänger*innen) in geeigneten Wohnlagen zu günstigen Mieten.
- Erleichterter Zugang für internationale Studierende durch Ausbau englischsprachiger Studiengänge, die englischsprachig beginnen und deutsche Sprachfähigkeit qualifizieren.
- Erhöhung des Angebots digitaler Lehre.
- Entwicklung von Vorbereitungsangeboten und Orientierungsphasen.
- Entwicklung zusätzlicher innovativer Lehr- und Lernkonzepte.
- Ausweitung und Weiterentwicklung des Angebots an berufsbegleitenden Studienangeboten (Kombination von Studium und Beruf).
- Breites Angebot dualer Studiengänge an den Fachhochschulen des Landes.
- Signifikante Erhöhung der Anzahl von Unternehmen/Branchen (zum Beispiel Lebensmittel, Logistik), die sich an dualen Studiengängen beteiligen.
- Verbesserung der Durchlässigkeit aus dem dualen System in das Studium und umgekehrt (für Studienabbrecher*innen).
- Entwicklung und Umsetzung geeigneter Kriterien und Prozesse für die Anrechnung beruflicher Leistungen auf ein Studium, um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter zu erhöhen.
- Vernetzung mit der Region; Intensivierung des Kontakts mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, letzteres insbesondere über die Kammern.
- Ausweitung des kulturellen Angebots, um Bremen und Bremerhaven als Studienstandorte attraktiver zu machen.
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Etablierung/Gründung von Start-ups.
- Ausbau und Entwicklung von Nachwuchsförderungskonzepten.

> **Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 6: Die Studienprogramme der bremischen Hochschulen korrespondieren eng mit den Wirtschaftsklustern und dem Bedarf der regionalen, nationalen und internationalen Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft. Die Chancen einer Beschäftigung in Bremen, Bremerhaven und der Region sind ausgezeichnet. Der Nachwuchskräftebedarf der regionalen Wirtschaft wird in hohem Maße gesichert.**

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2025.
- Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen (Stellenausstattung auf Bundesdurchschnitt).
- Sicherstellung der Kofinanzierung von Bund-Länder- und EU-Programmen.
- Schaffung neuer, innovativer Studienprogramme, zum Beispiel in den Bereichen Space Technology, Windenergie, Cyber-Security, Gesundheitsfachberufe, gegebenenfalls integrierte Mediziner Ausbildung.
- Bereitstellung von Studienangeboten zu allen Wirtschaftsklustern.
- Vertiefung der Kooperation und Kommunikation zwischen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft/den Kammern und den Hochschulen.
- Verbesserung der Bindung der Hochschulabsolvent*innen an Bremen und Bremerhaven durch eine ausreichende Zahl an Masterstudiengängen und Masterstudienplätzen.
- Verbesserung der Bedingungen für Start-ups.
- Ausbau der Wirtschaftsförderung.
- Entwicklung der Lehrer*innenbildung dem Bedarf entsprechend.

> **Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 7: Die bereits erreichte hohe Qualität in Studium und Lehre in den Hochschulen wird stetig überprüft und ausgebaut. Die etablierten Instrumente der Qualitätssicherung sind nachhaltig verankert.**

Die Sicherstellung einer hohen Qualität von Studium und Lehre umfasst auch die Gewährleistung umfassender Teilhabe an Hochschulbildung durch Berücksichtigung der unterschiedlichen Herkunft, Lebens- und Lernsituation der Studierenden, die Absicherung familiengerechter Studien- und Arbeitsbedingungen sowie die Schaffung guter Beschäftigungsverhältnisse.

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Erhöhung der Grundhaushalte der Hochschulen (Stellenausstattung auf Bundesdurchschnitt).
- Konsolidierung der Qualitätssicherung in den Hochschulen auf hohem Niveau.
- Raumzeitliche Flexibilisierung des Studiums und Nutzung der Studienmodule für Studium und Weiterbildung.
- Etablierung innovativer Lernformen (zum Beispiel Coaching, forschendes Lernen).
- Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in Verbänden.
- Nutzung der Potenziale der Digitalisierung für die Lehre (e-learning, blended learning, OER etc.).
- Erhöhung der Kenntnisse über sozioökonomische Hintergründe von Studierenden, um besser/gezielter Unterstützung anbieten zu können.
- Bereitstellung von Unterstützungsangeboten im sprachlichen Bereich.
- Ermöglichung von „Orientierungsstudium“.
- Flexibilisierung des Studiums durch innovative Lernformen.
- Sicherung und Ausbau der familienfreundlichen Hochschule für Studierende, Wissenschaftler*innen und Mitarbeiter*innen in Wissenschaft und Technik.
- Vereinbarkeit von Familie/Leben und Studium erhöhen.
- Klischeefreie Studienorientierung; Gewinnung zum Beispiel von mehr Studentinnen für MINT-Studiengänge (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) und mehr Studenten für das Grundschullehramt.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten (Rahmenkodex „gute Arbeitsbedingungen“ umsetzen und ausbauen).
- Schaffung von mehr unbefristeten Stellen (zum Beispiel bei Qualitätsmanagement, strukturelle Lehre).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 8: Für beruflich Qualifizierte gibt es eine Vielzahl von Fort- und Weiterbildungsangeboten, die speziell auf die zeitlichen und didaktischen Bedürfnisse dieser Gruppe zugeschnitten sind. Der Anteil der Studierenden an den bremischen Hochschulen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) über eine berufliche Ausbildung erlangt haben, ist deutlich angestiegen.

Vorrangige **Maßnahmen** auf dem Weg zur Erreichung des Teilziels:

- Schaffung der strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kammern, den Fachschulen, den Berufsschulen und weiteren Stakeholdern.
- Ausbau der Weiterbildung an den Hochschulen.
- Verzahnung von grundständigem, weiterbildendem und berufsbegleitendem Studium.
- Bereitstellung gezielter, kleinteiliger und kumulierbarer Studienangebote.
- Verstetigung der Wettbewerbsprojekte aus dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung“.
- Gebührenfreie Angebote.
- Vorhalt guter Beratungsangebote.



Modernste Fertigungsprozesse in der Automobilproduktion erfordern ständige Qualifizierung und Weiterbildung.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 3

Aktive Arbeitsmarktpolitik

„Gute Arbeit“ und zukunftsorientierte Standortpolitik

In Bremen und Bremerhaven sind viele neue Arbeitsplätze entstanden. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit weiter hoch. Während manche Unternehmen kaum qualifizierte Fachkräfte finden, gibt es gleichzeitig ein Überangebot an Geringqualifizierten und einen hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen. Die Anstrengungen zur Qualifizierung und zur Integration in den Arbeitsmarkt müssen durch vielfältige Maßnahmen verstärkt werden. Das Leitbild der Sozialpartner ist „gute Arbeit“, die es Menschen ermöglicht, existenzsichernd von ihrer Arbeit zu leben und die den Standort für Fachkräfte attraktiv macht.



AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK „GUTE ARBEIT“ UND ZUKUNFTS- ORIENTIERTE STANDORTPOLITIK

Bremen und Bremerhaven sind Standorte mit einem vielfältigen Arbeitsplatzangebot.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

„GUTE ARBEIT“ UND ZUKUNFTSORIENTIERTE STANDORTPOLITIK

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Der Bremer Arbeitsmarkt ist durch gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet: hohe Arbeitslosigkeit trotz eines kräftigen Beschäftigungsaufbaus.

Hohe Arbeitslosigkeit sowie eine strukturell verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit stellen seit vielen Jahren eine große arbeitsmarktpolitische Herausforderung im Land Bremen dar. Ein wesentlicher Grund: Angebot und Nachfrage passen zum Teil nicht zueinander. Während die Nachfrage nach qualifizierten und hochqualifizierten Fachkräften seit mehreren Jahren zunimmt und in einigen Berufen Fachkräftengpässe bestehen, gibt es gleichzeitig ein erhebliches Überangebot an geringqualifizierten Arbeitskräften. Damit hat zumindest partiell eine Abkoppelung zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung stattgefunden.

Wo wollen wir hin?

Wir wollen, dass Menschen existenzsichernd von ihrer Arbeit leben können. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen direkt nach der Schule eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen können. Dafür werden wir die Kräfte der Jugendberufsagentur bündeln und Unterstützungsleistungen gewähren. Wir streben an, dass die Erwerbsbeteiligung der bisher unterrepräsentierten Gruppen deutlich ausgebaut wird. Um das zu erreichen, soll es einen Ausbau der abschlussbezogenen beruflichen Weiterbildung für Beschäftigte und Beschäftigungslose geben. Diesbezügliche Rechte für die Inanspruchnahme werden unter Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner gestärkt.

Eine lebenslange Berufsberatung soll Menschen unterstützen, sich im ständig wandelnden Arbeitsmarkt zu orientieren. Der Arbeitsmarkt verändert sich immer schneller, auch durch die Digitalisierung. Es liegt im Interesse der Sozialpartner, ihren Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt zu leisten. Menschen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sollen durch kommunale Leistungen wie Kinderbetreuung, Gesundheitsförderung und Schuldnerberatung unterstützt werden, damit sie den Weg zurück in die Beschäftigung finden. Für diejenigen, für die in absehbarer Zeit eine Integration nicht möglich ist, wird

orientiert an den jeweiligen Lebenslagen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Mit den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven soll die Weiterentwicklung der Integrationsstrategien vereinbart werden: Die Vermittlung in Arbeit durch die JC und Agenturen erfolgt durch Fachkräfte mit exzellenter digitaler Kompetenz, mit einem niedrigen Betreuungsschlüssel und in existenzsichernde Arbeit. Die ganzheitliche Betrachtung der individuellen Potenziale Arbeitssuchender und die enge Zusammenarbeit mit den verfügbaren Hilfesystemen stehen dabei im Vordergrund.

„Gute Arbeit“ ist das Leitbild für die moderne und digitale Arbeitswelt. Gute Arbeit ist tariflich gerahmt und betrieblich mitbestimmt. Die Handelskammer Bremen und die Unternehmensverbände im Land Bremen plädieren an dieser Stelle für den Satz: „Gute Arbeit ist tariflich gerahmt und durch funktionierende Sozialpartnerschaft geprägt“. Darüber hinaus ist sie sozial abgesichert und stabil, öffnet Karriere- und Entwicklungsperspektiven unter anderem durch Weiterbildung, sichert die Gesundheit der Beschäftigten und ermöglicht Zeitsouveränität unter anderem für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Gute Arbeit ist damit die Grundlage für ein selbstbestimmtes Erwerbsleben und ein Leben in Würde. Gute Arbeit ist handlungsfeldübergreifend ein zentraler Maßstab für politisches Handeln und wird als wesentliches Kriterium auch bei der Wirtschaftsförderung berücksichtigt. Der Begriff „gute Arbeit“ steht im Land Bremen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflich abgesicherter Bezahlung, einen fairen Umgang mit Leiharbeit und die Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes und des Mindestlohngesetzes. Dazu gehört auch eine gute Erwerbsbeteiligung von Frauen gerade in gewerblich-technischen Berufen, die Integration arbeitssuchender Menschen in Erwerbsarbeit, eine hohe Ausbildungsquote und eine qualifizierte Ausbildung sowie die Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Aber auch die Tarifbindung muss gestärkt, auskömmliche Beschäftigung gefördert und die Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitszeit ausgebaut werden.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Teilziel 1: Die Langzeitarbeitslosigkeit und der Langzeitleistungsbezug in Bremen und Bremerhaven sind deutlich gesunken.

- Weitere Reduzierung des Anteils von Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss.
- Fortentwicklung der Jugendberufsagentur und Ausbildungsgarantie (Monitoring, Evaluierung), um Ausbildungslosigkeit und spätere Arbeitslosigkeit zu verhindern.
- Ausbau der grundsätzlich abschlussbezogenen, bezahlten und bei Bedarf auch modularen beruflichen Weiterbildung für Arbeitslose und Beschäftigte. Diesbezügliche Rechte für die Inanspruchnahme werden unter Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner gestärkt.
- Ein finanzieller Weiterbildungsanreiz ist eingeführt.
- Ausbau der Beratung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und ein Recht auf (modulare) Nachqualifizierung schaffen.
- Verbindlicher Anspruch auf Sprachförderung Zugewanderter beim Übergang von Schule in Ausbildung und Erwerbstätigkeit als wichtige flankierende Maßnahme.
- Verbindlicher Anspruch auf Alphabetisierung und Nachholen des Schulabschlusses sowohl arbeitsloser als auch in Arbeit stehender Menschen.
- Alle Maßnahmen werden ganzheitlich ausgerichtet, das Vorhalten von Kinderbetreuung und begleitender Lernberatung ist selbstverständlich.

> Teilziel 2: Der „soziale Arbeitsmarkt“ ermöglicht die Teilhabe an Arbeit der im „ersten Arbeitsmarkt“ nicht vermittelbaren Menschen in den Städten Bremen und Bremerhaven.

- Anspruch auf eine dauerhafte öffentlich geförderte Beschäftigung für bestimmte Zielgruppen (zum Beispiel für Menschen mit Kindern und/oder gravierenden Vermittlungshemmnissen) mit den Jobcentern Bremen und Bremerhaven vereinbaren, bei gleichzeitiger regelmäßiger Überprüfung der Integrationschancen der Teilnehmenden durch die Jobcenter. Dazu werden geeignete Landesprogramme fortgeführt und mit Maßnahmen anderer Mittelgeber verzahnt. Die Zusammenarbeit mit den JC wird intensiviert. Ziel ist es, ein hohes Maß an sozialen Dienstleistungen (wie zum Beispiel die Kultus- und Sprachmittler) und den Erhalt oder die Schaffung der dafür nötigen baulichen Infrastruktur anzubieten, die jetzt nicht finanziert werden. Maßnahmen werden ganzheitlich ausgerichtet und mit Qualifizierung, gesundheitlicher Beratung und weiteren kommunalen Leistungen verknüpft. Dabei soll die gesamte Bedarfsgemeinschaft, insbesondere Familien mit Kindern, die seit vielen Jahren Leistungen der Grundsicherung beziehen, im Fokus stehen. Ausdrücklich sollen auch Betriebe diese Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen können. Die Integration in den ungeforderten Arbeitsmarkt bleibt als Grundsatz bestehen. Die Notwendigkeit Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen ist gesellschaftlicher Konsens. Die dafür erforderliche Infrastruktur wird institutionell gefördert.

> Teilziel 3: Es ist gelungen, die Qualifizierungs- und Weiterbildungsinfrastruktur im Land Bremen so zu modernisieren und die Qualifikation des pädagogischen Personals so weit voranzutreiben, dass das Weiterbildungsangebot höchsten Standards entspricht und die Nachfrage deckt. Dies gilt auch für die akademische Bildung, die zunehmend von Absolvent*innen der beruflichen Bildung genutzt wird.

- Eine ausreichende Förderung – auch mit Blick auf die Honorarkostenzuschüsse – auf Grundlage des Gesetzes über die Weiterbildung im Land Bremen ist sichergestellt. Das umfasst sowohl die institutionelle als auch die Maßnahmenförderung.
- Individualisierte und bezahlte Weiterbildung auf Basis einer Potenzialanalyse für Arbeitslose und Beschäftigte ist Regelaufgabe der Agenturen und Jobcenter.

- Ausbau der berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge.
- Ausbau der Teilzeitausbildungsgänge und Teilzeitstudiengänge.
- Jeder Stadtteil hat Bildungsbotschafter*innen, die aufsuchende Bildungsberatung betreiben und Zugang in niedrigschwellige Angebote für alle Bevölkerungsgruppen unterstützen.
- Ein Sonderprogramm „Investitionen in Barrierefreiheit“ von Ausbildungsstätten wird aufgelegt.
- Ein Sonderprogramm „Digitalisierung“ zur Förderung von Lernplattformen und Qualifizierung von Lehrkräften sorgt für ein Weiterbildungsangebot, das höchsten Standards entspricht.
- Erprobung der Möglichkeiten der Digitalisierung in der beruflichen Weiterbildung, um mit e-learning und blended learning (Kombination von computergestütztem und klassischem Unterricht) methodisch-didaktisch anspruchsvoll und arbeitsprozessbezogen die Weiterbildung von an- und ungelernten Beschäftigten auch für die Unternehmen attraktiv zu machen.

> Teilziel 4. In Bremen und Bremerhaven ist das Thema „gute Arbeit“ im Zusammenwirken von Politik und Sozialpartnern zu einem zentralen Merkmal zukunftsorientierter Standortpolitik weiterentwickelt worden. Frauen haben gleiche Chancen auf eine gute Erwerbsarbeit wie Männer. Die „Gender Gaps“ auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Geschlechtern (Entgelt, Arbeitszeit, Führungspositionen) haben sich verringert.

- Die Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen ist Vorreiterin, und die dort vereinbarten Standards können auch für Unternehmen eine Art Gütesiegel geworden sein.
- Branchendialoge sind ein fester Bestandteil der Gestaltung der Arbeitswelt vor allem in den Dienstleistungsbranchen geworden. Dabei stehen unter anderem Fragen der Stärkung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung im Fokus.
- Beschäftigte und Betriebe werden in die digitale Zukunft begleitet. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wird ein Früherkennungssystem „Digitaler Wandel“ etabliert, um branchenspezifische Umstrukturierungsprozesse schnell erkennen und ihnen präventiv begegnen zu können.
- Frauen und Alleinerziehende stehen im besonderen Fokus der Arbeitsmarktpolitik. Sie bekommen passgenaue Angebote der Beratung und Qualifizierung, die mit Familienaufgaben vereinbar sind. Betriebe und Unternehmen werden darin unterstützt, mehr Frauen für MINT-Berufe und Führungspositionen zu gewinnen.
- Der öffentliche Dienst der Städte Bremen und Bremerhaven ist Vorreiter in Sachen Familienfreundlichkeit, Guter Arbeit, Einführung der Brückenteilzeit etc. .
- Der öffentliche Dienst in den Städten Bremen und Bremerhaven wird Zeitarbeit nur noch anwenden um Arbeitsspitzen zu überbrücken.
- Um die vorgenannten Ziele zu erreichen bedarf es eines entsprechenden Personalcontrollings im öffentlichen Dienst.
- Im öffentlichen Dienst soll der Einsatz von Minijobs vermieden und unfreiwillige Teilzeit soll möglichst durch passende Arbeitszeiten ersetzt werden.
- Mit dem Programm „Arbeitszeit und Lebenszeit“ wird die Erfassung von Arbeitszeitwünschen und deren Realisierung auf betrieblicher Ebene unterstützt.
- Eine Hotline wird eingerichtet, bei der unbürokratisch mögliche Gesetzesverstöße gemeldet werden können.
- Auch als Auftraggeberin wirkt die öffentliche Hand positiv auf die Gestaltung von guter Arbeit hin:
 - Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden die Potenziale des Tariftreue- und Vergabegesetzes umfassend genutzt, um fairen Wettbewerb und faire Löhne zu fördern und Auftragsvergabe mit sozialen Aspekten zu verknüpfen. Die öffentliche Hand beauftragt auch Dienstleistungen, die nach den Sozialgesetzbüchern von Dritten erledigt werden, und schließt dafür Leistungsverträge mit den Dienstleistern ab. Bei den Entgeltverhandlungen ist die Refinanzierung von Tariflöhnen und anderer Kosten für „gute Arbeit“ zum Mindeststandard geworden.
 - Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst werden möglichst reduziert.
- Durch geeignete Instrumente ist sicherzustellen, dass Beschäftigte bei Vollbeschäftigung nicht auf ergänzende SGB-II-Leistungen angewiesen sind.

> Teilziel 5: Individuelle Potenzialanalysen und möglichst modulare, abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen ein hohes individuelles Kompetenzniveau der Arbeitnehmer*innen im Land Bremen.

- Bis 2035 sollte der Weiterbildungsmarkt bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Dabei sollten, unter Berücksichtigung der sich verändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, passgenaue berufliche Maßnahmen angeboten werden. Insgesamt ist ein niedrigschwelliger und kostenfreier Zugang für Teilnehmer*innen sicherzustellen. Ein Rechtsanspruch auf qualifizierte Weiterbildungsberatung sollte verankert werden.
- Weiterbildung sollte für Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen in Zukunft noch selbstverständlicher werden – insbesondere auch für Geringqualifizierte. Um dauerhaft individuelle Erwerbschancen Beschäftigter zu verbessern und damit Unternehmen stets auf gut qualifizierte Fachkräfte setzen können, ist es notwendig, dass sich Arbeitnehmer*innen während der gesamten Erwerbstätigkeit weiterbilden. Der Staat könnte das durch Anreizmechanismen wie zielgruppenorientierte Prämien- und Gutscheinmodelle flankieren.
- Weiterbildungseinrichtungen sollen mehr Angebote für berufsbegleitendes lebenslanges Lernen entwickeln, um Arbeit und Weiterbildung noch besser miteinander zu vereinbaren.
- Der Staat sollte das berufsbegleitende Lernen mit praxistauglichen Unterstützungsformaten begleiten – etwa durch das Meister*innen- oder Aufstiegs-BAföG, dessen Weiterentwicklung auf der politischen Agenda bleiben sollte.
- Konzipieren eines fünfjährigen Modellprojekts, das, ausgehend von einer individuellen Potenzialanalyse mit abschlussbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen – bei Bedarf auch modular – insbesondere Geringqualifizierten den Weg bis hin zu einem Berufsabschluss eröffnet. In Abstimmung mit den Trägern und den beteiligten Betrieben wird diese – auch zeitlich – nach den individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten bereitgestellt. Bedürfnisse nach der Vereinbarkeit von Weiterbildung mit Familienarbeit werden berücksichtigt. Vorrangiges Ziel ist ein zertifizierter Berufsabschluss. Abschlussbezogene Weiterbildungsmaßnahmen werden bei Bedarf auch modular angeboten.
- Im Rahmen des Modellvorhabens werden:
 - Freistellungs- und Rückkehrrechte vereinbart.
 - Ein öffentlich finanziertes Qualifizierungsgeld gewährt, das sich am vorherigen Einkommen orientiert und damit den Einkommensverlust während der Weiterbildung teilweise kompensiert.
 - Den Teilnehmenden an Aus- und Weiterbildung steht regelhaft eine Lernbegleitung zur Verfügung.
 - In ausgewählten Berufen wird eine individuelle Nachqualifizierung oder Teilqualifizierung immer ermöglicht und finanziert, wenn Personen Kompetenzen zu einem Großteil (mindestens 65 Prozent) abdecken können. Die Förderung von Grundqualifikationen ist Bestandteil der angebotenen Maßnahmen.
 - Werbungskampagne bei niedrig qualifizierten Beschäftigten für die Beratungsangebote.
 - Bezahlte Weiterbildung für alle an- und ungelernten Beschäftigten mit einem Rückkehrrecht in den Betrieben.

> Teilziel 6: Der Erwerb von Kompetenzen für das Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Welt in allen Bildungstationen führt zu einem überdurchschnittlich hohen Qualifikationsniveau am Standort Bremen und Bremerhaven.

- Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt sind eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe der Sozialpartner und werden durch das Land Bremen begleitet: Die Begleitung soll dafür sorgen, dass die neuen Formen für die Beschäftigten mehr Selbstbestimmung bringen. Digitalisierung soll den Menschen unterstützen und von Routinetätigkeiten oder schweren Tätigkeiten entlasten. Der Mittelstand wird bei der Umstellung auf digitale Technologien unterstützt. Die Bewältigung der Folgen der Digitalisierung im Bereich der steigenden gesundheitlichen Belastungen ist ein Schwerpunkt bei der Begleitung des Landes.
- Information und Beratungsangebote sowie Fördermöglichkeiten zu den Themen: Lebenslanges Lernen und digitale Qualifizierung von Beschäftigten, Vorbereitung von Führungskräften auf neue Herausforderungen, Technologietransfer.
- Die Berufsschulen öffnen sich zu Selbstlernzentren und werden so auch Orte der Bildung und Begegnung. Dazu wird die bestehende Infrastruktur genutzt.
- Die Durchlässigkeit von beruflicher Bildung zum Studium (vertikale und horizontale Durchlässigkeit) wird beworben und damit auch zum Standard.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 4**Integration gemeinsam gestalten**

Türen öffnen, Vielfalt leben, Stärken nutzen

In Bremen und Bremerhaven leben Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsländern. Unterschiedliche Alltagskulturen und Mehrsprachigkeit sind gelebte Normalität. Integrationspolitik muss diese gesellschaftliche Vielfalt anerkennen und auf die soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebender Menschen hinarbeiten. Der Blick darf dabei aber nicht nur auf die Zugewanderten gerichtet werden, sondern muss auch die Menschen wahrnehmen, die schon lange hier leben. Ziel ist es, die Diversität der Bevölkerung anzuerkennen und für das Zusammenleben zum gemeinsamen Nutzen zu gestalten.

INTEGRATION GEMEINSAM GESTALTEN
 TÜREN ÖFFNEN, VIELFALT LEBEN,
 STÄRKEN NUTZEN

Vielfalt ist in Bremen und Bremerhaven gelebte Realität.

4

INTEGRATION GEMEINSAM GESTALTEN

TÜREN ÖFFNEN, VIELFALT LEBEN, STÄRKEN NUTZEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Bremen ist ein Land, in dem sich Menschen verschiedenster Kulturen und Religionen mit ganz unterschiedlichen Lebensformen, Sprachen und Gebräuchen begegnen. Das bereichert das Zusammenleben, erweitert Horizonte und macht Bremen zu einem bunten, freundlichen und weltoffenen Bundesland.

Migration ist in Bremen und Bremerhaven gesellschaftliche Normalität; in vielen Stadtteilen ist eine klassische Differenzierung zwischen „Aufnahmegesellschaft“ und der Bevölkerungsgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr wird der Status „Migrationshintergrund“ in den urbanen Gesellschaften in Bremen und Bremerhaven in der Zukunft zum Standard und nicht zur Abweichung werden. Unsere Gesellschaft ist damit geprägt durch eine Herkunfts- und Erfahrungsvielfalt. Heterogenität, Widersprüchlichkeit, unterschiedliche Alltagskulturen und Mehrsprachigkeit sind mittlerweile elementare Bestandteile unserer urbanen Gesellschaft. Obwohl gesellschaftliche Vielfalt in Bremen und Bremerhaven in diesem Sinne seit Langem gelebte Realität ist, sind die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ungleich verteilt: Die sozialräumliche Spaltung im Land Bremen nimmt zu, und Menschen, die von Sozialleistungen leben, konzentrieren sich zunehmend in wenigen Stadtteilen. Auch der Zugang zu Bildung, Ausbildung und auskömmlicher Beschäftigung sind ungleich auf die Bevölkerung verteilt. Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders von prekärer Beschäftigung, ungleichen Bildungschancen und dem Ausschluss von sozialer und politischer Teilhabe betroffen.

Wo wollen wir hin?

Integrationspolitik muss vor diesem Hintergrund die gelebte gesellschaftliche Vielfalt anerkennen und auf die ökonomische, politische, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen hinarbeiten. Der Blick darf dabei nicht nur auf die Gruppe der Neuzugewanderten gerichtet werden, sondern muss auch die Menschen wahrnehmen, die schon lange in Bremen und Bremerhaven leben – Migrant*innen ebenso wie die sogenannte Mehrheitsgesellschaft. Integrationspolitik in diesem Sinne ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in alle Politikbereiche hineinwirkt. Die einzelnen Politikbereiche müssen die individuellen Lern- und Lebensbedingungen sowie Ressourcen und Kompetenzen von Menschen unterschiedlicher Herkunft stärker berücksichtigen. Das gilt auch für ihre kulturellen, sozialen und familiären Lebensumstände. Die Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure ist ebenso von grundsätzlicher Bedeutung.

Wir wollen Chancengleichheit bei der zunehmenden Vielfältigkeit erreichen. Wir wollen die Diversität der Bevölkerung anerkennen und für das Zusammenleben zum gemeinsamen Nutzen gestalten. Herkunft, Sprache, Geschlecht, Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit oder Wohnsituation dürfen nicht ausschlaggebend sein für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Dazu muss Bremen und Bremerhaven das Verständnis einer pluralistischen Gesellschaft leben lernen und entsprechende Strukturen ausbauen und entwickeln: Integration erfordert nicht nur Anstrengungen von Migrant*innen, sondern auch die Öffnung von Strukturen und Regeldiensten sowie die Bereitschaft der Gesamtbevölkerung zum interkulturellen Dialog. Es ist für die Zukunft des Landes Bremen von erheblicher Bedeutung, dass es gelingt, Integration zu gestalten. Deshalb braucht das Land Bremen perspektivisch eine offensive Teilhabe- und Integrationspolitik, die mit verlässlichen und langfristigen Finanzierungsinstrumenten ausgestattet ist. Dabei wollen wir uns auf die folgenden wesentlichen Teilziele konzentrieren:

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2015 – Teilziel 1: Die offensive Integrationspolitik hat zu umfassender Teilhabe aller im Land Bremen lebenden Bevölkerungsgruppen beigetragen.

Soziale Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Förderung des Spracherwerbs von Neuzugewanderten durch gezielte Sprachprogramme für Geflüchtete ohne Zugang zu den Integrationskursen des Bundes sowie zielgruppenspezifische Sprach- und Integrationsangebote für Frauen und die professionalisierte Begleitung von Sprachcafés.
- Entwicklung von Selbsthilfestrukturen und Stärkung des Potenzials von Migrant*innenorganisationen als Motor der Integration; Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Beratung und Orientierung für Migrant*innen durch die kontinuierliche Förderung der Migrationsberatungsstellen und die Weiterentwicklung und verbindliche Förderung der Internetplattform „Welcome to Bremen“.
- Ausbau von Begegnungsmöglichkeiten in den Quartieren, unter anderem durch die Einführung multifunktionaler Bildungszentren und die Förderung von Tandem- und Mentorenschaften.
- Ausbau zielgruppenspezifischer Maßnahmen und Projekte für ältere Migrant*innen.
- Sport- und Bewegungsangebote der Sportvereine und Verbände als wichtiger Bestandteil der Integration.
- Schaffung eines günstigen und differenzierten Wohnraumangebots.
- Einführung einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für Menschen mit Duldung.
- Stärkung des Rechts auf Familiennachzug durch bundespolitisches Engagement des Landes Bremen.
- Ausbau und Verstärkung der psychosozialen Versorgung insbesondere von Geflüchteten.
- Weiterentwicklung der Formate „Integrationswoche“ und „Tag der Integration“.
- Weiterentwicklung und regelmäßige Durchführung der Bremerhavener Integrationskonferenz.
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Migrant*innen, die Dienstleistungen im Sinne eines Welcome Centers bündelt und Ansprechpartner für migrationspezifische Anliegen in Bremen und Bremerhaven ist.

Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung

- Ausbau des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der bremischen öffentlichen Verwaltung, dazu Fortsetzung der Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel“ sowie des EQ-Programms „Zukunftschance Ausbildung“.
- Konsequente und verbindliche Umsetzung von Diversity- und Antidiskriminierungsstrategien in der bremischen öffentlichen Verwaltung.
- Durchführung verbindlicher interkultureller Schulungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.
- Unbürokratische Bereitstellung von Sprachmittlungen/Dolmetscherdienste im Gesundheitswesen und allen Behörden mit Kundenkontakt.
- Unbefristete Einstellung von „Integrationsbeauftragten“ in Bereichen mit viel Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund.

Wirksame Strukturen gegen Diskriminierung auf Landesebene

- Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes zum Schutz vor Diskriminierung in landesrechtlich geregelten Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle gegen Diskriminierung, die eine Erst- und Weiterberatung besonders in Fällen von Mehrfachdiskriminierung leisten kann und die Öffentlichkeitsarbeit gegen Xenophobie, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus wahrnimmt.
- Ein flächendeckendes Angebot an Diskriminierungsberatungsstellen mit ausreichender personeller und finanzieller Ausstattung.

Förderung der politischen Mitgestaltung von Bremer*innen mit Migrationshintergrund

- Erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten auf Bundesebene durchsetzen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige.
- Strukturelle Förderung außerschulischer Bildungsträger und -angebote zur Stärkung zielgruppenspezifischer Programme der politischen Bildung und des außerschulischen Lernens.
- Förderung der Begegnung und von Jugendprojekten im Sinne eines Empowerments zur politischen Beteiligung.
- Stärkung und Weiterentwicklung des Bremer Rats für Integration als zentrales Gremium zur Mitgestaltung von politischen Prozessen durch Migrant*innen in Bremen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Zu erfolgreichen Bildungswegen von Kindern mit Migrationshintergrund haben insbesondere die vielfältigen Angebote zum Spracherwerb und zur Alphabetisierung auf den verschiedenen Ebenen (Kita, Schule, Ausbildung) sowie die verstärkte Berücksichtigung mehrsprachiger Kompetenzen beigetragen.

- Ausbau des sprachsensiblen Fachunterrichts in beiden Phasen der Lehrerbildung.
- Im Bereich Schule müssen nachholende Schulabschlüsse ermöglicht und ein sprachsensibler Fachunterricht in Berufsschulen etabliert werden. Dies gilt auch für Angebote der Erwachsenenenschule.
- Befähigung des pädagogischen Personals zur sprach- und kulturunabhängigen Lernpotenzialerkennung und -förderung sowie Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Diagnostika und entsprechenden Sprachförderressourcen.
- Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen zur Stärkung der Elternarbeit.
- Verpflichtende Fortbildungen zum Thema Interkulturelle Kompetenz als Thema innerhalb der Lehreraus- und -fortbildung fest verankern.
- Antirassismus als Teil des Curriculums im Unterricht an Schulen verankern.
- Stärkung von Mehrsprachigkeit durch gezielte Förderung von herkunftssprachlichen Kompetenzen im Rahmen von AG-Angeboten sowie Stärkung der Fremdsprachenkompetenz bei monolingual aufwachsenden Kindern (zum Beispiel Englisch in der frühkindlichen Erziehung).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Durch gemeinsam getragene Integrationsmaßnahmen im Arbeitsmarkt sowie die Berücksichtigung von Kompetenzen und Bildungsabschlüssen von Geflüchteten und Zugewanderten hat eine nachhaltige Integration von Migrant*innen den Bremer Arbeitsmarkt stattgefunden.

- Etablierung eines neuen ESF-Programms für Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP). Insbesondere junge Geflüchtete beziehungsweise Schulabgänger*innen mit Fluchthintergrund müssen gezielt durch ausbildungsvorbereitende Maßnahmen und entsprechende aufenthaltsrechtliche Regelungen unterstützt werden.
- Verbesserte Vernetzung und Verknüpfung der einzelnen Angebote für Migrant*innen und Geflüchtete im Land Bremen insbesondere in den Bereichen Qualifizierung und Sprachförderung.
- Unterstützung von Betrieben, die Geflüchtete als Angestellte oder Auszubildende aufnehmen (zum Beispiel mittels Anreizsystemen oder unterstützenden Koordinierungsangeboten).
- Bereitstellung von ausreichendem und qualifiziertem Personal zur individuellen und kompetenzorientierten Betreuung, Förderung und Vermittlung von Geflüchteten in den zuständigen Institutionen (zum Beispiel Jobcenter, Agentur für Arbeit ...).
- Berufsintegrierende Sprach- und Bildungsangebote zum Erwerb von Deutsch, Fachkompetenz und Berufssprache, sowie bei Bedarf Alphabetisierungsmaßnahmen, in Verbindung mit Kinderbetreuung während der entsprechenden Angebote.
- Verstärkung von Beratungs- und Vermittlungsangeboten für Menschen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund wie „Willkommenslotsen“ oder „Ausbildungsbüro“, um die dauerhafte Unterstützung bei der Vermittlung in Praktikum, EQ oder Ausbildung zu gewährleisten.

- Erweiterung der Integrationsangebote für geflüchtete Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund; zum Beispiel durch gezielte Nachqualifizierungsangebote inklusive Kinderbetreuung.
- Effizientere und niedrigschwellige Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Schulabschlüsse sowie Ausbau der entsprechenden Beratungsstrukturen in Bremen.



Gemeinsam lernen und sich gegenseitig helfen fördert die Integration.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 5

Gute und bezahlbare Wohnungen

Vielfältiges Angebot für unterschiedliche Bedürfnisse

Um Bremen und Bremerhaven als wachsende Städte langfristig zu sichern, ist ein dauerhaft ausreichendes Angebot an bezahlbarem und nachfragegerechtem Wohnraum erforderlich. Ziel ist zudem eine größere Angebotsvielfalt für die unterschiedlichen Zielgruppen. Dabei soll gezielt auch einer weiteren sozialen Entmischung entgegen gewirkt werden. Insbesondere bei der Entwicklung neuer Quartiere muss es tragfähige Impulse geben, um das Leben und Arbeiten vor Ort attraktiv und nachhaltig zu gestalten.



GUTE UND BEZAHLBARE WOHNUNGEN VIELFÄLTIGES ANGEBOT FÜR UNTERSCHIEDLICHE BEDÜRFNISSE

Wo neu gebaut wird, wie in der Überseestadt, wird eine gute soziale Mischung angestrebt.

GUTE UND BEZAHLBARE WOHNUNGEN

VIELFÄLTIGES ANGEBOT FÜR UNTERSCHIEDLICHE BEDÜRFNISSE

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Charakteristisch für die Stadt Bremen ist ein im Großstadtvergleich hoher Anteil an Einfamilienhäusern und selbstgenutztem Wohneigentum; in Bremerhaven dominiert Mietwohnungsbau. Im Vergleich zu anderen Metropolen ist Wohnraum im Land Bremen insgesamt zu moderaten Mieten und Kaufpreisen verfügbar.

Der Wohnungsmarkt ist in der Stadt Bremen angespannter als in Bremerhaven. Auch im Hinblick auf preiswerten Wohnraum zeigt sich eine räumliche Ungleichverteilung. In der Stadt Bremen muss das Angebot an bezahlbaren und nachfragegerechten Wohnungen verbreitert werden, und zwar nicht nur für Haushalte mit kleinen Einkommen, sondern auch für den Mittelstand. In Bremerhaven ist eine deutliche Angebotserweiterung im mittleren und gehobenen Segment erforderlich. Beiden Städten ist gemeinsam, dass es an Wohnungen für bestimmte Zielgruppen mangelt. Das sind besonders große und kleine Familien, Alleinerziehende, kleine Haushalte mit älteren und behinderten Menschen, Studierende und Auszubildende sowie von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.

Im Vergleich zu anderen Metropolen gibt es in den Quartieren in der Regel eine insgesamt gute Grundversorgung. Es gibt jedoch örtliche quantitative und qualitative Defizite bei der sozialen Infrastruktur, Nahversorgung und auch bei der Verkehrsinfrastruktur.

Wo wollen wir hin?

Die Wohnqualität in Bremen und Bremerhaven soll ebenso wie das quantitativ ausreichende Wohnangebot weiter verbessert werden. Erforderlich ist vor allem eine deutlich größere Angebotsvielfalt und Ausrichtung auf alle Zielgruppen. Schwerpunkt sollen auf Barrierefreiheit, Wohnumfeldverbesserungen und quartiersbezogenes Infrastrukturangebot gelegt werden.

Zur Verbesserung des Wohnungsangebots im innerstädtischen Bereich sollen für den Bau neuer Wohnungen für verschiedene Nachfragegruppen die Potenziale für Nachverdichtung genutzt werden. Bestandsquartiere mit ihrer zum Teil ortsbildprägenden Bebauungsstruktur sollen aufgewertet werden, um sie für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen. Ziel ist eine Angebotsvielfalt mit einer guten sozialen Mischung.

Eine Mischung von Wohnen und Arbeiten sorgt für kurze Wege, lebendige Nachbarschaften und eine quartiersnahe Versorgung. Das gilt auch für eine wohnortnahe angemessene soziale und kulturelle Infrastruktur. Dafür ist die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad unerlässlich. Öffentliche Räume müssen so gestaltet werden, dass man sich dort gerne aufhält. Quartiersbezogene Grünräume mit ihrer Ausstattung und Vernetzung beziehungsweise ihrer ökologischen Vielfalt spielen dabei eine wichtige Rolle.

Zur Schaffung und Erhaltung eines nachfragegerechten Wohnraumangebotes soll das Engagement der GEWOBA, BREBAU, STÄWOG und der anderen in der agWohnen organisierten Unternehmen sowie von privaten ortsansässigen Investoren weiter wertvolle Beiträge leisten.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: In beiden Städten ist eine erfolgreiche ressourcenschonende Quartiersentwicklung mit ausreichendem und differenziertem Wohnraumangebot und bedarfsgerechter sozialer Infrastruktur gelungen.

- Zur Steigerung der Lebensqualität soll eine bedarfsgerechte Entwicklung neuer und bestehender Quartiere erfolgen. Zu diesem Zweck wird für die Stadt Bremen ein Stadtentwicklungsplan Wohnen erstellt. Er soll als strategischer Rahmen für die Entwicklung des Wohnungsmarktes ab 2021 dienen. Dabei werden die verschiedenen Nachfragegruppen sowohl für Geschosswohnungen als auch für Einfamilienhäuser angemessen Berücksichtigung finden.
- Bremerhaven initiiert auf Grundlage seiner strategischen Wohnbaulandentwicklung 2025 und eines neuen städtebaulichen Leitbildes eine bedarfsgerechte und nachfrageorientierte Entwicklung in allen Stadtteilen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und der Barrierefreiheit.
- Im Sinne einer nachhaltigen Quartiersentwicklung soll das Planen und Bauen ressourcenschonend erfolgen, also den Flächenverbrauch möglichst geringhalten. Dafür werden folgende Schwerpunkte gesetzt:
 - Eine qualitätsvolle gebietsverträgliche Nachverdichtung in Bestandsquartieren, auch unter dem Aspekt der Nutzungsmischung.
 - Umsetzung eines möglichst klimaneutralen Standards, zum Beispiel durch Holzbauweise.
 - Prüfung weiterer Entwicklungsoptionen im Rahmen von brach- und untergenutzten Flächen unter Berücksichtigung von Nutzungskonkurrenzen zwischen Wohnen und Gewerbe.
- Die Quartiersentwicklung soll einer Spaltung der Stadt entgegenwirken. Soziale Entmischung und Verdrängung mit den möglichen Folgen von Segregation und Gentrifizierung sollen vermieden werden. Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen beitragen:
 - Ausgewogene Bevölkerungsstrukturen anstreben.
 - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Neubau.
 - Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum bei gleichzeitiger Anhebung der baulichen Standards durch Sanierung bzw. Modernisierung.
 - Schaffung von zeitgemäßem Wohnraum für den gehobenen Bedarf in Ergänzung zu preiswertem Wohnungsbestand in Bremerhaven.
 - Flexible Anpassung der sozialen Infrastruktur an den demographischen Wandel; Gewährleistung eines wohnungsnahen Angebots.
 - Belebung von Quartierszentren durch gewerbliche Kleinbetriebe.
- Mit dem Ziel einer Stadt der kurzen Wege und lebendiger Quartiere soll es eine gute Funktionsmischung von Wohnen und Arbeiten und eine fußläufige Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtungen geben.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Die beiden Städte verfügen über neue, attraktive Quartiere, in denen hohe Ansprüche an Lebens- und Umweltqualität wie auch in städtebaulicher Hinsicht realisiert wurden. Die Erreichbarkeit der Quartiere mit ÖPNV/SPNV und einem attraktiven Fuß-/Radwegenetz hat hierbei eine wesentliche Rolle gespielt.

- Schaffung lebendiger und urbaner Quartiere durch gebietsverträgliche beziehungsweise gebietstypische Nutzungsmischung.
- Berücksichtigung quartiersprägender Qualitäten bezüglich Städtebau, Baukultur, Grünräume, Aufenthaltsqualität, Erreichbarkeit, Arbeit und Beschäftigung, Sozialstruktur, Kultur- und Sporteinrichtungen, Wohnraum mit dem Ziel der Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem Quartier.
- Wohnortnahes Angebot öffentlicher (Grün-)Räume mit hoher Qualität und entsprechendem Design für alle.
- Überprüfung der Stellplatzpflicht.
- Frühzeitige Berücksichtigung eines funktionierenden ÖPNV/SPNV bei der Entwicklung und Umsetzung neuer Quartiere.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Zukunftsfähige und attraktive Bestandsquartiere sind den neuen Anforderungen gemäß (Mobilität, Lebensqualität, soziale Durchmischung, Nutzungsvielfalt etc.) weiterentwickelt worden. Voraussetzung dafür ist die Mobilisierung der privaten Eigentümer*innen.

- Erhalt und Stärkung der Qualität von baulich intakten, stadträumlich geordneten und sozial stabilen Quartieren.
- Gezielte, gebietsbezogene Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise Bekämpfung städtebaulicher Missstände und sozialer Problemlagen.
- Schaffung und Erhaltung attraktiver und bedarfsgerechter Angebote für alle Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung.
- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie zur Aktivierung der privaten Eigentümer*innen unter Berücksichtigung der kleinteiligen Eigentümer*innenstruktur.
- Behutsame Innenentwicklung:
 - Nutzung der Flächenverfügbarkeit im Bestand.
 - Berücksichtigung konkurrierender Flächenansprüche und Konflikte durch störende beziehungsweise emittierende Nutzungen.
- Anpassung der Quartiere an zeitgemäße Anforderungen (Nahversorgung, Nahmobilität, Nutzungsmischung, Verbesserung Wohnumfeld, soziale Durchmischung, Barrierefreiheit etc.).
- Erstellung und Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte für Quartiere.
- Festsetzung von Stadterneuerungsgebieten.
- Fortführung des gezielten Ankaufs problematischer Bestandswohnimmobilien zur Stabilisierung von sozial benachteiligten Quartieren auf Grundlage des Bremerhavener Vorkaufsortgesetzes.
- Öffentliche Maßnahmen zur Forcierung von privaten Sanierungsmaßnahmen.
- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für Bestandsquartiere, zum Beispiel: Vahr 2030 in Bremen oder Klimaquartier Geestemünde in Bremerhaven.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Als Bestandteil einer regionalen Wohnungsmarktstrategie gibt es dauerhaft ein differenziertes Angebot für alle Nachfragesegmente mit ausreichend preisgünstigem Wohnraum für alle Nachfragegruppen.

- Entwicklung einer nachfragegerechten Mischung von geförderten und frei finanzierten Wohnungen in neuen Baugebieten, z. B. im neuen Rennbahnquartier in Bremen und auf dem Kistnergelände in Bremerhaven.
- Planung eines nachfragegerechten und ausgewogenen Nutzungsmixes:
 - Miete und Eigentum, auch für junge Familien.
 - Geschosswohnungsbau und freistehende Einfamilienhäuser, Doppelhäuser, Reihenhäuser.
 - Mischung von preiswerten Wohnungsangeboten und Angeboten für Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen.
 - Alternative Wohnformen (zum Beispiel Bau- und Mietgemeinschaften, Genossenschaften).
- Konkretisierung der relevanten Nachfragegruppen auf dem Wohnungsmarkt.
- Weiterentwicklung von kostensparenden seriellen Bauweisen.
- Verstärkung der Wohnraumförderung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gebiets- und Nachfragestrukturen beider Stadtgemeinden:
 - Anpassung der Förderungsbedingungen an die Nachfrage und an die Investitionsbedingungen bei den Bauherren.
 - Stadt Bremen: Schwerpunkt auf Neubauförderung;
 - Bremerhaven: Schwerpunkt auf einer gezielten Inwertsetzung monostrukturierter, sozial problematischer Quartiere auch durch attraktive Angebote für Haushalte mit mittleren Einkommen zur Schaffung ausgewogener Bevölkerungsstrukturen.
- Entwicklung von Konzepten für den Wohnungsbestand (der 98 Prozent des Angebots ausmacht), insbesondere bezüglich:
 - Bezahlbarkeit für die verschiedenen Nachfragegruppen (Miete und Nebenkosten).
 - Qualität, insbesondere Barrierefreiheit der Wohnungen und des Wohnumfelds.

- Schaffung und Erhaltung stabiler Bewohnerstrukturen, Vermeidung von Segregation.
- Klimaschutz.
- Verbesserte Angebote für wohnungslose beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen:
 - Ausweisung von Flächen/Freiräumen für Wohnprojekte (niedrigschwellig) für wohnungslose Menschen bei gleichzeitiger Aktivierung des Selbsthilfepotenzials.
 - Verbesserung der Vermittlung von wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in Bestandsquartier beziehungsweise Errichtung von neuem entsprechenden Wohnraum (Housing first-Projekten).
- Verbesserte Angebote für alternative Wohnformen:
 - Bereitstellung von Grundstücken, auch durch Einräumung von Erbbaurechten.
 - Unterstützung von Bau- und Mietgemeinschaften und von Projekten des Genossenschaftlichen Wohnens verbessern.
- Eine gemeinsame Wohnungsmarktstrategie für die Region Bremen entwickeln und umsetzen, Flächenmanagement, Baulandbereitstellung gemeinsam planen beziehungsweise aufeinander abstimmen, auch in der Region Bremen sozialen Wohnungsbau mitdenken.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Es gibt ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnraum für Studierende und Auszubildende.

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Wohnraum für Studierende als Maßnahme für eine nachhaltige Entwicklung der Hochschul- und Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven etablieren, zum Beispiel für den Ausbau der Hochschullandschaft Bremen und Bremerhaven.
- Schaffung von Angeboten für Auszubildende.
- Junges kreatives Wohnen (besonders für Studierende und Auszubildende) als Beitrag zur Entwicklung gemischter Quartiere mit ergänzender Infrastruktur planen.
- Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Wohnheimplätzen, Wohnraum für studentische Wohngemeinschaften, von Studierenden nachgefragten Wohnraum im niedrigen Preissegment bereitstellen:
 - Möglichst bezahlbar nach Fördersätzen (BAFöG).
 - Zielgruppengerechtes Angebot an Kultur und Gastronomie.
 - Gute Erreichbarkeit über ÖPNV/SPNV, per Fahrrad beziehungsweise fußläufig.
- Neubau von Studierendenwohnheimen und Wohnheimen für Auszubildende in privater Trägerschaft und in Trägerschaft des Studierendenwerks.
- Kreatives Potenzial der Studierenden und Auszubildenden als Trendsetter für Orte zum Wohnen nutzen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 6: Ein Beitrag zur Schaffung eines angemessenen differenzierten Wohnraumangebots für alle ist eine neue aktive Bodenpolitik.

- Erarbeitung eines Konzepts zur strategischen Flächenbevorratung; Ziel:
 - Stärkere (politische) Steuerung und Schwerpunktsetzung einer gemeinwohlorientierten, sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung.
 - Kommunale Teilhabe an Bodenpreisstörungen.
 - Verringerung der Abhängigkeit von Investoren und Eigentümer*innen.
 - Aktive Bodenpolitik durch Errichtung eines revolvierenden Bodenfonds (Erlös aus Verkäufen öffentlicher Grundstücke reinvestieren).
 - Konsolidierung, Ankauf und Entwicklung von strategisch bedeutsamen Flächen für eine weitere Stadtentwicklung mit intelligenter Bodennutzung unter anderem für die Themen Wohnen und doppelte Innenentwicklung.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 6

Lebenswerte Quartiere

Gute Versorgung und Mobilität, attraktives und sicheres Umfeld

Bremen und Bremerhaven sind Städte, in denen Menschen gerne leben. Die Menschen leben in Quartieren, hier gilt es daher, dauerhaft Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Bisläng ist die Lebensqualität in den einzelnen Quartieren noch sehr unterschiedlich. Vor allem für Stadtteile mit einer schwierigen Sozialstruktur müssen Unterstützungsangebote ausgebaut und besser vernetzt werden. Gerade hier brauchen die Bewohner vielfältige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote sowie Orte zur Begegnung und zur Förderung von Selbsthilfe und Eigenständigkeit. Dabei kommt der Gesundheitsförderung sowie der Gewährleistung von Sicherheit und Sauberkeit künftig noch mehr Bedeutung zu.



LEBENSWERTE QUARTIERE

GUTE VERSORGUNG UND MOBILITÄT, ATTRAKTIVES UND SICHERES UMFELD

6

In vielen Stadtteilen wie hier in Findorff gibt es frische Angebote vom Wochenmarkt.

Aennes

LEBENSWERTE QUARTIERE

GUTE VERSORGUNG UND MOBILITÄT, ATTRAKTIVES UND SICHERES UMFELD

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Bremen und Bremerhaven sind lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, einer guten Versorgung mit sozialer und gesundheitsbezogener Infrastruktur sowie einem breiten kulturellen Angebot. Beide Städte sind von einem offenen Klima, einer hohen Toleranz und sozialem bürgerschaftlichen Engagement gekennzeichnet. Die gesellschaftlichen und sozialen Partner*innen sind verlässlich. Die wirtschaftliche Innovationskraft ist beachtlich, die Kreativ- und die Sozialszene sind experimentierfreudig. Die Kriminalitätsbelastung ist zwar vergleichsweise hoch und in den Quartieren sehr unterschiedlich ausgeprägt, aber sie ist in den letzten 25 Jahren zurückgegangen, und es gibt eine gut etablierte Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren.

Wo wollen wir hin?

Quartiere sind Orte der Identifikation. Ihr individueller Charakter und die ortstypische Prägung müssen he-

rausgearbeitet und aufgewertet werden. Ziel ist die weitere Steigerung der Lebensqualität der Bürger*innen. Dazu gehört auch die Förderung des Engagements der Selbsthilfepotenziale der Bewohner*innen. Es gilt, die (teilweise stark komprimierten) Problemlagen der Bürger*innen in den einzelnen Quartieren zu identifizieren und die Infrastruktur (einschließlich der Fragen der Wohnungs-, Nahversorgungs- und Arbeitsplatzangebote, der Gesundheitsförderung, der Begegnung, der Sicherheit, der Prävention, der Kultur, des Sports etc.) bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Wesentlich ist die Entwicklung einer ressortübergreifenden, abgestimmten, auf die Quartiere bezogenen Strategie. Soziale Fragen, wie die Armutsentwicklung, der Umgang mit den Folgen von Armut (Teilhabaspekte), der Integration, der Barrierefreiheit sowie Strategien zur Prävention und Gesundheitsförderung und -versorgung nehmen dabei eine zentrale Position ein.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Die stadtteilbezogene Infrastruktur in all ihren Facetten wird von den Bewohner*innen aller Altersgruppen als wertvoller Beitrag zur Lebensqualität geschätzt.

- Entwicklung einer Strategie der konsequenten ressortübergreifenden sozialräumlichen Orientierung mit einem besonderen Fokus auf die Quartiere mit verdichteten sozialen Problemlagen und unter Beteiligung der Bürger*innen.
- Festlegung von Stadterneuerungsgebieten und Entwicklung einzelner Maßnahmen mit Strahlkraft über das Quartier hinaus.
- Herstellung von Barrierefreiheit (auch durch neue Mobilitätskonzepte) beziehungsweise Organisation neuer Dienstleistungen zur Inklusion: alters- und familiengerechtes Wohnen ebenso wie Gewährleistung von Barrierefreiheit online.
- Entschleunigung im Quartier; Tempo 30 in den Wohn- und Versorgungsbereichen der Quartiere, Erhöhung der Wohnumfeldqualität durch Verkehrsberuhigung und multifunktionale öffentliche Flächen.
- Ein attraktiver ÖPNV/SPNV als Rückgrat einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur mit differenzierten Wechselstationen für andere Mobilitätsformen, sowohl im Bestand als auch bei Neubauquartieren. Orientierung auf Nahmobilität in den Quartieren.
- Ausbau, Unterstützung und bessere Vernetzung der verschiedenen öffentlichen Angebote vor Ort und Einrichtung von Quartierszentren (inklusive Beratung und der Angebote der Freien Träger) in den Stadtteilen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen.

- Entwicklung einer Strategie für Quartiere mit hoher Konzentration von Problemlagen, zum Beispiel Intensivierung der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde und privaten Wohnungsunternehmen und Eigentümer*innen, Ausbau einer angemessenen sozialen Infrastruktur.
- Entwicklung einer sozialen Infrastruktur in den „Soziale Stadt“-Gebieten in Bremerhaven (Lehe, Wuldorf-Dreibergen und Geestemünde).
- Entwicklung einer sozialen Infrastruktur in neu entstehenden Quartieren. Weiterentwicklung von Kunst- und Kulturprojekten sowie Jugend- und Familienförderung in Kooperation mit Akteuren der sozialen Entwicklung.
- Verbesserung der sportlichen Infrastruktur in den Quartieren, auch als Bestandteil einer langfristigen Gesundheitsvorsorge. Mehr Möglichkeiten für kulturelle Angebote in den Quartieren, zum Beispiel in Quartierszentren, auch unter Nutzung einer intensiveren Vernetzung mit zentralen Kultureinrichtungen, mit dem Ziel einer Identitätsentwicklung und Imageverbesserung der Quartiere.
- Hohe Durchgrünung der Quartiere, grüne Infrastrukturen zur Unterstützung des bioklimatischen Wohlbefindens (Dach- und Freiflächenbegrünungen), Förderung der Bewegung an frischer Luft (zum Beispiel schattige Wege in ansonsten versiegelten Bereichen) sowie der Starkregenvorsorge.
- Verbesserung der Erreichbarkeit und der Qualität öffentlicher Flächen.
- Förderung der sozialen Funktion von städtischen Freiräumen; Nutzbarmachung innovativer Konzepte und neuer Nutzerinhalte/Grünräume: kommerzielle und freie Angebote, Freizeitangebote, Aufenthaltsqualität ohne Geld/ Freiräume für junge Menschen.
- Bessere Verzahnung von schulischen und außerschulischen Lernorten, unter anderem für kulturelle Bildung, Umweltbildung oder politische Bildung/Demokratieförderung unter Wahrung ihrer jeweiligen Eigenständigkeit.
- Nachhaltiger Ausbau des Bibliothekssystems zur Förderung der Lesekultur als wichtige Grundlage lebenslangen Lernens (dezentral, aufsuchend, multimedial) in Bremen und Bremerhaven:
 - Schaffung von neuen dezentralen Standorten der Stadtbibliotheken, auch mit entsprechendem Zugang als „open space“.
 - In Bremen ein zusätzlicher Bibliotheksbus, der gezielt Schulstandorte anfährt, sowie ein speziell ausgestatteter Bibliotheksbus, der die Anwendung und Vermittlung digitaler Technik für alle Alters- und sozialen Gruppen an diversen Orten der Stadt ermöglicht.
 - In Bremen eine Bibliothek mit speziellem Profil für obdachlose Menschen errichten, die das Ziel hat, diesen Menschen Orientierungspunkte für ihr Leben zu verschaffen.
- Sicherstellung der Nahversorgung (auch der gewerblichen und der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte) in den Quartieren. Neukonzeption des „Zentrum-Mix“ in den Quartieren mit Einzelhandel (auf Grundlage des Zentren- und Nahversorgungskonzepts).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Durch die Umsetzung eines ganzheitlichen, alle Bereiche umfassenden Ansatzes („Health-in-all-Policy Ansatzes“) ist Gesundheit in allen Politikfeldern verankert, und das Angebot an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen ist in allen Quartieren nachfragegerecht vorhanden. Die Quartiere sind so gestaltet, dass sie gesundes Leben ermöglichen und fördern. Dies schließt ausdrücklich die ältere Generation und ihre Bedürfnisse ein.

- Erarbeitung einer integrierten und präventiven Strategie für die „Gesunde Stadt Bremen – Stadt des Wohlbefindens“, unter Berücksichtigung der Verteilung der ärztlichen Versorgung und der sozialen Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit.
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Versorgungs- und Unterstützungsangebote für ältere und behinderte Menschen; darunter auch Ausbau der Pflegestützpunkte in Bremen und Bremerhaven sowie der Dienstleistungszentren in Bremen und Bremerhaven.
- Einrichtung von integrierten Gesundheitszentren in ausgewählten Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen in Kooperation mit der Städtebauförderung („Soziale Stadt“).
- Gesund leben in den Quartieren: Entwicklung eines Masterplans zur Bewältigung der Herausforderung einer alternierenden Gesellschaft.

- Kooperation mit Urban-Gardening-Projekten in den Quartieren.
- Entwicklung von Gesundheits- und Ernährungskompetenz in den Quartieren (unter anderem in der Schule und in den stadtbremischen Programmen Wohnen in Nachbarschaften WiN).
- Entwicklung eines Konzeptes als Modellregion für digitale Gesundheitswirtschaft (darunter auch Telemedizin).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Bremen und Bremerhaven sind mit allen Quartieren sichere Städte.

- Durchführen von regelmäßigen und kleinräumigen Bürger*innenbefragungen zur Sicherheit, (Wiederholung alle drei bis fünf Jahre) und Dunkelfeldstudien.
- Erstellen von stadtteilbezogenen Sicherheitsanalysen und -konzepten (ausgewählte Pilotprojekte in Bremen und Bremerhaven).
- Entwickeln von Sicherheitspartnerschaften – unter aktiver Einbeziehung der verschiedenen Akteure und Nutzen der Möglichkeiten städtebaulicher Prävention.
- Umsetzung und weiterer Ausbau des Aufgabenbereiches Sichere und saubere Stadt mit weiteren Schwerpunkten in den Bereichen schnellere Reaktionsfähigkeit und Ermittlungen zur Brennpunktbekämpfung.
- Dauerhafte Einrichtung flexibler Eingreif- und Ermittlungsgruppen.
- Quartiersbegehung (auch von zentralen Orten), Identifizierung von Angsträumen (zum Beispiel aufgrund fehlender Beleuchtung), auch aus Sicht von Frauen und Mädchen.
- Erhöhung des Sicherheitsgefühls durch eine gute soziale Infrastruktur und funktionierende Nachbarschaften.
- Gewährleistung einer nachhaltigen Brennpunktbearbeitung und Stärkung der quartiersbezogenen polizeilichen Präsenz.
- Ausbau des Ordnungsdienstes.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Erlebte Natur ist auf kurzen Wegen in den Städten sowie in der stadtnahen Landschaft erreichbar.

- Umsetzung der ortsteilübergreifenden Grünverbindungen und weiterer Maßnahmen für Erholung und Landschaftserleben gemäß Landschaftsprogramm Bremen 2015 und Bremerhaven, Verknüpfung mit anderen Projekten nutzen (zum Beispiel „Bike it“).
- Sicherung und Neuplanung von Baumstandorten bei der Innenentwicklung sowie bei Umbau- und Sanierungsmaßnahmen.
- Sicherung und Stärkung einer qualifizierten öffentlichen Grünpflege.
- Wasser- und Biodiversitätsbezug der Freiraumgestaltung: insektenfreundliche Quartiere aktiv fördern und mit Umweltbildung und sozialer Stadt verknüpfen.
- Pilotprojekte zu „Urban Gardening“ und Landwirtschaft in der Stadt, Baulücken durch Grünflächen bespielen.
- Naherholungspark Bremer Westen (Förderprojekt „Green Urban Labs“ und Folgeprojekte).
- Weiterführung von Agrarumweltmaßnahmen und kooperativen Naturschutzprogrammen mit Landwirt*innen, Verbänden und Stiftungen in Bremen und Bremerhaven über 2020 hinaus, unter anderem Stärkung der Schutzgebietsbetreuung mit bundesweitem Vorbildcharakter.
- Anerkennung und Management des Bremer Feuchtgrünlandrings als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung.
- Flüsse und Seen in Bremen und Bremerhaven besser erreichbar und erlebbar machen; Gewährleisten einer sehr guten Wasserqualität.
- Kleinräumige Naherholung für unterschiedliche Altersgruppen.
- Regionales Denken von Naherholung und Naturerleben und Vernetzung über die Landesgrenzen hinaus, Umsetzen der Landschafts- und Naherholungsstrategie (LaNa/Grüner Ring) des Kommunalverbundes, Ausbau von Wanderwegen.
- Prüfen einer Mitgliedschaft der Stadtgemeinde Bremen im Netzwerk „Kommunen für biologische Vielfalt“.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Es gibt eine gelungene Funktionsmischung von Wohnen, Gewerbe und Handel in einzelnen Stadtteilen. Das Land Bremen ist urban-produktiv und smart.

- Aufwertung der Bestandsquartiere durch gezielte Förderung/Sanierung des Gebäudebestandes, Gestaltungssatzung, durch Erneuerung mittels Impulsprojekten beziehungsweise siedlungsadäquatem Neubau und durch Aufwertung des öffentlichen Raumes.
- Mischung von Wohnen und Gewerbe bei gleichzeitiger Sicherung hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität sowie von attraktiven Freiräumen.
- Sorgsamer und bewahrender Umgang mit noch erhaltenem historischen Baubestand.
- Konzipieren eines Modellquartiers „1 Stunde mehr Zeit für die Familie“ durch weniger Wegezeiten, gewerbliche Nahversorgung und effektive Dienstleistungen.
- Aufbau eines Beratungs-/Quartiersnetzwerkes für Wohnen, Arbeiten, Erholen in gemischten Quartieren („urban produktive Stadt“).
- Entwicklung von Modellquartieren für gemischte Nutzungen, zum Beispiel Scharnhorst-Quartier, Vorderes Woltmershausen, Teile der Überseestadt.
- Sicherstellung gewerblicher Nahversorgung in den Quartieren, Vernetzung der Arbeitsprozesse zwischen den Akteuren der urban produktiven Stadt.
- Revitalisierung von Gewerbebrachen und Stadtteilzentren als Impuls für die Quartiersentwicklung (unter anderem in Bremerhaven Kistner-Gelände, Quartier am Warrings-Park, Stadtteilzentrum Wulsdorf).
- Entwicklung des Werftquartiers in Bremerhaven als zentrales Projekt zur Öffnung von Bremerhavener Wasserlagen zum Stadtteil und zur städtebaulichen Neuordnung von im Wandel befindlicher Gewerbeareale.



Erste Sanierungserfolge im Bremerhavener Goethequartier mit seiner historischen Bausubstanz.



Jugendliche überreichen Bürgermeister Carsten Sieling (4. v. links) und Sozial- und Jugendsenatorin Anja Stahmann (5. v. links) Ideen und Forderungen für die Zukunft.

ZUKUNFT BREMEN 2035 NUR MIT DER JUGEND

Beitrag vom Bremer Jugendring

Der Bremer Jugendring rief im Mai 2018 als „Stakeholder“ im Zukunftsrat junge Menschen aus Bremen und Bremerhaven dazu auf, eigene Ideen und Forderungen über eine Online-Plattform einzubringen. Welche politischen Vorhaben müssen bis 2035 umgesetzt werden? Das war die zentrale Frage auf der Plattform.

Die Resonanz war überwältigend, über 1200-mal wurde die Seite aufgerufen, über 500 Personen haben – freiwillig und nicht repräsentativ – mit-

gemacht und 103 eigenständige Forderungen und Ideen kamen dabei heraus! Eine junge, siebenköpfige Redaktionsgruppe mit Unterstützung des Landesjugendring Bremens ordnete die Ideen nach Themenbereichen zu einem umfassenden Forderungskatalog. Dieser wurde kreativ und feierlich dem Bürgermeister Carsten Sieling und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann überreicht. Natürlich nicht ohne die Bitte, den Katalog an die ganze Zukunftskommission weiterzuleiten.

MEHR GELD FÜR BILDUNG, MEHR POLITISCHE BILDUNG, INKLUSION UND GERECHTE VERTEILUNG VON CHANCEN

Aber was waren die Hauptforderungen, welche Bereiche waren den Mitmacher*innen am wichtigsten? Ganz vorne stand: **mehr Geld für die außerschulische und schulische Bildung**, für offene Räume, für digitalen und lebenspraktischen Unterricht, für einen entzerrten Unterricht, für mehr politische Bildung, für Inklusion und für eine gerechtere Verteilung von Chancen! Ganz konkrete Forderungen wurden dazu auch genannt, beispielsweise: Kein Unterrichtsbeginn vor 10 Uhr! Möglichkeit des Hitzefreies in der Sek III! oder: Mehr Jugendeinrichtungen und Sportplätze!

Weitere Themenkomplexe waren unter anderem Freizeit, Mobilität, Umwelt oder auch soziale Angebote und gerechtere Gesetze und Strukturen. Dieser letzte Punkt zieht sich auch wie ein roter Faden durch viele Aufrufe zu **sozialer Unterstützung und dem gerechten Zugang zu Angeboten** im Alltag und in der Freizeit. Darunter versammeln sich Forderungen nach einem kostenlosen Zugang zu und einem Mehr an öffentlichen Freizeit- und Kulturangeboten (Freizeiteinrichtungen, Schwimmbäder, Kinos etc.), zu freiem WLAN in der Stadt, zu einer autofreien Innenstadt, zu mehr bezahlbarem Wohnraum für alle Generationen.

Das Schauen über den eigenen Tellerrand wird in den Ideen der jungen Teilnehmer*innen in dem Onlinetool deutlich – Unterstützung wird vor allem für sozial schlechter gestellte Gruppen und für Krisengebiete im Ausland eingefordert.

Politik sollte aber auch innovative **Umweltschutzprojekte** fördern, den ÖPNV für alle 14- bis 21-Jährigen umsonst anbieten und die Fahrradwege ausbauen. Auch zur politischen Beteiligung haben junge Menschen etwas zu sagen: echte **Jugendbeteiligung** zu allen (Zukunfts-)Themen und die Herabsetzung des Wahlalters sind Teil des Forderungskatalogs. Eine echte Jugendbeteiligung dabei bedeutet: Ältere geben Entscheidungsmacht an Jüngere ab!

Echte Jugendbeteiligung zu allen Zukunftsthemen, innovative Umweltprojekte, bezahlbarer Wohnraum und freies WLAN in der Stadt.

Einem weiteren zentralen Punkt – der viel größeren **Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements** – kann hier bereits Nachdruck verliehen werden, indem die mit großem Einsatz gesammelten Forderungen wahrgenommen und in politische Entscheidungen einbezogen werden. Wir laden deshalb in einem ersten Schritt dazu ein, noch einmal alle Ideen und Forderungen unter diesem Link nachzuvollziehen: <https://bit.ly/2MYuS>

ZUKUNFT BREMEN 2035 IDEEEN FÜR MORGEN



Mehr öffentliche Sportplätze

Ausbildung zum/zur Feuerwehrmann/-frau & Polizist*in auch ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit

„Kooperationen mit Partnerstädten im Ausland ausbauen mit Fokus auf Kriegsländer. Bildung und medizinische Unterstützung anbieten“

Höhere Wertschätzung für Ehrenamtliche
Kostenloses Öffn...

Größere Anzahl möglicher Schüleraustausche in verschiedenen Ländern

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Förderung von Wissenschaftlichem Nachwuchs
Einführung eigener (duzierter Kollegs)

Mehr Generationenhäuser bauen

Reisetickets

Angebote wie der Sportgarten, aber mit Ausflügen

Mehr Kindergartenplätze

Öffentl. Verkehrsmittel

sozialer Wohnungsbau, der realistisch ist, Spannungen zwischen verschiedenen (z.B. Rentner*innen, finanziell schwache) gegenüber geflüchteten und migrierten Menschen, fairen, gerechten Lebensbedingungen für alle.

Sharing Economy stabilisieren
NACH IM KOMBINATION
mit der R...

Geschichte und soziale Angewandte

SEK II I

Landwirtschaft



www.zukunft.bremen.de

Auch im Alter immer mittendrin.

ZUKUNFT BREMEN 2035 FÜR EINE SENIORENGERECHTE STADT

GESELLSCHAFT- LICHE TEILHABE, SENIORENGERECHTE WOHNUNGEN UND WOHNORTNAHE KRANKEN- VERSORGUNG

Beiträge der Seniorenvertretung Bremen (SenV)

In der Bevölkerung Bremens wird bis zum Jahr 2035 der Anteil der Senior*innen auf über ein Drittel anwachsen. Für eine altersgerechte Teilhabe dieser heterogenen Bevölkerungsgruppe sind von der Politik Rahmenbedingungen zu schaffen und weiter zu entwickeln, die den Bedürfnissen dieser Gruppe weitgehend entsprechen.

Die Seniorenvertretung Bremen (SenV) bekennt sich zum Ziel einer solidarischen Gesellschaft, die sich um die Problematiken bei jungen Menschen und bei Senior*innen gleichermaßen bemüht.

1. Hohe Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe sind als Ziel kommunaler Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Gute Daseinsvorsorge erfordert politische Beteiligung und Mitwirkung aller Bürger*innen.

2. Stadtteilbedingte Disparitäten und soziale Ungleichheiten sind auszugleichen, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Bremer Quartieren ist das Ziel einer zukunftsgerichteten gelungenen Stadtpolitik.

3. Die Selbstorganisation der sogenannten kleinen Lebenskreise ist für Senior*innen zu fördern und zu stärken.

4. Einer absehbaren Altersarmut ist auf allen Ebenen aktiv entgegenzuwirken, es erfordert auch ein engagiertes politisches Eintreten in diesem Problemfeld für Bremen auf Bundesebene.

5. Selbsthilfepotenziale, Nachbarschaftshilfe und Engagement älterer Menschen werden aktiv gefördert.

6. Wohnortnahe, ambulante und stationäre Krankenversorgung älterer Menschen in den Stadtteilen ist sicherzustellen.

7. Barrierefreies Wohnen und geförderte senioren-gerechte Sanierung von Altbauwohnungen sichern Senior*innen ein möglichst langes selbstständiges Wohnen in den eigenen vier Wänden. Besonders zu entwickelnde integrative und generationsübergreifende Wohnmodelle orientieren sich an den Bedürfnissen in den einzelnen Quartieren.

8. Pflegestützpunkte als Informationszentren sind dauerhaft zu erhalten.

9. Der ÖPNV ist seniorenrecht weiterzuentwickeln. Bestehende Mobilitätsangebote sind sinnvoll zu ergänzen.

10. In Zeiten der digitalen Transformation sind Anstrengungen erforderlich, Senior*innen einerseits in ihrer digitalen Kompetenz zu stärken. Andererseits sind neue Maßnahmen für eine Teilhabe älterer Menschen jenseits des digitalen Lebens als Hilfeleistungen zu erproben und weiter zu entwickeln, um einer Abkoppelung dieser Bevölkerungsgruppe entgegen zu wirken.

11. Soziale Unterstützungssysteme mit den vielfältigen bestehenden quartierbezogenen oder quartierübergreifenden Initiativen und Aktivitäten von institutionellen und privaten Organisatoren sind durch konsequente Vernetzung zu optimieren.

Die Altenhilfestrukturen Bremens mit aktivierenden Angeboten zur Begegnung und Betätigung müssen bis 2035 weiterentwickelt, verstetigt sowie gesetzlich flankiert werden. Politisches Ziel der SenV ist es, in einem neu zu formulierenden Bremer „Senioren-Mitwirkungsgesetz“ die Rechte von Senior*innen zu stärken.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 7

Lebendige Innenstädte

Zentren mit hoher Aufenthaltsqualität und attraktiven Angeboten

Innenstädte prägen das Bild der Städte in besonderem Maße: In Bremen mit dem Weltkulturerbe rund um den Roland, der historischen Altstadt und der Schlachte; in Bremerhaven mit den Haven-Welten und dem besonderen maritimen Charakter. Innenstädte sind aber derzeit durch vielfältige Herausforderungen geprägt, nicht zuletzt durch die Digitalisierung. Dieser dynamische Wandel der Innenstädte muss aktiv gestaltet werden.



LEBENDIGE INNENSTÄDTE
 ZENTREN MIT HOHER AUFENTHALTS-
 QUALITÄT UND ATTRAKTIVEN ANGEBOTEN

*Die Sögestraße ist ein beliebter Treffpunkt für Einheimische und Tourist*innen.*

7

LEBENDIGE INNENSTÄDTE

ZENTREN MIT HOHER AUFENTHALTSQUALITÄT UND ATTRAKTIVEN ANGEBOTEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Bremen und Bremerhaven verfügen über funktionsgerechte und vielfältige Zentren. Die beiden Oberzentren sowie das besondere Stadtteilzentrum Vegesack erfüllen mit ihren Innenstädten weitgehend die Versorgungsfunktion für sich und ihre jeweilige Region.

Bremen: Die bremische Innenstadt ist der wichtigste Wirtschaftsstandort in Bremen. Mit dem historischen Zentrum und der Weltkulturerbestätte verfügt die Innenstadt über besondere Qualitäten. Mit der direkten Lage an der Weser, den attraktiven Orten am Wasser und dem grünen Rahmen des Walls ist die Innenstadt ein attraktives Ziel für Bremer*innen und Tourist*innen aus dem In- und Ausland. Dazu trägt auch das angrenzende „Viertel“ mit seinem urbanen Flair bei. Gleichzeitig steht die Innenstadt im Wettbewerb mit Einkaufszentren in Bremen oder den Nachbargemeinden sowie benachbarten Oberzentren. Der Onlinehandel setzt den stationären Einzelhandel zusätzlich unter Anpassungsdruck. Die Zahl der Einzelhandelsbetriebe nimmt bei steigender Verkaufsfläche ab. Umso wichtiger werden Aufenthaltsqualität, Erlebniseinkauf, interessante Wegebeziehungen, eine vielfältige Mischung von Funktionen und gute Erreichbarkeit. Hier besteht Nachholbedarf und gleichzeitig sind deutliche Potenziale vorhanden, die dazu geführt haben, dass Bremen aktuell von vielen Investoren „entdeckt wird“, die große Projektentwicklungen planen oder bereits durchführen. Das besondere Stadtteilzentrum Vegesack, das Viertel und die weiteren über das Stadtgebiet verteilten zwölf Stadtteilzentren ermöglichen für große Teile der Bevölkerung eine „Stadt der kurzen Wege“. Insgesamt besteht ein vielfältiges (Nahversorgungs-)Angebot. In der Qualität der Bebauung und des Einzelhandelsangebotes unterscheiden sich die Stadtteilzentren teilweise stark. Ihre vorhandenen Qualitäten und Besonderheiten sollten herausgearbeitet werden. Zugleich muss das Angebot verbessert und der öffentliche Raum attraktiver gestaltet werden, damit auch die Stadtteilzentren gern

besuchte Ziele bleiben. Dazu gehören ebenfalls attraktive Orte am Wasser sowie erlebbare, industriell geprägte Hafengebiete.

Bremerhaven: Die Seestadt Bremerhaven ist die größte Stadt an der deutschen Nordseeküste und das Oberzentrum der Weser-Elbe-Region. Täglich pendeln aus der Region über 20.000 Menschen nach Bremerhaven. Im Einzugsbereich des Oberzentrums leben etwa 400.000 Menschen mit einem einzelhandelsrelevanten Nachfragepotenzial von ca. 1,8 Milliarden Euro. Diese Kaufkraft wird zusätzlich durch die 1,55 Mio. Touristen*innen pro Jahr gesteigert, die als Besucher*innen in die Stadt kommen. Der Anlass „Bummel/Shopping“ ist bei den Touristen*innen und den Bremerhavener*innen ein wichtiger Bestandteil ihres Besuches.

Parallel zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen, die Attraktivität der Bremerhavener Innenstadt zu erhöhen, wurden die „Havenwelten“ Bremerhaven mit erheblichen öffentlichen und privaten Investitionen zu einem herausragenden Tourismuszentrum entwickelt, das eine an der Nordsee einmalige Erlebnislandschaft aufweist. Zusätzlich sind neue Büro- und Wohngebäude sowie weitere Hotels und Gastronomiebetriebe entstanden bzw. befinden sich in der Umsetzung oder Planung. Mit ihrer Lage am Wasser zwischen Geeste und Weser verfügt die Innenstadt zudem über ein großes Plus.

Die Hochschule belebt durch ihre zentrale Lage die Innenstadt. Sie sollte innenstadtnah erweitert werden. Durch attraktive Wohnangebote auch für Studierende sollte die Innenstadt als Wohnort weiter ausgebaut werden.

Die in den 1970er Jahren entstandenen Hochhausriegel des Columbus-Center mit der Magistrale Columbusstraße haben zu einer Trennung zwischen Innenstadt und Wasserseite geführt. Dieses Nebeneinander von „Havenwelten“ und Innenstadt gilt es zu überwinden.

Neben dem Hauptzentrum Innenstadt sichern acht weitere zentrale Versorgungsbereiche die für die Stadtteile Bremerhavens wichtige Nahversorgung.

Insbesondere in den Stadtteilen Lehe und Wulsdorf sind gezielte Entwicklungen erforderlich. Hier sollen Impulse gesetzt werden, etwa durch die Ansiedlung großflächiger Verbrauchermärkte und ergänzender Nahversorgungsbetriebe zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung (Stadt der kurzen Wege). Zentrale Standorte sollten wiederbelebt werden, einhergehend mit der Schaffung von Aufenthaltsqualität.

Wo wollen wir hin?

Bremen: Die Innenstadt soll zu einem lebendigen und erlebnisreichen Ort für unterschiedliche Aktivitäten weiterentwickelt werden. Neben der Stärkung des Einzelhandels sollen Kulturangebote, wissensbasierte Einrichtungen, Büroflächen, Wohnangebote für unterschiedliche Bedürfnisse und Gastronomie zu einer Belebung der Innenstadt beitragen. Der öffentliche Raum wird deutlich attraktiver gestaltet. Zahlreiche Wegeverbindungen zwischen der Innenstadt und der Weser sowie lebendige Orte am Fluss verzahnen die unterschiedlichen Nutzungen und ergeben im Gesamtbild ein Alleinstellungsmerkmal Bremens als Stadt an der Weser. Der Verkehr wird neu strukturiert, sodass besonders der Kern der Innenstadt weitgehend von Pkw- und Lieferverkehr freigehalten wird. Die Erreichbarkeit aus den Stadtteilen, aber auch für auswärtige Besucher*innen, wird für alle Verkehrsträger optimiert. Dabei soll der Umweltverbund eine stärkere Rolle einnehmen. Bremen wird als Ziel für Tourist*innen aus dem In- und Ausland noch interessanter. Die Stadtteilzentren werden attraktivere Orte für Einkauf, Dienstleistungsangebote, Bildung, zum Ausgehen und als Treffpunkt für die Bewohner*innen. Die Unterschiede und Besonderheiten der Stadtteile werden herausgestellt und spiegeln auch als Orte der Integration und Inklusion die kulturelle Vielfalt der Stadtteile wider. Neue Einwohner*innen tragen zu einer weiteren Stabilisierung der Stadtteilzentren bei. Durch eine verbesserte Vernetzung der Stadtteile – auch über die Weser hinweg – werden neue Verbindungen entwickelt.

Bremerhaven: Nach Erkenntnissen aus dem „Tourismuskonzept Bremerhaven 2020“ verweilen die Besucher*innen der „Havenwelten“ im Hafengebiet. Die Innenstadt und die angrenzenden Areale profitieren zu wenig von den Tourist*innen. Daher gilt es, eine attraktive und interessante Innenstadt zu entwickeln, in der „Havenwelten“ und Fußgängerzone, Wasser- und Landseite miteinander vernetzt sind. Eine strategische Neuausrichtung sollte auf Grundlage einer städtebaulichen Rahmenplanung und eines interdisziplinären und öffentlichen Diskussionsprozesses erarbeitet werden. Darin sollten zentrale Aspekte wie Nutzungsmischung/Funktionsvielfalt, Städtebau, Architektur und Freiraum sowie Verkehr und Mobilität einfließen. Neben der stärkeren Verzahnung der Innenstadt mit den „Havenwelten“ durch städtebauliche Wegebeziehungen müssen attraktive Einzelhandelsflächen für Unternehmen mit Ausstrahlungskraft ausgewiesen werden, die eine weitere Belebung des Einzelhandelsstandortes Bremerhaven bewirken, eine zunehmende Kundenfrequenz gewährleisten und Bremerhaven als Oberzentrum in der Weser-Elbe-Region stärken.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen

> Bremen 2035 – Teilziel 1: Die Bremer Innenstadt hat sich den Herausforderungen der Zukunft gestellt. Durch die deutliche Stärkung des Zentrums hat Bremen seine oberzentrale Funktion weiter ausgebaut.

- Entwicklung konzeptioneller Aussagen zum Zukunftsprofil der Bremer Innenstadt im Rahmen einer „Ideenmeisterschaft“.
- Abgestimmte Vorgehensweise der geplanten Einzelvorhaben im Kontext der Gesamtentwicklung der Innenstadt.
- Weitere Entwicklung der Bremer Innenstadt als zentralem „Einkaufsort für den Nordwesten“ durch neue Formate, attraktive Marken und innovative Konzepte. Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung vorhandener Konzepte: Zentren- und Nahversorgungskonzept, Innenstadtkonzept, STEP Wohnen etc..
- Schaffung eines innovativen Verkehrskonzepts für die Innenstadt mit neuen Lösungen für das Parken und einer Steigerung der Erreichbarkeit mit dem Ziel einer weitestmöglichen Vermeidung von (zusätzlichem) motorisiertem Individualverkehr sowie einer Stärkung des Umweltverbundes.
- Etablierung eines innovativen Baustellen- und Logistikkonzepts und in diesem Zusammenhang Ausbau der Kommunikationskampagne „Bremen wird Neu“.
- Ausbau der Digitalisierung der Innenstadt.
- Qualifizierung öffentlicher Räume und Freiräume und Gestaltung als attraktive Erlebnis-, Aufenthalts- und Lebensräume.
- Gestaltung einer attraktiven und erreichbaren KernInnenstadt für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen.
- Verbesserung der Vernetzung der Innenstadt, auch mit angrenzenden Quartieren und Schaffung von Durchgängen sowie partielle Wiederherstellung der historischen Stadtstruktur.
- Nutzungsmischung stärken, u. a. durch Ausweitung des Wohnens und die Ansiedlung von öffentlichen, wissensorientierten Einrichtungen wie Hochschulstandorten o. Ä., kulturellen und sozialen Einrichtungen.
- Stärkung des Erlebnisses „Innenstadt am Fluss“ durch Zugänglichkeit der Weser und attraktive Räume am Fluss, bspw. Verlängerung der Schlachte in Richtung Westen.
- Erstellung eines Konzepts zum systematischen Aufbau und zur Weiterentwicklung einer ganzheitlichen Genusskultur – Highlights und Impulse im gesamten Stadtgebiet – im Rahmen der Umsetzung der Tourismusstrategie Bremen Stadt 2025.
- Aktive öffentliche Unterstützung bei der (Weiter-/Rück-)Entwicklung von (nicht mehr tragfähigen) Sonderstandorten des Einzelhandels mit alternativen Nutzungskonzepten.

> Bremen 2035 – Teilziel 2: Die Stadtteilzentren wurden durch vielfältige und differenzierte Angebote aufgewertet.

- Steigerung der Attraktivität in Stadtteilzentren als Orte der sozialen, kulturellen und ökonomischen Aktivität u. a. durch städtebauliche Aufwertungen.
- Verstärkte Ansiedlung öffentlicher Einrichtungen und Funktionen in den Stadtteilzentren (Schulen, Polizei, Behörden- und Verwaltungseinrichtungen etc.).
- Landesprogramm zur Förderung von Stadtteilzentren und Quartieren.
- Bessere räumliche Vernetzung der Stadtteile und Quartiere auch über die Weser hinweg und tangential zur Weser und zur Innenstadt.

> Bremen 2035 – Teilziel 3: Die attraktive Gestaltung der Wasserkante und die Integration der Weser in das ÖPNV-System haben die Qualitäten Bremens als „Stadt am Fluss“ weiter ausgebaut und damit die Zentren und Stadtteile stärker vernetzt.

- Zusätzliche Weserquerungen bspw. in Form von Brücken (Wallbrücken, Überseestadtbrücken) und Ausbau der Fährverbindungen (Weser-Shuttle, Linienfähren).
- Ausbau der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Weser als Teil der Stadt und der Stadtteilzentren im Sinne eines Konzepts „Stadt an den Fluss“.
- Umsetzung der Stadtstrecke.

Für Bremerhaven

> Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Die Neuausrichtung der Innenstadt als modernes Areal am Wasser hat Bremerhaven zu einem viel beachteten Beispiel einer erfolgreich realisierten städtebaulichen Attraktivitätssteigerung gemacht. Die Innenstadt wird außerdem zum Standort von Wissenschaft, Lehre und studentischem Wohnen.

- Ausbildung von Clustern.
- Schaffung einer herausragenden neuen Architektur.
- Entwicklung innovativer Raum- und Freiraumbildungen und vielfältiger Grün- und Wegeverbindungen.
- Verknüpfung von Grün, Freiraum und Architektur zur Stärkung der Aufenthaltsqualität. Auf neue Mobilitätsformen ausgerichteter Umbau des Erschließungsnetzes, der die Stadt für Bewohner*innen lebenswert und für Besucher*innen erlebenswert macht.
- Umsetzung der Rahmenplanung der Innenstadt bzw. von räumlichen Teilbereichen für das City-Quartier und das City-Port-Gelände (z. B. innerstädtisches Wohnen).
- Attraktive Verbindungen zwischen dem Tourismusresort Havenwelten und dem Hauptgeschäftsbereich der Innenstadt schaffen (Umbau Columbusstraße und Sanierung Barkhausenstraße sowie der Querverbindungen).
- Umbau/Umnutzung des ehemaligen Bankhauses Neelmeyer und Neubau auf dem Eulenhofgrundstück mit Anschluss an das Columbus-Center und die Fußgängerzone.
- Neubau von Geschäfts- und Dienstleistungsgebäuden auf den Grundstücken des ehemaligen Finanzamts sowie den Parkplätzen Schifferstraße und Linzer Straße.
- Auffrischung der Fußgängerzone (Belag, Beleuchtung, Möblierung).
- Neubau des Parkhauses der ehemaligen Feuerwache.
- Ausbau der Hochschule und Schaffung von Wohnangeboten für Studierende.
- Neubau Gastronomiepavillon „Lange-Dock“.
- Initiierung einer Szene aus Kunst-, Kultur- und Musikangeboten im öffentlichen Raum.

> Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Die Bremerhavener Havenwelten als erfolgreiche Erweiterung der Innenstadt sind innovative Modelle für modernes, attraktives Learning-Environment und Infotainment.

- Schaffung eines durchgängigen digitalen Informationssystems.
- Umsetzung des Port-Center-Konzeptes für den Alten Hafen (inklusive Deutsches Schifffahrtmuseum mit Museumshafen und Sanierung des Koggenbräu-Gebäudes).
- Stetige Auffrischung der großen Angebote (Zoo am Meer, DAH, DSM, Klimahaus 8° Ost).

> Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Neben der Innenstadt haben sich auch die Stadtteilzentren und Nahversorgungsgebiete mit ihrer individuellen Ausprägung und Angebotsvielfalt zu lebendigen und bunten Orten entwickelt.

- Stärkung der Hauptgeschäftsstraße Hafenstraße als multikulturelles Zentrum (internationale Lokale, Geschäftsszene, Galerien) in Verbindung mit der urbanen Quartiersentwicklung auf dem Kistner-Gelände/ehemaliges Geeste-Metallbau-Areal.
- Revitalisierung des Stadtteilzentrums Wulsdorf.
- Schaffung eines attraktiven, fußläufig erreichbaren Nahversorgungszentrums auf dem Eckgrundstück „Feuerwache“ für die Bebauung am Neuen Hafen.
- Stärkung des Stadtteilzentrums Geestemünde und der Vernetzung mit dem neuen „Wertquartier“.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 8

Digitalisierung nutzen

Smart und vernetzt im Interesse von
Bürger*innen und Unternehmen

Digitalisierung ist von entscheidender Bedeutung für die Städte der Zukunft. Dies gilt auch für die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes Bremen, die Luft- und Raumfahrt, den Automobilbau, die Windenergie sowie die maritime Wirtschaft und Logistik, den Dienstleistungsbereich und das Handwerk. Als „Smart Cities“ wollen Bremen und Bremerhaven digitale Technologien für ihre Unternehmen und ihre Bürger*innen nutzen, um künftig ihr Potenzial als lebenswerte, urbane und vernetzte Städte noch stärker zu heben.



DIGITALISIERUNG NUTZEN SMART UND VERNETZT IM INTERESSE VON BÜRGER*INNEN UND UNTERNEHMEN

DIGITALISIERUNG NUTZEN

SMART UND VERNETZT IM INTERESSE VON BÜRGER*INNEN UND UNTERNEHMEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Das Land Bremen vereint mit vier großen Innovationsclustern der Luft- und Raumfahrt, der Windenergie, im Automobilbau und in der maritimen Wirtschaft und Logistik Industriebereiche mit modernen Schlüsseltechnologien, deren Erfolg maßgeblich von der Digitalisierung abhängt. In Bremen und Bremerhaven treffen in diesen Clustern international führende Produzenten sowie im Weltmaßstab bedeutende Logistikdienstleister und -infrastrukturen, sowie führende Lebensmittelhersteller auf eine hoch leistungsfähige Wissenschaftsinfrastruktur.

Zum Thema Digitalisierung hat die Wirtschaftsförderung im Land Bremen eine Reihe von Instrumenten geschaffen, um vor allem Mittelstand und Handwerk zu befähigen, Digitalisierung zur Entwicklung innovativer Produkte und Geschäftsmodelle zu nutzen.

Mit der Zukunftsinitiative „Smart-Digital-Mobil“ legt der Senat einen Schwerpunkt auf Themen, die das Leben der Stadt in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich beeinflussen werden. Ressortübergreifend werden dazu bereits in einem intensiven Austausch Pilotprojekte entwickelt und die vorhandenen Aktivitäten in den Fachressorts koordiniert und unterstützt. Bremen und Bremerhaven sollen zu „Smart Cities“ werden: Digitale Technologien werden im Interesse der Bürger*innen genutzt, um effizienter, technologisch fortschrittlicher, ökologischer und sozial inklusiver zu werden. Dazu werden in einem ganzheitlichen Ansatz die Themenbereiche Autonomes Fahren, Energie, Start-ups, e-Mobility, Smart Industry (Robotik) und Intelligente Verkehre sowie die Digitalisierungsstrategie des Finanzressorts (Verwaltung 4.1) weiterentwickelt.

Das Land Bremen hat die Voraussetzungen für eine digitale Verwaltung geschaffen. Die meisten Behördenvorgänge werden in einem hochsicheren und leistungsfähigen Rechenzentrum betrieben. Die Ausstattung der Verwaltung mit Geräten und Software ist in den letzten Jahren modernisiert worden und wird durch neue zentrale Strukturen effizient und effektiv verwaltet. Für Bürger*innen und Unter-

nehmen sind Dienstleistungen im Internet beschrieben und für die meisten Verfahren stehen herunterladbare Formulare zur Verfügung. Für Unternehmen gibt es bereits in Teilbereichen komplette elektronische Angebote, besonders in den Bereichen Steuern, Statistik und Sozialversicherung.

Wo wollen wir hin?

Bremen und Bremerhaven wollen mit der Zukunftsinitiative Smart-Digital-Mobil ihr Potenzial als lebenswerte, urbane und vernetzte Städte stärken. Durch den regelmäßigen Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sollen auch künftig neue Themenfelder identifiziert und für beide Städte erschlossen werden.

Wesentliche Ziele sind der Erhalt und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie die Erhöhung der Lebensqualität und der Attraktivität des Standortes für Unternehmen und Mitarbeiter*innen. Bremen und Bremerhaven wollen die vorhandenen Kompetenzen stärker bündeln, miteinander vernetzen und die wirtschaftliche Kraft des Landes sowie die Attraktivität für Fachkräfte ausbauen.

Das Land Bremen wird Servicequalität und Leistungsfähigkeit der Behörden deutlich steigern und völlig neue Prozesse und Angebote umsetzen, die nach dem „Once-Only“-Prinzip gestaltet sind, d.h. dass Daten nur an einer Stelle vorgehalten werden. Genehmigungsvoraussetzungen wie das Vorhandensein von Zertifikaten, Nachweisen u.Ä. können dann nach Einwilligung der Bürger*innen automatisch von anderen Behörden elektronisch abgerufen werden.

Ziel ist eine neue Kultur der öffentlichen Verwaltung, die auf Beteiligung, bürgerfreundliche Datenermittlung und Verwaltung (smart Data) und schnelle, unkomplizierte Verfahren setzt.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Der landesweite Netzausbau mit höchstmöglichen Übertragungsraten und der Ausbau eines Mobilfunknetzes neuester Generation ist vollzogen.

- Dialogveranstaltungen mit Vertreter*innen der lokal tätigen Telekommunikationsunternehmen zum Aufbau von 5G Infrastrukturen.
- Nutzung des Landeswissenschaftsnetzes für Entwicklung und Test neuer Techniken, Protokolle und Betriebs- und Betreibermodelle.
- Erschließung, Weiterentwicklung und pilothafte Implementierung neuer Technologien zur Förderung der Digitalisierung und IT-Infrastrukturen über die Wissenschaftseinrichtungen (oder ein einzurichtendes Kompetenzzentrum Wissenschaft-Wirtschaft).
- Verringerung der sozialen Spaltung durch hochwertige Internetzugänge mit niedriger Zugangsschwelle für alle Bürger*innen.
- Schaffung eines Angebots von attraktiven Gewerbeflächen für Handwerksunternehmen und Errichtung von Handwerkerhöfen, in denen entsprechende Infrastruktur konzentriert bereitgestellt und der gewerkeübergreifende Austausch gefördert wird.
- Gründung eines gemeinsamen Breitbandkompetenzzentrums Niedersachsen/Bremen und Einrichtung von Teststrecken als Basis für eine flächendeckende Versorgung bis 2035 im Landeswissenschaftsnetz als Pilotanwendungen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Das Land Bremen ist einer der führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort für digitale Fertigungs- und Anwendungstechnologien in Industrie, Handel/Logistik, Handwerk und Dienstleistung.

- Ausbau und Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums für das Handwerk und kontinuierliche Förderung der digitalen Kompetenz im Handwerk.
- Neue Formen des Technologietransfers durch Schaffung neuer, praxis-orientierter Infrastrukturen mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft z. B. als öffentlich-private Kooperation, auch außerhalb der Hochschulen wie z. B. Digital Hubs, Kreativzentren und Fablabs, Digitalisierungsinstitut in Bremerhaven.
- Sicherung der Fachkräfte für den regionalen Bedarf und kontinuierliche Anpassung der Ausbildung an neue Technologien und Dienstleistungen. Bedarfsgerechter Ausbau der Hochschulen im Land Bremen.
- Ausbau des Virtual Product Houses im EcoMaT und weiterer Inkubatoren als Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei der Flügelproduktion.
- Fortsetzung des Projektes „Kompetenzzentrum digitales Handwerk“.
- Durchlässigkeit zwischen Studium und Ausbildung stärken; Studienabbrecher*innen und Absolvent*innen für Ausbildungen in Industrie, Handel/Logistik, Handwerk und Dienstleistung gewinnen.
- Gezielte Einrichtung neuer Professuren zu relevanten Fachgebieten wie beispielsweise autonome Systeme, additive Fertigung/3D-Druck, Internet der Dinge etc. sowie Stärkung der Netzwerke.
- In Bremen Aufbau und Ausbau des ESA-BIC European Space Agency Business Incubators.
- In Bremerhaven Aufbau und Ausbau eines Start-up-Zentrums Green Economy, eines Food-Start-up-Lab sowie einer Living-Lab-Logistik.
- Pilotprojekt zur City Logistic und Micro Hubs im Rahmen von SMART DIGITAL MOBIL.
- Neue/r Inkubator/en als Start-up- und Kooperationsplattform für das Internet der Dinge und autonome Systeme; Aufbau von DIGIHUBS/TOPAS (Unternehmen, Hochschulen, Start-ups).
- Ausstattung des Green Economy Gebietes Lune-Delta mit zukunftsweisendem Breitbandnetz, Schaffung von CO₂-Neutralität, und Green Economy-Schwerpunkt in Bremerhaven (Ansiedlungen, Erweiterungen und Start-ups.).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Neue (autonome) Verkehrstechnik, transmodale Mobilität, Sharing-Angebote und flächendeckende Lade-Infrastruktur für alternative Antriebstechnologien sind gut ausgebaut.

- Konkretisierung, Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen aus dem Masterplan Green City.
- Weitere Unterstützung und Steuerung des Ausbaus von Car-Sharing.
- Steuerung freier Leihfahrradsysteme durch Vereinbarung und Sondernutzung.
- Weitere Untersuchung von Chancen und Risiken des autonomen Fahrens in den beiden Städten und der Region und Ableitung von Rahmenbedingungen.
- Ausstattung der Autoterminals mit entsprechenden Ladekapazitäten für Kfz.
- Umstellung von Transportmitteln, wie zum Beispiel Van Carrier, auf Elektro- und/oder Wasserstoffantrieb.
- (Stiftungs-)Professur und entsprechend denominierte/s wissenschaftliche/s Fachgebiet/e in der Universität (Technomathematik u./o. Elektrotechnik) und Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen.
- Umsetzung der Digitalisierung in den Häfen, Motto: smart and fast port.
- Prüfung der Umstellung der Stadtbusverkehre auf 100 Prozent Wasserstoff-/Elektroantrieb.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Bürger*innen und Unternehmen profitieren von einer digitalisierten Verwaltung. Der verwaltungsinterne automatisierte Datenaustausch bei gleichzeitiger höchster Datensicherheit und Schutz vor Cyberkriminalität ist Standard geworden.

- ▼ Umsetzung weiterer Projekte; wie z. B.: Projekt elektronische Bezahlverfahren in Bremen und Bremerhaven; Einbindung in diverse Fachverfahren und Portale.
- Weiterentwicklung der E-Rechnung in Kooperation der Senatorin für Finanzen und der Handwerkskammer.
- Realisierung von Modellstadtteilen für Elektromobilität sowohl im Neubau als auch in bestehenden Quartieren.
- Weiterentwicklung des Projektes „Einfach Leistungen für Eltern“ (ELFE – Digitalisierung der Verwaltungsprozesse rund um die Geburt eines Kindes).
- Weiterentwicklung und nutzergerechter Ausbau von bremerhaven.de und service.bremen.de.
- Digitalisierungsprojekte auf der Grundlage einer integrierten Datennutzung für proaktive Serviceleistungen in diversen Anwendungsbereichen.
- Konzipierung eines Projekts ALU (Automatische Leistungen für Unternehmen): Unternehmen sollen in Bremen davon entlastet werden, immer wieder dieselben Daten bei Anmeldungen, Anträgen, Mitteilungen, Statistikpflichten usw. anzugeben.



*Mehr Service für Bürger*innen und Unternehmen durch die Digitalisierung der Verwaltung.*

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 9

Attraktiver Wirtschaftsstandort

Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Existenzgründer*innen

Der Wirtschaftsstandort Bremen ist geprägt durch weltweit agierende Großunternehmen und familiengeführte mittelständische Unternehmen, darunter etliche „Hidden Champions“ mit führenden Positionen auf internationalen Märkten. Um die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen auch auf Dauer zu sichern, investiert die bremische Wirtschaftspolitik in innovative und nachhaltige Standorte, Geschäftsideen und -modelle, in neue Materialien und Technologien. Ziel ist es, Unternehmen am Standort zu halten und deren Wachstum zu unterstützen, attraktiv für Neuansiedlungen zu sein und ein gutes Gründungsklima zu etablieren. Denn Existenzgründungen sind ein wesentlicher Faktor für einen gelingenden Strukturwandel.



ATTRAKTIVER WIRTSCHAFTSSTANDORT
 GUTE RAHMENBEDINGUNGEN
 FÜR UNTERNEHMEN UND
 EXISTENZGRÜNDER*INNEN

Bremerhaven ist ein profilierter Standort für Windenergie, maritime Wirtschaft und Logistik.

ATTRAKTIVER WIRTSCHAFTSSTANDORT

GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR UNTERNEHMEN UND EXISTENZGRÜNDER*INNEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Der Bremische Mittelstandsbericht 2017 bestätigt: „Das Land Bremen war und ist ein Wirtschaftsstandort mit hoher Dynamik, nicht zuletzt auf der Grundlage des Engagements zahlreicher mittelständischer Unternehmen und Existenzgründer*innen. Als Produktions- und Handelsstandort für sowohl traditionsreiche Produkte als auch hochtechnologische Güter und Anlagen genießt Bremen weltweit Anerkennung. Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leisten dabei einen entscheidenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung im Land Bremen. Der Mittelstand, häufig als Rückgrat beziehungsweise als das Herz der Wirtschaft bezeichnet, hat eine herausragende Bedeutung für Beschäftigung, Wachstum und Strukturwandel.“

Die Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik bestehen vor allem im Aufspüren neuer Ideen, der Identifizierung gesellschaftlicher Erfordernisse und Trends, neuer Technologien, Arbeitsweisen und Materialien, gesetzlicher Vorgaben und deren Folgen für die Wirtschaft, sowie der Nachfrage von Märkten und Endverbraucher*innen. Auf dieser Basis muss Wirtschaftspolitik ansetzen, Impulse geben, infrastrukturelle Unterstützung schaffen, Projekte begleiten, den Unternehmen im Land Bremen die erforderliche Unterstützung anbieten und den Wirtschaftsstandort auch überregional publik machen. Ein Beitrag dazu könnte eine Gemeinwohlbilanzierung (GWÖ-Erstbilanz) bei kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen sowie der öffentlichen Betriebe im Land Bremen sein.

Die Bremische Wirtschaftspolitik investiert in innovative und nachhaltige Standorte, Geschäftsideen und -modelle, neue Materialien und Technologien, um Bestandsunternehmen am Standort zu halten und deren Wachstum zu unterstützen, attraktiv für Neuansiedlungen zu sein und ein gutes Gründungsklima auf hohem Niveau zu etablieren.

Wo wollen wir hin?

Um die Klimaziele in Deutschland erreichen zu können, sind zusätzliche Maßnahmen nötig. Deshalb sind Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in Richtung

Umwelttechnik und Ressourceneffizienz zu entwickeln. Stichworte wie umweltfreundliche Energieerzeugung, Energieeffizienz, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Green Tech made in Germany 4.0, Digitalisierung, CO₂-Bilanz spielen eine entscheidende Rolle in der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Der Bedarf von Unternehmen für zukunftsfähige Strategien soll aufgegriffen und durch eine nachhaltige Gebietsentwicklung unterstützt werden.

Existenzgründungen sind ein wesentlicher Faktor für den Strukturwandel eines Wirtschaftsstandortes. Neue Ideen, Konzepte und Kooperationen sind notwendig für die ständige Anpassung an den sich verändernden Bedarf der Märkte und für langfristiges Wachstum.

Bremen und Bremerhaven sind schon heute interessante Standorte für innovative Gründer*innen, nicht zuletzt aufgrund der guten Wissensinfrastruktur sowie der Nähe zu Kund*innen und Kooperationspartner*innen.

Durch diese guten Rahmenbedingungen und Angebote im Land Bremen hat sich ein lebendiges Ökosystem für Unternehmensgründungen und Start-ups entwickelt, das weiter ausgebaut werden soll.

Die steigende Sichtbarkeit von jungen Unternehmen und die Zunahme von gründungsbezogenen Events sind als positive Zeichen zu werten. Diese Entwicklung soll weiterhin Rückenwind erhalten. Für verschiedene Altersklassen (von der Schüler*in bis ins hohe Alter), Branchen, Initiativen und Prozesse sollen Angebote entwickelt und auch geschlechtsspezifisch unterstützt werden. Ziel ist es, den Gründungsstandort Bremen/Bremerhaven überregional und international deutlich sichtbar zu machen und mehr Sogkraft für den Gründungsstandort zu entwickeln.

Das Land Bremen ist ein exzellenter Wissensstandort und ein ebenso bedeutender Industriestandort. Diese Stärken sollen weiter miteinander verknüpft und ausgebaut werden: Die

Querschnittstechnologie Leichtbau ist von hoher Relevanz für viele Industriebranchen, Handwerksunternehmen sowie für Verkehrswesen und Bauwirtschaft. Beispielhafte Anwendungsfelder sind die Luft- und Raumfahrtindustrie, der Automobilbau, der Schiffbau sowie der Anlagen- und Maschinenbau und die Windenergie – also die Bremer und Bremerhavener Innovationscluster. In allen Fällen ist Leichtbau eine Lösung für wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen. Leichtbau ergibt sich durch den richtigen Mix der Materialien mit einer auf den speziellen Bedarf optimierten Konstruktion. Die Lösungswege sind

ebenso vielfältig wie die Herausforderungen. Daher sind Werkstoffwissenschaften und Fertigungsverfahren maßgebliche Innovatoren für den Leichtbau als Schlüsseltechnologie. Im Feld der attraktiven und hochwertigen wissensintensiven Dienstleistungen sollen künftig deutlich mehr Ansiedlungen und Arbeitsplätze generiert werden. Hierfür ist die vorhandene Basis durch die guten infrastrukturellen Voraussetzungen, u.a. attraktive Gewerbeflächenangebote, eine effiziente digitale Verwaltung und eine verstärkte interkommunale Kooperation, weiter auszubauen.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Die Profilbildung durch eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung war erfolgreich: Realisierung des „LuneDelta“ in Bremerhaven

Auf dem Gebiet auf der Luneplate (150 Hektar) sollen Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsbetriebe angesiedelt werden, die neu nach Bremerhaven kommen oder aber einen Standort in Bremerhaven suchen. Das Gewerbegebiet soll nachhaltig ausgerichtet werden und sich sowohl am Cradle to Cradle (C2C) Prinzip („von der Wiege bis zur Wiege“, gemeint ist eine Kreislaufwirtschaft ohne Abfall) als auch am Standard der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) orientieren.

Die Entwicklung des „LuneDelta“ bietet für Bremerhaven die große Chance für einen Strukturwandel, der zukunftsfähige, neue Arbeitsplätze schafft. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Potenziale der Energie- und Klimawende weiter zu heben. Der Standort soll unter der Dachmarke „Green Economy“ überregional vermarktet werden, für Wissenstransfer sorgen und damit den Strukturwandel unterstützen.

Ein wesentlicher Baustein des Konzepts ist ein Gebietsmanagement, das von Beginn an eine Kultur des Austauschs und der Zusammenarbeit fördert. Denkbar ist hier allgemein die Steuerung von Prozessen zur (Weiter-)Entwicklung des Gewerbegebietes, die Akquisition von Ansiedlungen, damit verbunden die Koordination von Stoffströmen (Energie, Material, Wasser etc.) und das Heben von Synergien. Auch die Organisation der „Teil-Einrichtungen“, wie Fuhrpark, Lager, Werkzeugpool etc., gehört zu den Aufgaben des Gebietsmanagements. Ein frühzeitiges Bereitstellen gemeinschaftlich genutzter Angebote soll Ansiedlungsentscheidungen erleichtern.

Mit dem Ziel, Ansiedlungen und Gründung auszulösen und die arbeitsmarktpolitischen Chancen einer Green Economy wahrzunehmen, soll als Initialcluster mit nationaler und internationaler Strahlkraft ein Gründungszentrum im Bereich des künftigen Gewerbegebietes „LuneDelta“ errichtet werden. Das „grüne“ Gründungszentrum soll eine Vorbildfunktion für nachhaltiges und energieeffizientes Bauen übernehmen. Wesentliche Eckpfeiler sind:

- Verwendung baubiologisch unbedenklicher Baustoffe und Ausstattungsgegenstände, die, wenn möglich, nach Gebrauch wieder der Kreislaufwirtschaft zugeführt werden können,
- Berücksichtigung der „Lebenszykluskosten“, damit sich hochwertige, langlebige Werkstoffe bzw. Nutzungsverträge mit Rücknahmegarantien oder „Wiederaufarbeitung“ bei der ganzheitlichen Kostenbetrachtung rechnen,
- Dezentrale biologische Schmutzwasserbehandlung und Regenwasserrückhaltung,
- Modulare und flexibel geplante Bauweise der Bereiche Büro, Produktion und Lager, damit ausreichend Platz für Expansion und Entwicklung zur Verfügung steht.

- Das Gründungszentrum soll eine Keimzelle für neue Formen des gemeinsamen und vernetzten Wirtschaftens sein. Durch das Teilen von Büro- und/oder Produktionsressourcen soll der Nutzen vervielfältigt und ein Beitrag zur Green Economy am Standort Bremerhaven geliefert werden. Diese Netzwerkarbeit soll durch ein professionelles Green Cluster Management unterstützt werden, das eng mit dem künftigen Gebietsmanagement des gesamten „LuneDelta“ kooperiert. Da es sich bei jungen Unternehmen auch meist um junge Unternehmer*innen handelt, sollen die sozialen Aspekte zur Erleichterung von Familienarbeit in die Planung einbezogen werden.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Der Gründungsstandort ist attraktiv und nachgefragt.

Bremen hat mit dem START Haus im Jahr 2018 eine zentrale Anlaufstelle für Gründer*innen geschaffen und wird sich auf die Bereiche Start-ups und Gründungsförderung durch Frauen stärker fokussieren sowie mit privaten Akteuren stärker kooperieren.

In einem ersten Schritt ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Gründungsinteressierten (Gründer*innen, Nachfolger*innen, Start-ups und Jungunternehmer*innen) unter dem Dach der Förderbank BAB entstanden, in der Programme und Angebote miteinander verschmolzen und gemeinsam je nach Bedarfslage zur Verfügung gestellt werden.

In einem zweiten Schritt werden die räumlichen Angebote an zentraler Stelle etabliert und zusätzliche Angebote (Seminarräume, Co-Working-Spaces, Cafe etc.) bereitgestellt.

Ausbau und weitere Erneuerungen im Gründungsökosystem (Altersklassen, Informationsformate, Branchen, Vernetzungen, Kooperationen, Geschäftsmodelle etc.) des Landes Bremen sind geplant.

Auf Basis der expliziten Stärken Bremens und Bremerhavens, insbesondere der Industrieorientierung, gilt es, sich national und international zu positionieren und – einem Start-up gleich – Nischen zu erobern. Hierzu gilt es die lokale Start-up-Szene durch begleitende Maßnahmen weiter zu unterstützen:

- Langfristige Fortführung des START Hauses als One-Stop-Agency für alle Gründungsinteressierten.
- Vernetzungsformate entwickeln, fortführen und ausbauen, wie zum Beispiel Pitching Events oder Start-up-Kongresse.
- Aufbau von Digital Hubs und Creative Hubs in Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Start-ups und „experimentelles Gründen“ fördern.
- Fortführung von branchenspezifischen Projektförderungen, wie ESA-BIC, Green Spark und Food Labs zur Unterstützung innovativer Gründungen.
- Positionierung Bremens als attraktiver Start-up-Standort.
- Fortführung von Programmen und Transfergesellschaften, wie Bridge, InnoWi etc.; aus der Wissenschaft initiierte Unternehmensgründungen in Bremen und Bremerhaven ausbauen.
- Unterstützung von Angeboten an den Hochschulen wie beispielsweise LEMEX und Team Academy.
- Bereitstellung niedrigschwelliger Förderangebote für Start-ups und besserer Zugang zu Venture Capital.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Das Kompetenzfeld Leichtbau ist gestärkt: Neue Technologien und Materialien in der industriellen Fertigung

Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Leichtbau entlang der gesamten Wertschöpfungskette ergeben sich für Bremen wichtige Potenziale. Wichtige Aspekte sind der Zugang zur wissenschaftlichen Kompetenz für mittelständische Unternehmen sowie der Austausch zwischen Wissenschaft und zentralen Industrieunternehmen am Standort Bremen wie Daimler und Airbus über langfristige Ziele, Herausforderungen und Bedarf. Mittelständische Unternehmen profitieren durch die Marktdiversifizierung und -durchdringung von neuen Technologien und können sich so neue Kundenkreise in anderen Branchen erschließen. Gleichzeitig profitiert der Wissenschaftsstandort Bremen durch eine praxisnahe Arbeit mit der Wirtschaft und durch wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn.

Unterstützende Maßnahmen für den weiteren Ausbau dieser Standortpotenziale sind:

- Ausbau von Plattformen und Infrastrukturen für räumlich nahe Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette: Institute, KMU, Start-ups und Großunternehmen/Konzerne, z. B. in Digital Hubs, Creative Hubs, Gewerbe und Technologiezentren.

- Cross-Clustering: Stärkung intersektoraler Zusammenarbeit in gemeinsamen Technologiefeldern der Bremer Innovationscluster im Bereich Leichtbau.
- Strategische Entwicklung von relevanten Schlüsseltechnologien (z. B. 3D-Druck) durch eine agile Innovations- und Industriepolitik am Standort Bremen gemeinsam mit den Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft.
- Bedarfsorientierter Ausbau der Lehr- und Ausbildungsangebote, besonders für technologieorientierte Berufsbilder und entsprechender Ausbau der Kapazitäten der Hochschulen; betrifft duale Ausbildung/Studiengänge, Entwicklung neuer Masterstudiengänge, Kooperation: Wissenschaft und Industrie bei der Ausbildung.
- Nutzung von Plattformen und erprobten Kooperationen zur gezielten Ausgründung und Unterstützung von Start-ups.
- Nachwuchsförderung und -akquise für MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik): Gezielte Angebote entlang der gesamten Bildungskette, insbesondere für weibliche Nachwuchskräfte (Bündelung und Vernetzung bestehender Initiativen).
- Entwicklung und Bereitstellung geeigneter Erweiterungsflächen zum Beispiel im Technologiepark Universität, Airport Stadt etc. für den Aufbau von Infrastrukturen und die Ansiedlung/den Ausbau von Unternehmen und Instituten. Überregionale Positionierung des Forschungs- und Technologiezentrum EcoMaT für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Leichtbau als Anker für weitere Ansiedlungen im Technologiefeld Leichtbau in der Airport-Stadt.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 10

Exzellente Wissenschaft

Ein zukunftsfähiges Kraftfeld für Wirtschaft und Gesellschaft

Das Land Bremen verfügt mit seinen Universitäten und Hochschulen sowie einer weit überdurchschnittlichen Zahl außeruniversitärer Forschungsinstitute über eine gut ausdifferenzierte und sehr leistungsfähige Wissenschaftslandschaft. Sie ist von hoher Bedeutung für die regionale Wirtschaft, mit der es zahlreiche Kooperationen gibt. Ziel ist es, die Angebote der Hochschullandschaft im Land Bremen so auszubauen, dass die Zahl der Studierenden weiter erhöht werden kann. Gemeinsam mit der Wirtschaftspolitik ist es darüber hinaus Ziel, diese jungen Menschen anschließend möglichst dauerhaft an Bremen und Bremerhaven zu binden.



EXZELLENT WISSENSCHAFT
 EIN ZUKUNFTSFÄHIGES KRAFTFELD
 FÜR WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

10

EXZELLENT WISSENSCHAFT

EIN ZUKUNFTSFÄHIGES KRAFTFELD FÜR WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Das öffentliche Wissenschaftssystem des Landes Bremen mit einer Universität, zwei Fachhochschulen und einer Kunst- und Musikhochschule bildet ein gut ausdifferenziertes und leistungsfähiges Gesamtgefüge. Es wird von der Jacobs University Bremen und der Apollon Hochschule Bremen als privaten Hochschulen sowie einer bundesweit überdurchschnittlichen Zahl außeruniversitärer Forschungsinstitute ergänzt.

Die Wissenschaft im Land Bremen hat in den Wissenschaftsschwerpunkten, aber auch darüber hinaus viele exzellente Kerne. Die Drittmittelakquisition der außeruniversitären Institute und der Hochschulen ist im nationalen Vergleich überaus erfolgreich. Die personelle Ausstattung an allen Hochschulen, insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus, entspricht allerdings nicht dem deutschlandweiten Ausstattungsstandard und soll entsprechend angepasst werden, auch um langfristige und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau und im Dienstleistungsbereich zu ermöglichen.

In den letzten Jahren ist es gelungen, die überregionale Forschungsförderung in Bremen und Bremerhaven weiter zu steigern. Die bestehenden Einrichtungen sind erheblich gewachsen, und es konnten acht weitere wissenschaftliche Einrichtungen in die überregionale Forschungsförderung und in die Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern überführt beziehungsweise neu etabliert werden. Entsprechend stark sind die regional-ökonomischen Effekte und die Voraussetzungen für exzellente Wissenschaft gesteigert worden.

In vielen Bereichen (wie z. B. innovative Materialien, autonomes Fahren, Raumfahrt) bestehen bereits enge Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen, die aber ausgebaut werden sollten. Auch der Transfergedanke sollte weiter gefasst werden.

Die Bedeutung des Wissenschaftsstandortes Bremen/Bremerhaven – auch in seiner regionalökonomischen Wirkung und der Wirkung für die Einwohnerzahlen – ist gleichwohl in der breiten Öffentlichkeit noch nicht ausreichend bekannt.

Das Land hat begonnen, den in den letzten Jahren entstandenen Sanierungsstau an den Hochschulgebäuden zu beheben. Dieser Kurs muss fortgesetzt und um notwendige strategische Neubauten erweitert werden.

Wo wollen wir hin?

Generelles Ziel ist es, die Rolle der Universitäten, der Hochschulen, der Hochschule für Künste (HfK) und der außeruniversitären Institute in Bremen und Bremerhaven als wesentliche Standortfaktoren zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern und auszubauen. Das Wissenschaftssystem soll mit exzellenter Forschung und Lehre zu einem Kraftfeld der beiden Städte aufgewertet und als solches wahrgenommen werden. Das wird nicht nur durch einen breiten Technologietransfer ermöglicht, sondern über eine wissensbasierte Stadtentwicklung. Die kulturellen Beiträge der Hochschulen unterstützen die integrative Vernetzung und Entwicklung des Landes Bremen. Exzellente Forschung soll auch dem Wohl der Gesellschaft dienen. Ein wertebasierter Transfer hat deshalb auch den Anspruch, Beiträge zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu generieren.

Eine Steigerung der Studierendenzahl in Bremen und Bremerhaven – auch der ausländischen Studierenden – wird die Einwohnerzahl des Landes auch hinsichtlich des Anteils an jungen und hochqualifizierten Menschen erhöhen. Durch Zuzug und Verbleib junger Menschen im Land Bremen entsteht ein Impuls für eine positive, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Prosperität. Das befördert die nationale und internationale Sichtbarkeit im Wissenschaftsbereich und im Kulturbetrieb. Eine enge regionale Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen in Norddeutschland stärkt auch den Standort Bremen und Bremerhaven. Die europäische und internationale Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut und vertieft werden.

Diese Entwicklung erfordert eine umfassende Stärkung des Wissenschaftsbereichs in einem Kooperationsystem des Landes Bremen mit seiner Universität, den Hochschulen Bremen und Bremerhaven,

der HfK, den privaten Universitäten und Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen, Unternehmen und Akteuren der Zivilgesellschaft. Durch die exzellente Arbeit der neuen Forschungs- und Transferschwerpunkte werden die regionalen Cluster erfolgreich gestärkt.

Die hohe Qualität in Forschung und Lehre an allen Hochschulen des Landes Bremen muss durch eine vorausschauende Einrichtung neuer Professuren, eine Erhöhung des Anteils von Professorinnen sowie durch die Stärkung und Absicherung des wissenschaftlichen Mittelbaus und des Dienstleistungspersonals gesichert werden. Das ist auch Voraussetzung und Bedingung für die Entwicklung innovativer Studiengänge. Die Universität Bremen wird so in der Forschung gestärkt und kann auch

intern die Bedingungen für nachhaltige Drittmittel-erfolge und eine gute Positionierung im Exzellenzwettbewerb 2024/25 schaffen.

Die bremisch finanzierten außeruniversitären Einrichtungen sollen auch weiterhin erhebliche wissenschaftliche Erfolge erzielen und in der Drittmittelakquisition erfolgreich sein. Um diese Leistungen weiter gewährleisten zu können, müssen die Konditionen für die jeweilige Grundfinanzierung den jährlichen Steigerungen bei den Bund/Länderfinanzierten Instituten angepasst werden.

Für die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Bremen/Bremerhaven ist eine nachhaltige Sanierung beziehungsweise Umwidmung bestehender Wissenschaftsgebäude erforderlich, ergänzt durch strategische Neubauten.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

In den künftigen Wissenschaftsplänen bis 2035 sind folgende Maßnahmen zu verankern und umzusetzen:

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Stärkung der Universitäten und Hochschulen in Bremen und Bremerhaven in Lehre, Forschung und Transfer.

- Hohe Qualität in Forschung und Lehre, eine vorausschauende Schaffung neuer Professuren, einer Erhöhung des Anteils von Professorinnen sowie die Absicherung und eine dem Bundesdurchschnitt angepasste Stärkung der Ausstattung im wissenschaftlichen Mittelbau und dem Dienstleistungspersonal.
- Erweiterung des Studienangebots durch die Einrichtung neuer attraktiver und innovativer Studienprogramme zur Personalentwicklung, auch weiterbildend und berufsbegleitend.
- Schaffung bedarfsorientierter, auf die regionale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur abgestimmter Studienangebote.
- Prüfung der Möglichkeiten einer Mediziner Ausbildung im Land Bremen.
- Ausbau der Hochschule Bremerhaven durch eine erhebliche Steigerung der Zahl der Studierenden auf 5000 und Identifizierung weiterer Studiengangangebote.
- Prüfung der Einrichtung eines Forschungsinstituts für Meeresenergie in Bremerhaven.
- Prüfung des Ausbaus des IWES in Bremerhaven auf die gesamte Wertschöpfungskette der Windenergie-Branche.
- Prüfung der Entwicklung eines Testzentrums/Wissenschaftshafens in Zusammenarbeit mit dem DLR-Institut für marine zivile Sicherheit und anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Bremerhaven.
- Integration des Thünen-Instituts in die Wissenschafts- und Wirtschaftslandschaft Bremerhavens.
- Schaffung eines Campus Neustadt der Hochschule Bremen.
- Entwicklung einer gemeinsamen Vision des Landes zum Thema „Digitalisierung in Lehre, Forschung und Verwaltung“.
- Steigerung der Attraktivität der Studienorte Bremen und Bremerhaven für Studienanfänger*innen.
- Zukunftsfähige Absicherung von Bund-Länder-Finanzierungen insbesondere zur Nachfolge des Hochschulpakts, zum Qualitätspakt Lehre sowie zum Pakt für Forschung und Innovation.
- Ausbau des wissenschaftlichen Mittelbaus an den Hochschulen Bremen und Bremerhaven, besonders in den neuen Forschungs- und Transferschwerpunkten.

- Verbesserung von Karrierewegen für den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen Bremen und Bremerhaven zur Sicherung einer hohen Lehr- und Betreuungsqualität.
- Engere Verknüpfung von Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit an den Hochschulen durch Gleichstellungskonzepte, Personalstrukturplanung und Personalentwicklung.
- Konsequente Weiterentwicklung der Hochschulen zu familiengerechten Einrichtungen.
- Entwicklung von Gender- und Diversitätskompetenz als einer Schlüsselkompetenz sowohl für Lehrende als auch für Lernende mit begleitenden Forschungsarbeiten.
- Ausbau der Fachhochschulen als Ausbildungsstätte für lokale akademische Fachkräfte (z. B. Sozial- und Pflegeberufe, Mobilitätswirtschaft in Bremen sowie maritime Schwerpunkte und Lebensmitteltechnologie in Bremerhaven).
- Open Lab/Dynamisches Archiv der HfK.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Stärkung der Forschungsexzellenz der Universität Bremen im Hinblick auf die Exzellenzstrategie und andere hochrangige Förderinitiativen

- Umsetzung der geplanten Vorhaben (im Rahmen verfügbarer Landesmittel) und eines Exzellenzkonzeptes für die gesamte Universität zur Vorbereitung auf die nächste Runde der Exzellenzstrategie und zur Beteiligung an anderen wettbewerblichen Förderinitiativen, z. B. im Rahmen der Europäischen Universitätsnetzwerke.
- Stärkung von Clusterinitiativen Material-, Sozial-, Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie Robotik, Luft- und Raumfahrt.
- Ausbau des bremischen Kooperationsmodells auf Basis der „U Bremen Research Alliance“.
- Stärkung der Forschungsinfrastruktur (z. B. Erweiterung MARUM um den Forschungsneubau Zentrum für Tiefseeforschung, Gerätezentrum Materialforschung).
- Ausbau und Stärkung der außeruniversitären Forschung (kontinuierlich ab 2018) in Bremen und Bremerhaven als Kooperationspartner der Universität.
- Stärkung des Exzellenzclusters „The Ocean Floor“: Weiterentwicklung der Deutschen Allianz Meeresforschung.
- Verbesserung der Karrierewege für Nachwuchswissenschaftler*innen nach der Promotion (z. B. strukturelle Etablierung des sogenannten Tenure Track).
- Breitere Aufstellung der Nachwuchsförderung (nicht ausschließlich auf eine wissenschaftliche Karriere zielend, sondern auch Karrierewege außerhalb der Wissenschaft berücksichtigend).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Hebung von Synergien durch intensive Vernetzung mit außer-universitären Forschungsinstituten, der Wirtschaft (insbesondere KMU) und Akteuren der Zivilgesellschaft

- Identifizierung neuer Studienangebote, die neben dem wissenschaftlichen Bildungsauftrag auch die Förderung des Austauschs der Hochschulen mit ihrem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld, einschließlich innovativer Konzepte wie z. B. gründungsorientierte Unterrichtsformen, berücksichtigen.
- Entwicklung geeigneter Studienangebote in Bremen und Bremerhaven im Dialog mit den Unternehmen vor Ort (auch dual, berufsbegleitend, weiterbildend), z. B. Space Technology an der Universität oder Team Academy an der Hochschule Bremerhaven, Innovationsmanagement an der Hochschule Bremen.
- Ausreichend Raum für Selbstreflexion über ethische Themen (z. B. Technikfolgenabschätzung) in Forschung, Lehre und Studium, um der gesellschaftlichen Verantwortung der Hochschulen gerecht zu werden.
- Deutliche Stärkung des übergreifenden Schwerpunkts Digitalisierung in den Studiengängen der Hochschulen, um junge Menschen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.
- Schwerpunktsetzung der Hochschule Bremerhaven u. a. auf die Bereiche Energiewende und Sektorenkopplung.
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander sowie mit der Jacobs University Bremen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Weiterentwicklung der Möglichkeit kooperativer Promotionen zwischen der Universität und den Hochschulen Bremen und Bremerhaven.

- Weiterentwicklung der Transferstrategien der Hochschulen und Vorbereitung für die nächste Ausschreibungsrunde „Innovative Hochschule“.
- Stärkung des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen, zum Beispiel durch Erhöhung der Zahl der Kooperationsprojekte und Fortführung von Programmen und Transferfördergesellschaften.
- Erhalt der hohen Erfolgsquote beim EU-Forschungsrahmenprogramm, verstärkte Einbindung der regionalen Wirtschaftsakteure als Projektpartner*innen.
- Optimierung des Marketings für die Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven.
- Bessere Sichtbarkeit der Universität und der Hochschulen durch Veranstaltungen im Zentrum der Stadt Bremen und durch Veranstaltungen in Bremerhaven.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Stärkung der regionalen Cluster durch die exzellente Arbeit der Forschungs- und Transferschwerpunkte.

- Schaffung einer breiten Innovationskultur und Positionierung des Landes Bremen als innovativer Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.
- Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft in den Forschungs- und Transferschwerpunkten in Bremen und Bremerhaven; lokale Bündelung von Kompetenzen aus Wirtschaft, Künsten und Wissenschaft.
- Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung im Querschnittsbereich Digitalisierung.
- Intensivierte Verzahnung von Innovations- und Industriepolitik zur Stärkung von Schlüsseltechnologien mit den für den Standort typischen Innovationsfeldern.
- Vermehrte Innovationen in den Materialwissenschaften (z. B. 3D-Druck), Robotik, Digitalisierung, Logistik, Windenergie sowie Luft- und Raumfahrt, ggf. Erweiterung des Kreises der EcoMaT-Partner.
- Förderung von aus der Wissenschaft initiierten Unternehmensgründungen in Bremen und Bremerhaven.
- Verbesserung des Technologietransfers von der Hochschule Bremerhaven durch Stärkung des Technologie Transfer Zentrum (ttz) und Einrichtung weiterer wissenschaftlicher Institute, z. B. zur Digitalisierung in der Logistik, Tourismus, Dekarbonisierung und Sektorenkopplung sowie Ausbau vergleichbarer Infrastrukturen zur Verbesserung des Technologietransfers an der Hochschule Bremen.
- Bereitstellung der erforderlichen Flächen zur Sicherung des Bestandes und zur Weiterentwicklung der wissenschafts- und forschungsintensiven Unternehmen wie auch der Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen selbst. Der Technologiepark Universität Bremen und die Airport-Stadt sind hierbei von besonderer Bedeutung.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Nachhaltige Sanierung beziehungsweise Umwidmung bestehender Wissenschaftsgebäude und durch strategische Neubauten

- Strategische Investitionsplanung zum nachhaltigen, effizienten und wirksamen Ausbau der Hochschulinfrastruktur durch den Neubau „Hörsaal- und Veranstaltungszentrum mit Büroflächen“ im Zentralbereich der Universität bis 2024.
- Bedarfsorientierter Bauunterhalt zur Instandsetzung der bestehenden Hochschulinfrastruktur.
- Nutzungsanpassungen für Neuberufungen in Bremen und Bremerhaven.
- Sanierung und Modernisierung „Lehr- und Forschungsgebäude für Schiffbau und Bionik“ an der Hochschule Bremen.
- Forschungsneubau „Zentrum für Tiefseeforschung“ an der Universität.
- Forschungsbau „Gerätezentrum für Materialwissenschaften“ an der Universität (NW2 B).
- Sanierung und Modernisierung der „Naturwissenschaften Biologie“ an der Universität (NW2 A als Laborbau).
- Zusammenführen von Lehre und Forschung an den Hochschulstandorten Bremerhaven und Bremen, räumliche Arrondierung an den jeweiligen Standorten.
- Sanierung der HfK sowie Schaffung von Ausstellungsmöglichkeiten in der Innenstadt.
- Erschließung des Wissenschaftsgebiets in Bremerhaven in Richtung Geeste und weiter südlich in das zu entwickelnde „Wertquartier“.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 11

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Nachhaltige Mobilitätskonzepte, lebenswerte Städte

Mobilität verändert sich. Bremen und Bremerhaven brauchen daher zukunftsfähige Verkehrskonzepte, die auch regional eingebunden sind. Ziel ist es, den Verkehr so effizient, sicher, stadt- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten, um ein hohes Maß an Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen. Die Wirtschaft braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, insbesondere muss die gute Erreichbarkeit der bremischen Häfen gesichert werden.



LEISTUNGSFÄHIGE VERKEHRSINFRASTRUKTUR NACHHALTIGE MOBILITÄTSKONZEPTE, LEBENSWERTE STÄDTE

Die Straßenbahn verbindet den Flughafen in wenigen Minuten mit der Innenstadt.

LEISTUNGSFÄHIGE VERKEHRSINFRASTRUKTUR NACHHALTIGE MOBILITÄTSKONZEPTE, LEBENSWERTE STÄDTE

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Bremen 2025 liegt für die Stadtgemeinde Bremen mit dem Zeithorizont 2025 eine strategische Weichenstellung für den nichtmotorisierten und motorisierten Verkehr auf Straße und Schiene, zum Personen- und Gütertransport und für alle Verkehrszwecke vor. Das VEP-Handlungskonzept ist Basis für den personellen und finanziellen Ressourceneinsatz bei Planung, Bau und Betrieb der dort beschlossenen 193 Maßnahmen. Für die Stadtgemeinde Bremerhaven wird zurzeit der VEP Bremerhaven 2030 erarbeitet, der dann ebenfalls als strategische Basis für den zukünftigen Um- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur dient.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist neben den Verkehrsentwicklungsplänen auch der zeitlich auf fünf Jahre ausgerichtete Nahverkehrsplan des Zweckverband Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (ZVBN) für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven von Bedeutung. Auf Landesebene bietet der 2015 beschlossene SPNV-Plan eine verlässliche Grundlage für den Ausbau des Angebots des Schienenpersonenverkehrs hinsichtlich der Taktfolge, der Linienverläufe und zusätzlicher Bahnhaltepunkte. Der Ende 2016 inklusive der entsprechenden Ausbaugesetze beschlossene Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 ist im Land Bremen das maßgebliche Planwerk für den Ausbau der Bundesfernstraßen, Bundeseisenbahnen und Bundeswasserstraßen. Aufbauend auf diesen Grundlagen sind die folgenden Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung:

Verkehrsentwicklungsplanung

Im Bereich des stadtreionalen Verkehrs ist für Bremen und Bremerhaven ein regionales Verkehrskonzept zu erstellen, das die Pendler*innenströme unter Beachtung der vorhandenen Rahmenplanungen stadtvträglich und nachhaltig lenkt und den Wirtschafts- und Lebensraum insgesamt attraktiver gestaltet.

ÖPNV

Der ÖPNV ist ein wichtiger Baustein für eine wachsende Stadt. Das Angebot von BSAG und BremerhavenBus ist in Verbindung mit den Schwerpunkten der Stadtentwicklung, sowohl bei Wohn- als auch bei Gewerbeflächen weiter zu entwickeln und an eine veränderte Verkehrsnachfrage anzupassen. Mit den bargeldlosen BOB- und MIA-Karten verfügen Bremen und Bremerhaven über ein modernes Tarifsystem, das auch für Gelegenheitskunden leicht nutzbar ist. In Verbindung mit der Digitalisierung werden die Kommunikation und das Tarifsystem weiterentwickelt, offener und kundenfreundlicher gestaltet. Neue Kundenpotenziale können durch gezieltes Marketing und Angebotsausweitung angesprochen und neu gewonnen werden.

Eisenbahnverkehr

Fast 100 Prozent des Autoexports kommen über die Eisenbahn nach Bremerhaven; im Container-Hinterlandverkehr hat Bremerhaven mit einem Schienenanteil von fast 50 Prozent einen absoluten Spitzenplatz. Die Etablierung der Regio-S-Bahn hat zu deutlichen Fahrgastzuwächsen geführt, jedoch gibt es noch zu wenige Haltepunkte im bremischen Stadtgebiet. Wünschenswerte Taktverdichtungen sind durch die starke Nutzung der Schienenstrecken, vor allem auch durch Güterzüge von und zu den Häfen, nur in Verbindung mit Kapazitätssteigerungen im Bereich des Eisenbahnknotens Bremen möglich. Engpässe bestehen auf vielen Zulaufstrecken im Eisenbahnnetz von/nach Bremen/Bremerhaven.

Fuß- und Radverkehr

Bremen verfügt über einen sehr hohen Radverkehrsanteil im modal-split; 25 Prozent aller täglichen Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. In Bremerhaven beträgt dieser Anteil ca. 17 Prozent. Aber viele Radwege sind zu schmal, sanierungsbedürftig und veränderten Anforderungen nicht gewachsen. Abstellmöglichkeiten für Räder in den Innenstädten und in Stadtteilzentren sollen durch neue Angebote, auch durch Fahrradparkhäuser, ergänzt und neu

geschaffen werden. Enge Straßenräume bieten wenig Raum für breite Gehwege, unwirtliche Straßenräume und hoher Parkdruck in dicht besiedelten Quartieren schränken die Nutzung der öffentlichen Räume ein und mindern die Aufenthaltsqualität.

Verkehrsinfrastruktur

Für den Wirtschaftsstandort Bremen/Bremerhaven bestehen Risiken durch sanierungsbedürftige Brücken als Schlüsselstellen im Straßennetz. Die Aufrechterhaltung leistungsfähiger Hafenanbindungen bei starken und kontinuierlichen Unterhaltungsarbeiten auf Autobahnen und Schienenwegen ist dabei eine besondere Herausforderung.

Bundesfernstraßen

Auf den beiden letzten Bauabschnitten der A281 soll zeitnah mit dem Bau begonnen werden. Im Autobahn- und Bundesstraßennetz gibt es Engpässe, u. a. der Ausbau einiger Abschnitte der A1 und der A27 sowie die Ertüchtigung von Brückenbauwerken sind daher von besonderer Bedeutung für die Region Bremen. In diesem Zusammenhang wurden zum Bau der A20 (Küstenautobahn) in der AG unterschiedliche Auffassungen vertreten; insbesondere die Handelskammer Bremen und weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten an dieser Stelle die besondere Bedeutung dieser Maßnahme.

Für die Transportwirtschaft werden hafennahe Übergabepplätze für Großraum- und Schwertransporte geplant und zur Umsetzung vorbereitet.

Wo wollen wir hin?

Ziel ist es, den Verkehr so effizient, sicher, stadt- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten, um dadurch insgesamt ein Höchstmaß an Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität durch eine hochwertige und intakte Verkehrsinfrastruktur zu erreichen und Bremen und Bremerhaven als Lebens- und Wirtschaftsraum zukunftsfähig zu gestalten: In Bremen und Bremerhaven gibt es ein wegweisendes, nachhaltiges und umweltfreundliches Mobilitätsangebot sowie eine dafür passende moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.

Dieses Oberziel wird in zwei Teilziele differenziert:

- **Nachhaltige, lebenswerte und ressourcenschonende Mobilitätskonzepte entwickeln und umsetzen:** Die Lebensqualität der Städte Bremen und Bremerhaven ist weiter gesteigert worden durch Minimierung des notwendigen Kfz-Verkehrs, durch die Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen, des regionalen Verkehrskonzepts sowie durch Ausbau des ÖPNV-Angebots und der Radverkehrsinfrastruktur.
- **Verkehrsinfrastruktur sowohl in Bremen und Bremerhaven als auch in der gesamten Region leistungsgerecht erhalten und zukunftskompatibel ausbauen:** Bremen und Bremerhaven verfügen über eine intakte Verkehrsinfrastruktur, deren Substanz in einem qualitativ hochwertigen Zustand dauerhaft erhalten wird. Die Verkehrsinfrastruktur im Bereich des Seehafenhinterlandverkehrs, der regionalen und fernverkehrsrelevanten Trassen ist zukunftsfähig und termingerecht um- und ausgebaut worden.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Die Verkehrsentwicklungspläne wurden zeitgerecht umgesetzt und weiterentwickelt.

- Abstimmung, Kommunikation/Beteiligungsprozesse und Umsetzung der Maßnahmen der Verkehrsentwicklungspläne.
- Beteiligung der Bürger*innen und der Verbände.
- Entwicklung innovativer Verkehrssysteme unter Einbindung von Digitalisierungsprojekten und einer Strategie zur Elektromobilität sowie von weiteren innovativen Ansätzen zum Beispiel im Bereich der Citylogistik oder im Radverkehr.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Ein regionales Verkehrskonzept zur optimierten Steuerung des Pendlerverkehrs wurde entwickelt, umgesetzt und fortgeschrieben.

- Entwicklung eines gemeinsamen stadt-regionalen Verkehrskonzepts mit den Bremen und Bremerhaven umgebenden Kreisen und Gemeinden für die Steuerung der Entwicklungsachsen in der Metropolregion Nordwest, auch als Basis für die Fortschreibung der Nahverkehrspläne des ZVBN und für die Beantragung von Fördermitteln.
- Nutzung des Parkraummanagements als Steuerungsinstrument zur Rückgewinnung von Straßenraum zugunsten der Lebensqualität der Menschen und des Umweltverbundes.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Ein gut ausgebauter und mit anderen Mobilitätsformen verknüpfter ÖPNV und SPNV hat eine hohe Bedeutung im Stadt- und Regionalverkehr, sichert die Teilhabe und ist im Umweltverbund Schlüsselfaktor für klimafreundliche und stadtverträgliche Mobilität.

- Umsetzung Maßnahmen SPNV-Plan 2015 und Nahverkehrsplan 2018–2022, unter anderem mit dem Bau neuer und Ausbau bestehender Haltepunkte im SPNV mit verbesserten Verknüpfungen zum ÖPNV und Verdichtung der Zugfolge auf mehreren Achsen.
- Fortschreibung der ÖPNV-Netzkonzeption auf Basis des VEP und Beginn der Planung eines weiteren Ausbaus des Straßenbahn- und Busnetzes in Verbindung mit Maßnahmen der Stadtentwicklung (unter anderem in der Gartenstadt Werdersee, Gewerbecamp Hansalinie, Überseestadt, Rennbahnquartier, Vorderes Woltmershausen).
- Planung und Umsetzung des Ausbaus im Straßenbahnnetz auf Basis des VEP-Handlungskonzepts.
- Identifizierung und Umsetzung von Ausbaumaßnahmen im ÖPNV mit dem Ziel der Reisezeitverkürzung (Busbeschleunigung).
- Komplett barrierefreier Umbau aller ÖPNV-Haltestellen.
- Konkretisierung und Umsetzung von Schlüsselmaßnahmen aus dem „Masterplan Green City“.
- Schaffung einfacher und attraktiver Tarifangebote mit integrierter Buchung alternativer Mobilitätsformen wie On-Demand-Verkehren, E-Car- und E-Bike-Sharing.
- Umstellung der Busse auf emissions- und schadstofffreie Antriebsarten.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Die städtischen und regionalen Radwegenetze sind nachhaltig sowie bedarfsgerecht ausgebaut und bieten eine hohe Qualität.

- Umsetzung der Maßnahmen zum „Radverkehr“ des VEP-Handlungskonzepts in Bremen.
- Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Radverkehrskonzeptes Bremerhaven.
- Umsetzung des regionalen Radroutenkonzepts, Bau regionaler Radschnellwege.
- Sicherheit und Attraktivität des Radverkehrs steigern durch verbesserte Ampelschaltungen und breitere, möglichst eigenständige Radverkehrsanlagen, wo möglich durch eigenständige Spuren auf der Fahrbahn.
- Nutzung von Lastenfahrrädern und Pedelects privat und beruflich fördern und Radverkehrsinfrastruktur diesen Anforderungen anpassen, unter anderem durch gute und sichere Abstellmöglichkeiten.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Integrierte Nahmobilitätskonzepte fördern, in den Stadtteilen die nichtmotorisierte und umweltgerechte Mobilität und somit die Attraktivität der Quartiere.

- Schaffung attraktiver und barrierefreier Fußwegverbindungen.
- Konkretisierung und Umsetzung des Verkehrssicherheitskonzepts.
- Bessere Ampelschaltungen für Fußgänger*innen, besonders in den Innenstädten und in den Stadtteilen, und mehr sichere Querungshilfen, zum Beispiel durch mehr Zebrastreifen.
- Parkraumbewirtschaftung in Quartieren mit hohem Parkdruck.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 6: Der Sanierungsstau in der kommunalen Verkehrsinfrastruktur ist abgebaut – der Zustand von Straßen, Gleisanlagen, Nebenanlagen und Brücken in Bremen und Bremerhaven ist gut, bedarfsgerecht und stadtverträglich.

- Erarbeitung und Beschlussfassung des Konzepts zur Sanierung und Anpassung der Verkehrsinfrastruktur.
- Nachfolgelösung für die Entflechtungsmittel.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 7: Die für Bremen und Bremerhaven als Hafenhinterlandanbindungen sind bedarfsgerecht ausgebaut und werden kontinuierlich angepasst. Der Status als Eisenbahnhäfen ist dank eines besonderen Investitions- und Ausbaueingagements weiter gestärkt mit einem Anteil von deutlich mehr als 50 Prozent am Zu- und Ablauf der Güterströme.

- Umsetzung der für Bremen relevanten BVWP 2030-Maßnahmen mit einer klaren Strategie für die Erreichbarkeit der bremischen Häfen in enger Zusammenarbeit mit Niedersachsen, dem Bund, der DB sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf Grundlage der beschlossenen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang wurden zur Vertiefung der Außenweser in der AG unterschiedliche Auffassungen vertreten; insbesondere die Handelskammer Bremen und weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten an dieser Stelle die besondere Bedeutung dieser Maßnahme.
- Ausbau und Elektrifizierung der EVB-Strecke Rotenburg-Bremervörde-Bremerhaven.
- Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen im Seehafenhinterlandverkehr durch die DB Netz und Etablierung eines Folgeprogramms.
- Besserer Schutz gegen Einwirkungen bei Extremwetterlagen.
- Umsetzung des Alpha-E Konzepts im BVWP 2030-Teil Schiene mit Kapazitätssteigerungen im Seehafenhinterlandverkehr für Bremen und Bremerhaven im Raum Hannover-Hamburg-Bremerhaven-Bremen.
- Sicherung und Ausbau der straßengebundenen Infrastruktur.
- Sanierungen von Bahnüberführungen (u. a. Cherbourger Straße BHV, Zeppelin-Tunnel Bremen).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 8: Ein leistungsfähiges und zukunftsfähiges Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz für den Güter- und Personenverkehr entspricht den Anforderungen von Bewohner*innen und Beschäftigten, Industrie, Handel und Logistik sowie postfossilen Antriebs- und digitalen Verkehrssystemen. Der City-Airport gewährleistet die nationale und internationale Erreichbarkeit Bremens. Bremerhaven verfügt über eine attraktive Schienenanbindung an den Personenfernverkehr.

- Baustellenmanagement zur Sicherung der Kapazitäten im Verkehrssystem in Verbindung mit der fortschreitenden Sanierung der Straßen und Brücken.
- Ringschluss der A281.
- Ersatzneubau der A1 Weserbrücke.
- Ersatzneubau der B75 Stephanibrücke.
- Umsetzung des regionalen Verkehrsprojektes der Verlängerung der Theodor-Barth-Straße einschließlich der Errichtung eines weiteren Autobahnanschlusses an die A27 in enger Kooperation mit der Stadt Achim.

- Integrative Erarbeitung eines leistungsfähigen und zukunftsfähigen Verkehrssystems unter Berücksichtigung aller Verkehrsarten als auch des ruhenden Verkehrs bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere (Rennbahnquartier, Vorderes Woltmershausen) und bei der Weiterentwicklung bestehender Stadträume (Innenstadt, Überseestadt).
- City Logistik, Micro-Hubs zur Entlastung der Straßeninfrastruktur, Umstellung auf E-Mobilität und Einsatz von Lastenrädern zur quartiersinternen Feinverteilung.
- Entwicklung neuer Gebiete und Ausbau der leistungsfähigen Anbindung, wie zum Beispiel die Errichtung einer weiteren Autobahnanbindung im Zuge der kurzen Wege bei der weiteren Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie.
- Kapazitätssteigerung durch Ausbau des Eisenbahnknotens Bremen, damit Bremerhaven über eine attraktive Schienenanbindung an den Personenfernverkehr verfügt. Prüfung einer Verlegung der Oldenburger Kurve zur Optimierung der Hafenhinterlandanbindung sowie des Eisenbahnknotens und als Voraussetzung für die städtebauliche Entwicklung des Güterbahnhofgeländes.
- Umsetzung der für Bremen relevanten BVWP 2030-Maßnahmen mit einer klaren Strategie für die Erreichbarkeit der bremischen Häfen in enger Zusammenarbeit mit Niedersachsen, dem Bund, der DB sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf Grundlage der beschlossenen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang wurden zur Vertiefung der Außenweser in der AG unterschiedliche Auffassungen vertreten; insbesondere die Handelskammer Bremen und weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten an dieser Stelle die besondere Bedeutung dieser Maßnahme.
- Umsetzung Verkehrskonzept Überseestadt.
- Erarbeitung einer Strategie für die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen, insbesondere mit Ladeinfrastruktur für E-Mobilität.
- Ziele der Stadt- und Verkehrsentwicklung als Anforderungen an autonomes Fahren definieren und begleiten.



Der Radverkehr macht einen immer höheren Anteil aus, gerade bei Jugendlichen.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 12

Zwei starke Standorte

Attraktive Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen

Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen sind wesentlich für das Wachstum der Standorte Bremen und Bremerhaven. Mit den Innovationsclustern Luft- und Raumfahrt, Automobilbau, Windenergie sowie maritime Wirtschaft und Logistik sind in beiden Städten Schlüsselbranchen für Wachstum und Beschäftigung angesiedelt. Die Dienstleistungsbranchen und das Handwerk tragen ebenfalls maßgeblich zur wirtschaftlichen Stärke bei. Mit einer leistungsfähigen Wirtschafts-, Hafen- und Verkehrsinfrastruktur sollen beide Städte auch künftig attraktiv für Arbeitskräfte und Investoren sein.



ZWEI STARKE STANDORTE
 ATTRAKTIVE ARBEITSPLÄTZE IN ALLEN
 WIRTSCHAFTSBEREICHEN

12

Auf dem Gelände von Acelor Mittal wird der Läufer für eine Niederdruckturbine eingesetzt.

ZWEI STARKE STANDORTE

ATTRAKTIVE ARBEITSPLÄTZE IN ALLEN WIRTSCHAFTSBEREICHEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ist eines der zentralen Handlungsfelder für das Wachstum der Standorte Bremen und Bremerhaven. Die Investitions- und Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes zielt auf die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen, um die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft anzuregen. Die relevanten Infrastrukturfelder Gewerbeflächen, Verkehrerschließung, Häfen, städtebauliche Attraktivität, oberzentrale und überregional ausstrahlende Einrichtungen, Forschung und Entwicklung weisen einen teilweise guten Standard auf, der jedoch kontinuierlich verbessert werden muss, auch durch neue Infrastruktur.

Die Häfen haben ebenso wie die Gewerbestandorte in Bremen und Bremerhaven eine ökonomische Schlüsselrolle für das Land Bremen. Mit den Innovationsclustern Luft- und Raumfahrt, Windenergie, Automobilbau und Schiffbau sowie international bedeutenden Logistikdienstleistern befinden sich an den Standorten Bremen und Bremerhaven Schlüsselbranchen für weiteres Wachstum und Beschäftigung. Die Dienstleistungsbranchen sorgen für ständigen Beschäftigungsanstieg; das gilt auch für den sogenannten dritten Sektor, besonders im Non-Profit-Bereich. Handwerk ist eine tragende Säule der bremischen Wirtschaft und trägt nicht zuletzt mit einer Ausbildungsquote von über zehn Prozent maßgeblich zur wirtschaftlichen Stärke Bremens und Bremerhavens bei.

Im Tourismus haben die Städte Bremen und Bremerhaven in den vergangenen Jahren eine sehr erfolgreiche Position eingenommen, nicht zuletzt, weil die Innenstädte und Stadtteilzentren an Attraktivität gewonnen haben.

Die Stärkung, Modernisierung und Profilierung der Wirtschaftsstandorte steht in engem Zusammenhang mit dem Ausbau des Hochschul- und Wissenschaftsangebots als Standortfaktor. Dadurch wurden qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in technologieorientierten Clustern geschaffen und Studierende und qualifizierte Arbeitskräfte für die beiden Städte des Landes gewonnen.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur stellt eine wesentliche Basis für eine funktionierende Stadt dar.

Wo wollen wir hin?

Bremen soll seine Position unter den wirtschafts-stärksten deutschen Standorten weiter ausbauen. Bremerhaven festigt und stärkt seine Position unter den führenden Standorten der maritimen Wirtschaft. Dazu ist es erforderlich, die Wachstumspotenziale der Zukunfts- und Innovationsbranchen zu nutzen, um den strukturellen Wandel zu einer stärker wissensgeprägten Gesellschaft zu gestalten.

Die Städte Bremen und Bremerhaven sollen auch künftig attraktive Arbeitsorte mit einer optimierten Wirtschafts-, Hafen- und Verkehrsinfrastruktur sein, die private Investitionen auf sich lenken. Ziel ist es, durch gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und städtische Lebensqualität attraktiv zu sein für qualifizierte Arbeitskräfte, die in Bremen und Bremerhaven arbeiten, leben und wohnen. Fachkräfteentwicklung und -gewinnung sind daher ebenso wie Qualifizierungspolitik zentrale Anliegen der Standortpolitik. Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz leisten ebenfalls wesentliche Beiträge zur Qualität des Wirtschafts- und Wohnstandortes Bremen/Bremerhaven.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: Ausbau der Schlüsselrolle der bremischen Häfen im internationalen Wettbewerb und Entwicklung Bremerhavens zu einem bedeutenden Kreuzfahrthafen.

- Sicherstellung eines langfristigen Investitionsprogramms zur Instandhaltung und Erneuerung der vorhandenen Kajenbauwerke. Rationalisierung der Planungs-, Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren.
- Bedarfsgerechte Fortsetzung der Investitionen in die Hafeneisenbahn.
- Umsetzung der für Bremen relevanten BVWP 2030-Maßnahmen mit einer klaren Strategie für die Erreichbarkeit der bremischen Häfen in enger Zusammenarbeit mit Niedersachsen, dem Bund, der DB sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf Grundlage der beschlossenen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang wurden zur Vertiefung der Außenweser in der AG unterschiedliche Auffassungen vertreten; insbesondere die Handelskammer Bremen und weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten an dieser Stelle die besondere Bedeutung dieser Maßnahme.
- Entwicklung und Realisierung neuer Hafenaareale mit dem Ziel der Erweiterung hafengewirtschaftlicher Nutzungen.
- Fortsetzung der Greenports-Strategie mit dem Ziel einer weiteren Absenkung der CO₂-Emissionen, zum Beispiel durch die umweltfreundliche Energieversorgung der Schiffs Liegeplätze.
- Langfristige Sicherung von Erweiterungsflächen für den Fischereihafen Bremerhaven, insbesondere Ausbau der Zufahrt zum Fischereihafen/Geestemole, Bau der Westkaje Labradorhafen sowie Erschließung der ehemaligen Fläche des Flughafens Luneort.
- Kontinuierliche Digitalisierungsprozesse in den Häfen mit dem Ziel der Entwicklung eines Innovations- und Digitalisierungshubs Bremische Häfen, zum Beispiel durch Etablierung von Waren- und Transportbehälter-Tracking zur Verkürzung der Verweildauer der Einheiten im Hafen oder auch durch eine vorausschauende Qualifizierungspolitik.
- Entwicklung des Kreuzfahrtterminals zu einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort für Kreuzfahrer, u. a. durch den Neubau der Columbuskaje sowie die Neugestaltung der Columbusinsel.
- Für die Realisierung der Energiewende ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien zu forcieren. Daran wird die Offshore-Windenergie einen maßgeblichen Anteil haben. Das in Bremerhaven bereits etablierte Produktions-, Entwicklungs- und Logistikcluster im südlichen Fischereihafen wird auf Grundlage der beschlossenen Maßnahmen durch den Bau der für einen möglichst restriktionsfreien Zugang zum seeschifftiefen Wasser erforderlichen Hafeninfrastruktur ergänzt, um den Ausbau der Offshore-Windenergie zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang wurden zum Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) in der AG unterschiedliche Auffassungen vertreten; insbesondere die Handelskammer Bremen und weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten an dieser Stelle die besondere Bedeutung dieser Maßnahme.
- Erneuerung der Drehbrücke an der Nordschleuse Bremerhaven.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Zukunftsfähige Weiterentwicklung der Industriecluster und Identifizierung neuer Zukunfts- und Innovationsbranchen: das Land Bremen gehört europaweit zu den führenden Standorten im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnologie und des Satellitenbaus, Entwicklung und Herstellung von Automobilen sowie im Schiffbau mit unterschiedlichen Antriebstechnologien, im Bereich der Erneuerbaren Energien sowie bei Logistikdienstleistungen.

- Einrichtung eines Entwicklungs- und Erprobungszentrums „autonomes Fliegen“.
- Weiterführung des ESA BIC (European Space Agency Business Incubator).
- Ausbau des EcoMaT zum norddeutschen Zentrum für innovative Materialentwicklung, u. a. durch ein Virtual Product House (VPH). Beteiligung des Mercedes-Benz-Werkes im Kontext EcoMaT.
- Weitere Kompetenzentwicklung im Bereich 3D-Druck.
- Weitere Umsetzung der Digitalstrategie „smart-digital-mobil“ und enge Zusammenarbeit bei Pilotprojekten, zum Beispiel für autonomes Fahren.

- Ausrichtung von Kongressen und (Groß-)Veranstaltungen zu Trendthemen wie E- und H2-Mobility und Autonomes Fahren in Bremen und Bremerhaven.
- Entwicklung eines Gründerzentrums im Gewerbegebiet „LuneDelta“ als Keimzelle für Start-ups in den Bereichen power to gas, Sektorenkopplung und neue Mobilitätstechnologien mit entsprechender Infrastruktur vor Ort.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Eine aktive Bodenpolitik hat dazu beigetragen, attraktive, an das überregionale Verkehrsnetz gut angebundene und gut ausgestattete Gewerbeflächen bereitzustellen. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist anforderungs- und nachfragegerecht. Flächenvermarktung zielt auf eine hohe Arbeitsplatzdichte und fokussiert Branchen mit hoher Wertschöpfung und guten Einkommensstrukturen.

- Weiterentwicklung von Dienstleistungsstandorten und clusterorientierten Kompetenzbereichen.
- Identifikation von Potenzialflächen und kontinuierliche Entwicklung neuer gewerblicher Flächen; Abstimmung mit der Entwicklung des STEP Wohnen und des Kleingartenentwicklungsplans.
- Erweiterung/Weiterentwicklung insbesondere der Schwerpunktprojekte Airport-Stadt, Technologie-Park Universität, Bremer Industrie-Park, Überseestadt, Güterverkehrszentrum, zentrennahe Entwicklung im Bremer-Westen, Vorderes Woltmershausen; Prüfung von Möglichkeiten für gewerbliche Bauflächen im Umfeld des Flughafens.
- Entwicklung gemischt genutzter Quartiere, zum Beispiel in Woltmershausen im Bereich „Urbane Produktion“.
- Erarbeitung eines Konzepts zur strategischen Flächenbevorratung inklusive Finanzierungsmodell für eine stärkere Steuerung und Schwerpunktsetzung einer gemeinwohlorientierten, sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung.
- Ankauf und Entwicklung von strategisch bedeutsamen Flächen (zum Beispiel in Bremen in den Bereichen Scharnhorst-Kaserne, Norddeutsche Steingut, Bahnhofsvorstadt/Güterbahnhof, Könecke/Coca-Cola, Hemelinger Bahnhofstraße, Blumenthal; Bremerhaven: Stadtquartier Rudloffstraße, Werftquartier).
- Prüfung diversifizierter Bodenrechtsmodelle, zum Beispiel Erbbaurechte, Rück-/Vor- und Wiederkaufsrechte.
- Ertüchtigung aller erforderlichen Breitband-Anschlusspunkte zur Steigerung der Breitbandleistung durch private Netzbetreiber.
- Gewerbliche Erschließung der Gewerbeerbauerfläche Luneplate in Bremerhaven.
- Entwicklung einer Strategie für kleinteilige Gewerbegebiete in Bremerhaven und Bremen (Potenziale identifizieren, Erschließungskonzepte entwickeln, Flächenausweisung, Umsetzung der Erschließung).
- Fortführung der gewerblichen Erschließung des Fischereihafen West und im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Luneort.
- Bedarfsorientierter Ausbau der Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur in den bestehenden Gewerbegebieten Bremerhavens (zum Beispiel im Bereich LogInPort, Grauwallring, Luneort).
- Erschließung von Gewerbeflächen nordöstlich der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven.
- Weiterentwicklung der Überseestadt, insbesondere durch den südlichen Europahafen.
- Entwicklung des Güterbahnhofs als neuer innenstadtnaher Dienstleistungsstandort, unter Einbindung der vorhandenen künstlerisch, kulturell und kreativwirtschaftlichen Einzelunternehmen, Gemeinschaftsprojekten und Wohnnutzungen.
- Interkommunale Entwicklung und Vermarktung des Kraftbandes A1 (Gewerbepark Hansalinie und Gewerbegebiet Achim-West).
- Weiterentwicklung des Gewerbeparks Hansalinie mit 2. Anschluss an die A1.
- Erschließung eines Gewerbegebietes „LuneDelta“ auf der Luneplate Bremerhaven und Bau eines Gründer- und Gewerbezentrums für Unternehmen aus dem Bereich der „Green Economy“ unter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien als überregional wahrnehmbare Vorzeigeprojekte.
- Erschließung eines urbanen Mischgebietes mit den Nutzungen Wohnen, Wissenschaft und Dienstleistungen im Umfeld der ehemaligen SSW-Werft (Werftquartier) in Bremerhaven.
- Erschließung eines urbanen Mischgebietes mit den Nutzungen Wohnen und Dienstleistungen im Bereich der Rudloffstraße in Bremerhaven.

- Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete für Bremerhaven.

Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Der Wirtschaftsstandort Land Bremen ist gekennzeichnet durch eine diversifizierte Dienstleistungsstruktur. Die verschiedenen Dienstleistungsbranchen werden hinsichtlich ihres Bedarfs und ihrer Potenziale optimal unterstützt. Da besonders die wissensintensiven Branchen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts entscheidend sind, liegt ein wirtschaftspolitischer Fokus auf Wachstumsbranchen wie IT und Gesundheit. Zudem wird die zunehmende Bedeutung des sogenannten Dritten Sektors aktiv unterstützt und an Bedeutung gewonnen haben.

- Weitere Stärkung von Start-ups sowie der Gründer- und Kreativszene.
- Unterstützung von Unternehmen bei der Stärkung der Arbeitgebermarke.
- Gemeinsame Entwicklung einer Standortmarke.
- Vorausschauende Unterstützung bei der Fachkräftesicherung und -entwicklung im Dienstleistungssektor.
- Vorhandene Ansätze zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden zu einer Gesamtstrategie verbunden.
- Aufbau von Digital Hubs und Creative Hubs in Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft.
- Gezielte Unterstützung der Wachstumspotenziale weiterer Dienstleistungsbranchen, wie IT oder Gesundheitswirtschaft.
- Entwicklung von hochwertigen Büroflächen für die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen im Bereich des Entwicklungsgebietes Rudloffstraße in Bremerhaven.
- Entwicklung der nördlichen Innenstadt Bremerhavens.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Bremerhaven ist Kompetenz-Zentrum der On- und Offshore-Windenergie, der Green Economy sowie der Fisch- und Lebensmittelindustrie.

- Weiterer Ausbau des Produktions-, Entwicklungs- und Logistikclusters im Bereich der Windenergie.
- Flächenerschließungen im Bereich des ehemaligen Flugplatzes und der Luneplate, Etablierung Green Economy.
- Akquisition von Unternehmen, insbesondere Zulieferern und Firmen aus dem Bereich der Meeresenergie und der Green Economy.
- Umsetzung eines städtebaulichen Masterplans „Entwicklung Fischereihafen I/Seebeck/Klußmannstraße“.
- Unterstützung der Lebensmittelbranche bei der Anpassung an Markttendenzen (demografische Entwicklung, Klimaschutz, Regionalität etc.).
- Etablierung eines Food Start-up Lab im Fischereihafen.
- Unterstützung der KMU, insbesondere auch bei Zertifizierungen.
- Stärkere Verbindung und Vernetzung zwischen dem Technologie Transfer Zentrum (ttz) und der Hochschule Bremerhaven gerade im Bereich der Lebensmitteltechnologie und Lebensmittelverfahrenstechnik sowie der Verfahrenstechnik.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 6: Bremerhaven behauptet sich als starker Standort der maritimen Wirtschaft und der Logistikwirtschaft im überregionalen Wettbewerb. Die maritim basierte Forschung und Entwicklung in Bremerhaven hat eine führende Position durch die Erfolge der wissenschaftlichen Einrichtungen, besonders der Hochschule Bremerhaven und des Alfred Wegener Instituts (AWI), des Fraunhofer IWES, des Thünen Instituts, des DLR-Instituts für den Schutz maritimer Infrastrukturen und des Deutschen Schifffahrtsmuseums (DSM) erreicht.

- Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen zur Stärkung der maritim basierten Forschungs- und Entwicklungslandschaft Bremerhavens. Verstärkte Einbindung der regionalen Wirtschaftsakteure als Projektpartner*innen, Transferstrategien der Hochschule optimieren, Erweiterung des ttz.
- Einbeziehung des AWI bei städtebaulichen Planungen im Erweiterungsbereich; Flächen sichern für räumliche Expansion.

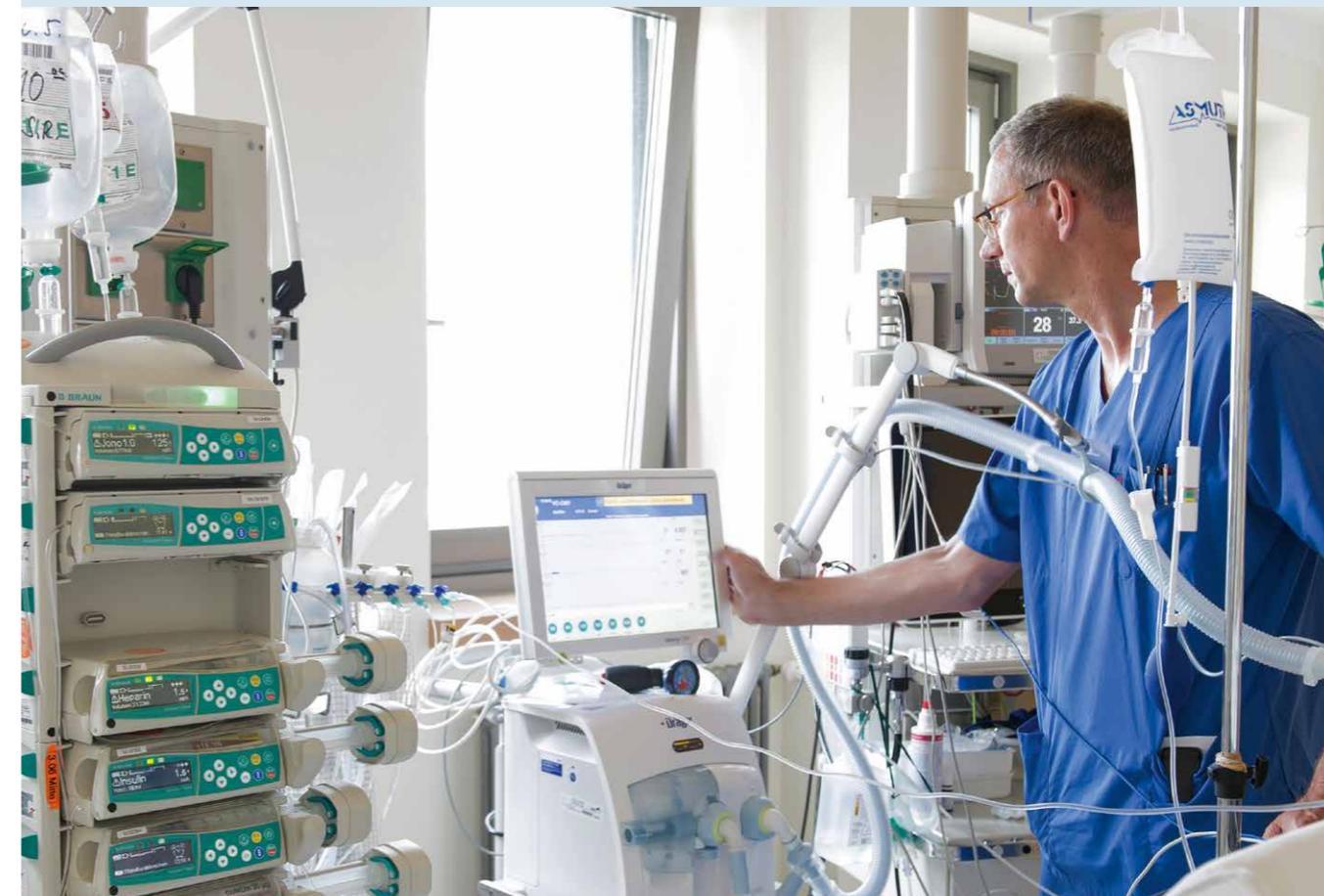
- Etablierung einer Forschungspier am Werfthafen.
- Stärkere Einbindung der Expeditions- und Forschungsergebnisse des AWI in das touristische Angebot Bremerhavens.
- Weiterer Ausbau und Stärkung des Werftstandortes Bremerhaven und Etablierung im Bereich Spezial- und Kreuzfahrtschiffbau.
- Umsetzung des im Rahmen des Nationalen Masterplans Maritime Technologien entwickelten Demonstrators „Sicherheit in der Deutschen Bucht“ unter Einbindung des neuen DLR-Instituts in Bremerhaven.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 7: Durch öffentliche und private Investitionen sowie überregional bedeutsame Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongresse sowie ein Marketing, das den Tourismusstandort national und international gut positioniert, haben Bremen und Bremerhaven ein positives Image als Arbeits-, Wirtschafts- und Wohnstandort entwickelt. Als Zentrum des maritimen Städtetourismus ist es Bremerhaven gelungen, sein Profil überregional zu schärfen.

- Neubau der Columbuskaje bei Sicherung des dauerhaft, leistungsfähigen Betriebes.
- Umsetzung der Landestourismusstrategie und kommunalen Tourismusstrategie.
- Ausweitung des Marketings und der Veranstaltungsförderung.
- Erstellung eines strategischen Marketingplans.
- Ausarbeitung einer profilthemenübergreifenden Veranstaltungsplanung.
- Aufbau eines Tourismusnetzwerkes.
- Entwicklung der Tourismusmarke & Markenleitbild.
- Aufbau eines Controllingsystems „Marktforschung & Monitoring“.
- Weiterentwicklung der Profile Bremerhavens in den Bereichen „Edutainment“, „Fischerlebnis“ und „Hafenerlebnis“.
- Weiterentwicklung der Phänomenta zu einem „Kulinarik-Erlebniscenter“.
- Einrichtung einer MICE-Kompetenz-/Koordinierungsstelle.
- Entwicklung eines Besucherinformations- & Leitsystems.
- Regelmäßige Aktualisierung und Ergänzung der touristischen Einrichtungen und Angebote.
- Maßnahmen, um die Innenstadt attraktiver zu machen.
- Bedarfsgerechter Kapazitätsausbau der Hotelbetten.
- Neubau eines Cruise-Towers in Verbindung mit dem bestehenden Terminal unter Einbindung privater Investoren, Schaffung einer attraktiven Verbindung zwischen Terminal und Innenstadt, Weiterentwicklung des Hauptbahnhofs zum Cruise-Bahnhof.
- Absicherung der Sail Bremerhaven nach 2020.
- Ausbau des Deutschen Auswanderer Hauses (DAH) zu einem nationalen Forschungsmuseum „Migration“.
- Erweiterung des Klimahauses um den Bereich „Extremwetter“.
- Erweiterung des Zoos um den Bereich „Abenteuer Evolution“.
- Neugestaltung der nördlichen Innenstadt (Finanzamt, Eulenhof, Geestbank).
- Attraktivere Gestaltung der Weserpromenade.
- Unter dem Begriff „PortCenter“ attraktivere Gestaltung des Alten Hafens mitsamt seinen Museumsschiffen (gemeinsam mit dem Deutschen Schifffahrtsmuseum).

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 8: Bremen und Bremerhaven haben einen vielfältigen handwerklichen Sektor mit innovativen und wirtschaftlich erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als Beschäftigungsmotor und gut ausgebildete Fachkräfte.

- Schaffung eines positiven Investitionsklimas für KMU des Handwerks in Hinsicht auf Betriebe, Technologien und Aus- und Weiterbildung.
- Schaffung von Chancengleichheit für Handwerksunternehmen aus dem Bundesland Bremen und denen aus den umliegenden Kommunen.
- Investitionen in die Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur nachhaltigen Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Begegnung des demografischen Wandels.
- Verbrauchernahe Bereitstellung von gut erschlossenen Gewerbeflächen für die Bremer und Bremerhavener Handwerksbetriebe.
- Ausbau der Handwerksförderung und Stärkung der Betriebe des Handwerks bei wirtschaftlichen, technologischen wie digitalen Innovationen.
- Unterstützung von Existenzgründungen und Diversifikation sowie Innovation bestehender Geschäftsmodelle. Positives Klima für Betriebsnachfolge erzeugen.



Arbeitsplatz im Bremer St. Joseph-Stift.

13 HANDLUNGSFELDER

- 1 | Chancengerechtes Bildungssystem | 2 | Exzellente Qualität in Studium und Ausbildung
 3 | Aktive Arbeitsmarktpolitik | 4 | Integration gemeinsam gestalten
 5 | Gute und bezahlbare Wohnungen | 6 | Lebenswerte Quartiere
 7 | Lebendige Innenstädte | 8 | Digitalisierung nutzen | 9 | Attraktiver Wirtschaftsstandort
 10 | Exzellente Wissenschaft | 11 | Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 12 | Zwei starke Standorte | 13 | Nachhaltige Städte

HANDLUNGSFELD 13

Nachhaltige Städte

Dem Klimawandel aktiv begegnen,
 Klima und Ressourcen schützen

Klimaschutz ist eine herausragende Daueraufgabe. Immer häufiger auftretender Starkregen, aber auch längere Trockenheitsperioden sind Ausdruck davon, dass der Klimawandel längst begonnen hat. Die Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel, die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie die Förderung innovativer Umwelttechnologien stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die Lebensqualität seiner Bewohner*innen. Beiträge dazu sind die Verbesserung der Boden-, Wasser- und Luftqualität sowie der Ausbau alternativer Mobilitätsformen.



NACHHALTIGE STÄDTE
 DEM KLIMAWANDEL AKTIV BEGEGNEN,
 KLIMA UND RESSOURCEN SCHÜTZEN

Das Weserstadion: Hier wird nicht nur Spitzfußball gespielt, sondern auch mit Photovoltaik Strom erzeugt. Das spart rund 500 Tonnen CO₂ pro Jahr.

13

NACHHALTIGE STÄDTE

DEM KLIMA AKTIV BEGEGNEN, KLIMA UND RESSOURCEN SCHÜTZEN

Wo stehen wir in diesem Handlungsfeld?

Bremen und Bremerhaven sind lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, nicht nur in den Stadtquartieren. Viele Ziele in den beiden Städten sind umweltfreundlich zu erreichen. Bremen ist eine grüne Stadt mit vielen Naherholungsmöglichkeiten, Bremerhaven hat dagegen Nachholbedarf an weiteren Park- und Grünanlagen und der Begrünung der Straßenräume.

Neben einigen Stadtquartieren, die durchaus als „ruhige Gebiete“ zu bezeichnen sind, wohnen viele Bürger*innen an stark befahrenen Straßen, sind durch verschiedene Lärmquellen beeinträchtigt und die Luftqualität lässt besonders bei hohem Verkehrsaufkommen oder bei bestimmten Wetterlagen zu wünschen übrig. Durch die altindustrielle Nutzung gibt es bis heute eine Vielzahl von Grundwasser- und Bodenverunreinigungen in Bremen und Bremerhaven. Im Hinblick auf die begrenzt zur Verfügung stehende Ressource Boden gilt es, angesichts des konstant hohen Bedarfs an Wohn- und Gewerbeflächen, intelligente Lösungen zu entwickeln.

Zur Vorsorge gegen Sturmfluten und Hochwasser brauchen wir einen Generalplan Küstenschutz, Infrastruktur und Gebäude müssen vor Starkregenereignissen geschützt werden. Immer häufiger auftretender Starkregen, aber auch längere Trockenheitsperioden können langfristig den Grundwasserspiegel verändern. Der Erhalt auf Holzpfählen gegründeter Altbauviertel könnte dadurch gefährdet sein.

Klimaschutz ist eine herausragende Daueraufgabe. Die Erneuerbaren Energien wurden erheblich ausgebaut. Allerdings ist der Primärenergieverbrauch seit 1990 trotz aller Effizienzmaßnahmen unter anderem durch einen spürbaren Wirtschaftsaufschwung und eine ausgeweitete Produktion gestiegen. Die Einsparbilanz reicht daher bei weitem nicht aus, um das Ziel von minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Wo wollen wir hin?

Ressourcen- und Energieeffizienz, die Förderung von innovativen Umwelttechnologien stärken die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität. Das Land Bremen hat die Erneuerbaren Energien massiv ausgebaut und gleichzeitig den Klimaschutz und die Wirtschaft bedeutend gestärkt. Die Verbesserung der Boden-, Wasser- und Luftqualität wie auch der Ausbau alternativer Mobilitätsformen machen die beiden Städte leiser und sauberer; Pendlerverkehr wird mit dem ÖPNV abgewickelt. Damit hat sich auch die soziale Umweltgerechtigkeit erhöht, denn in leiseren Städten mit sauberer Luft kann auch an größeren Straßen gut gewohnt werden. Bremerhaven wandelt sich von einer autogerechten Stadt zu einer Kommune, die die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer*innen – auch derjenigen, die zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren – ausgewogen berücksichtigt. Bremerhaven hat ein städtebauliches Leitbild und wird als Grüne Stadt attraktiver für Bewohner*innen und Tourist*innen.

Der Flächenverbrauch ist deutlich zurückgegangen. Viele Bestandsimmobilien sind saniert worden. Entsiegelungsmaßnahmen, Dachflächenbegrünung und Versickerungsareale bieten neue Flächen und Räume für dichte Quartiere. Neubauquartiere werden mit einem neuen Gesamtblick klimaschonend und klimaresilient geplant und realisiert.

Die Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum- und Lebensstil wird durch eine frühzeitige und lebenslange Umweltbildung sowie die Stärkung des Ehrenamtes gefördert. Die Verwaltung übernimmt mit ökologischer öffentlicher Beschaffung und biologischer öffentlicher Verpflegung eine Vorbildfunktion.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?

Für Bremen und Bremerhaven

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 1: In Bremen und Bremerhaven sind relevante Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel umgesetzt worden.

Stadtgemeinde Bremen:

- Wassersensibles Erschließungskonzept Gartenstadt Werdersee als Pilot für weitere klimasensible Neubau- bzw. Konversionsgebiete.
- Klimawandelangepasste Umgestaltung der Münchener Straße als Basis künftiger Straßenraumgestaltungen.
- Auskunfts- und Informationssystem Starkregenvorsorge (AIS).
- Umsetzung von Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge bei Kanalerneuerungsprojekten.
- Klimaangepasste Gestaltung und Unterhaltung von Gewässern.
- Intensivierung des naturnahen Umgangs mit Regenwasser.
- Strategie zur Dach- und Freiflächenbegrünung insbesondere bei der Innenentwicklung, Ausweitung der Förderaktivitäten.
- Handlungskonzept Stadtbäume.
- Trinkwasserbereitstellung an Hitzetagen.
- Verfahrensregeln zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in formellen und informellen Planungs- und Entscheidungsprozessen.
- Umsetzungsmanagement für die Klimaanpassungsstrategie.
- Evaluierung der Anwendung der Stadtklimaanalyse in Planungsverfahren.
- Obligatorische Prüfung der Notwendigkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen in Bau- und Stadtentwicklungsprozessen.

Stadtgemeinde Bremerhaven

- Stadtgebietsweite Bewertung und Modellierung von Überflutungsgefährdungen.
- Einführung der Förderung für Gründachausbau im Stadtgebiet.
- Konzept für eine wassersensible Stadt- und Freiraumgestaltung.
- Konzept zum Schutz vor Überhitzung in öffentlichen Gebäuden.
- Handlungskonzept Stadtbäume.
- Trinkwasserbereitstellung an Hitzetagen.
- Leitlinien zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in formellen und informellen Planungs- und Entscheidungsprozessen.
- Umsetzungsmanagement für die Klimaanpassungsstrategie.
- Klimawandelgerechte Gewerbeflächenentwicklung (am Beispiel Luneplate).
- Klimaangepasste Gestaltung und Unterhaltung von Gewässern.
- Obligatorische Prüfung der Notwendigkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen in Bau- und Stadtentwicklungsprozessen.

Land Bremen

- Stadtklimaanalyse für Bremerhaven im Rahmen der Aufstellung des LaPro Bremerhaven.
- Fachkarte zur Sicherung und Weiterentwicklung klimatisch relevanter Grünflächen und -korridore in Bremerhaven.
- Monitoring des Grundwassers.
- Verbessertes Schutzgebietsmanagement.
- Sicherstellung langfristig klimawandelgerechter Küstenschutzsysteme.
- Informationskampagne zur Klimaanpassung.
- Integriertes Konzept zur Bewältigung von Extremwetterereignissen.
- Klimaanpassungskonzepte für die Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven.
- Modellierung klimawandelbedingter Grundwasseränderungen im Land Bremen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2: Klimaschutz: Das landesgesetzliche Leitziel, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, ist im Jahr 2035 in Sicht.

- Verstärkte Nutzung der Erneuerbaren Energien.
- Ausstieg aus der Kohleverstromung, so schnell wie möglich.
- Realisierung anspruchsvoller energetischer Standards KfW 40 im Neubaubereich.
- Klimaschutz im Bauen und der Bauleitplanung.
- Energetische Sanierung des Gebäudebestandes.
- Effiziente Energienutzung aus der Abfallverbrennung, von industrieller Abwärme und von Erneuerbaren Energien in der Nah- und Fernwärmeversorgung.
- Steigerung der Energieeffizienz im industriell-gewerblichen Sektor.
- Förderung einer sparsamen und effizienten Energienutzung im Bereich der privaten Haushalte.
- Neue Verbindung der Fernwärmenetze Ost und Universität/Technologiepark.
- Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Klimaschutzagentur Energiekonsens.
- Ziel einer klimafreundlichen Verwaltung, die CO₂-Emissionen maximal senkt und die verbleibende Menge kompensiert.
- Ausbau der Verkehrsmittel des Umweltverbundes.
- Verstärkte Nutzung und Förderung alternativer Antriebsformen im Verkehrssektor, insbesondere im ÖPNV.
- Einstieg in die Nutzung von grünem Wasserstoff im Rahmen der Sektorenkopplung zur Förderung der Energiewende (Power to Gas).
- Integriertes Gesamtkonzept zur Verminderung von CO₂-Emissionen und Machbarkeitsstudie zum Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur im Bereich Fischereihafen und angrenzender Bereiche.
- Das in Bremerhaven bereits etablierte Produktions-, Entwicklungs- und Logistikcluster im südlichen Fischereihafen wird durch den Bau der für einen möglichst restriktionsfreien Zugang zum seeschifftiefen Wasser erforderlichen Hafeninfrastuktur ergänzt, um den Ausbau der Offshore-Windenergie zu beschleunigen.
- Energetische Sanierungen mieterfreundlich und fair gestalten.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3: Nachhaltiges Wirtschaften: Das Land Bremen ist als Standort von Umwelttechnologien, betrieblichen Umweltinnovationen, Förderung von ressourceneffizienten Nachbarschaften und Suffizienzprojekten etabliert

- Produkte, Verfahren und Dienstleistungen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz fördern.
- Kreislaufwirtschaft anstreben, Abfallvermeidung fördern, Recyclingquoten erhöhen.
- Ressourcenschonung, Rohstoff- und Materialeffizienz als Leitbild im Sinne des Suffizienzansatzes etablieren.
- Steigerung der Zahl innovativer, die Umwelt entlastender Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.
- Langlebigkeit für im Land Bremen produzierte Produkte als Thema in Förderprogrammen adressieren.
- Entwicklung von Schwerpunkt- beziehungsweise Querschnittsthemen, zum Beispiel: „Ressourceneffizienz am Bau“, Suffizienz durch vielfache und variable Nutzung von Gebäuden fördern.
- Ausbau und Weiterentwicklung der Partnerschaft Umwelt Unternehmen hin zu unternehmensübergreifenden Kooperationen mit dem Ziel, ressourceneffiziente Nachbarschaften zu entwickeln, gemeinschaftliche Nutzung von Infrastruktur.
- Nachhaltiges Gewerbegebiet Bohmsiel.
- Entwicklung des grünen Gewerbegebiets auf der Luneplate in Bremerhaven mit Bau eines Gründerzentrums nach den Cradle-to-cradle-Grundsätzen.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 4: Umweltbildung, -engagement und Qualifizierung: Nachhaltige Lebensstile werden durch frühzeitige und stetige Umweltbildung und die Förderung des ökologischen Ehrenamtes gestärkt.

- Verstetigung und Ausbau der stadtteilbezogenen Basiseinrichtungen für Umweltbildung, einschließlich Ausweitung des Angebots auf Bremerhaven.
- Umweltbildung für Kinder und Jugendliche: Verstetigung der Arbeit der Koordinierungsstelle Umwelt Bildung Bremen zum Ausbau eines Netzwerkes.
- Ausbau des Angebots des ökologischen Jugendfreiwilligendienstes FÖJ.
- Verstetigung gemeinnütziger Umweltbildungsprojekte für Kinder und Jugendliche sowie von Projekten zu „Umwelt- und Naturschutz“ sowie zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.
- Verbesserung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Natur durch Fortschritte im Bereich der Umweltpädagogik.
- Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Projekte, regionale und überregionale Lehrgänge und berufliche Qualifizierungen auf Dauer fördern.

> Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 5: Ökologisches und nachhaltiges Verwaltungshandeln: Bremen und Bremerhaven sind bei der ökologischen öffentlichen Beschaffung und der nachhaltigen Mobilität Vorreiter.

- Schrittweise Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung insbesondere über die zentralen Beschaffungsstellen (Entwicklung von Standards, Umsetzung in der Beschaffungspraxis).
- Entwicklung einer ressortübergreifenden, nachhaltigen Mobilitätsstrategie (einschließlich Dienstwagenpooling, Car-Sharing, Dienstreisen, Dienstgänge etc.).
- Projekt „Biostadt Bremen“: Umsetzung des Aktionsplans 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen.
- Stärkung geeigneter Verwaltungsstrukturen in Bremerhaven.



Von **Gerechtigkeit und Vielfalt** erzählt auch die Geschichte der Bremer Stadtmusikanten. Sie ist ein starkes Symbol für Toleranz und Stärke, die aus Diversität erwachsen kann. Für mich ist das der Markenkern Bremens. Darauf sollte sich das Land besinnen – und ihn ausbauen: Bremen 2035, eine weltoffene und tolerante Freie Hansestadt, in der die Chancen auf ein gutes Leben gerecht verteilt sind.

www.zukunft.bremen.de

FÜR GERECHTIGKEIT UND VIelfALT DIE BREMER STADTMUSIKANTEN

TEILHABE, TOLERANZ UND GESCHLECHTER- GERECHTIGKEIT STÄRKEN UNSERE DEMOKRATIE

Die Freie Hansestadt Bremen steht für Freiheit und Souveränität. Das ist Bremens DNA. Kann es eine bessere Basis, ein besseres Erbe für ein gutes Leben geben? Wenn Bremen sich derzeit seiner Stärken besinnt und politische Handlungsfelder neu justiert, geschieht das mit dem Blick nach vorn. Am Ziel gibt es aus meiner Sicht keinen Zweifel: Strukturen müssen so verändert werden oder neu entstehen, dass Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sozialen Lage und ihres Alters gleiche Chancen zur Teilhabe haben und ihre Potenziale entfalten können. Das muss Ziel der Stadtgesellschaft sein – und sie wird enorm davon profitieren.

Echte Teilhabe vollzieht sich überall: in Kita, Schule, Ausbildung und Arbeitswelt, im Quartier, bei Sport, Kultur und Mobilität. Nur wenn sie alle Menschen einschließt und beteiligt, können Zusammenhalt, Zugehörigkeit, Miteinander und Engagement entstehen. Wenn wir aber zum Beispiel die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen als gegeben hinnehmen, nehmen wir Teilhabe am Arbeitsmarkt nicht ernst. Wenn wir Gewalt an Frauen zur Privatsache erklären, akzeptieren wir eine Gesellschaft, die auf Ungleichheit und Diskriminierung baut. Und wo sich Berufs- und Lebensplanung von Mädchen und Jungen früh und einschlägig bahnen, müssen wir wirkende Stereotype hinterfragen, um gleiche Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung zu schaffen.



Bettina Wilhelm

Landesbeauftragte für Frauen

Es gilt deshalb, genau hinzuschauen und an die Wurzeln zu gehen. Wollen wir Armut wirkungsvoll bekämpfen, müssen die wesentlichen Faktoren, die sie kennzeichnen – Geschlecht, Herkunft und Alter – nicht nur anerkannt, sondern Ausgangspunkt einer jeden Maßnahme sein. Toleranz und Geschlechtergerechtigkeit sind unverzichtbar für eine Demokratie, die eben auch erst dann als wertvoll und einladend von allen wahrgenommen wird, wenn ihr Kern – Gerechtigkeit – gelebt wird.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Es gilt, sie zu verteidigen und zu verbessern. Dazu braucht es Auseinandersetzung, Diskussion und das Ringen um Kompromisse. Zugegeben: Das ist bisweilen anstrengend. Aber es sollte uns nicht davon abhalten, immer wieder gemeinsam zu fragen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Ob Integration, Populismus oder Digitalisierung: Geschlechtergerechtigkeit ist auch ein Indikator für Fortschritt – ein Gradmesser und Ansatzpunkt zugleich, die Welt demokratischer zu gestalten.



www.zukunft.bremen.de

Inklusion in Kindertagesstätten.

GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE ALLER STÄRKT UNSERE GESELLSCHAFT

UM EINE WIRKSAME
GLEICHBERECHTIGTE
UND SELBSTBESTIMMTE
TEILHABE BEHINDERTER
MENSCHEN TATSÄCHLICH
ZU ERREICHEN, MUSS
DIE ENTSTEHUNG
NEUER BARRIEREN
VERHINDERT WERDEN.



Dr. Joachim Steinbrück

Landesbehindertenbeauftragter

Im Bundesland Bremen leben mehr als hunderttausend Menschen mit einer anerkannten Behinderung. Etwa 55 000 davon sind schwerbehindert. Bremens Landesverfassung und die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten den Staat dazu, die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen zu fördern und bestehende Benachteiligungen abzubauen.

Die Teilhabe behinderter Menschen ist in Bremen bereits seit langem ein wichtiges Thema in Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Dies belegen zahlreiche Beispiele wie die Einführung von Niederflurbussen und Straßenbahnen in den 80er Jahren des vorherigen Jahrhunderts, die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern in Kindertagesstätten seit mehr als 30 Jahren, die Entwicklung von neuen selbstbestimmten Wohnformen für Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen im Quartier sowie die Ansätze zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraums sowie öffentlicher Gebäude. Auch haben sich in den Stadtgesellschaften Bremens und Bremerhavens Netzwerke verschiedenster Akteure entwickelt, die die Teilhabe behinderter Menschen ausgestalten und voranbringen. Zu nennen sind vor allem die behinderten Menschen selbst und ihre Vertretungen, die sich als Expertinnen und Experten in eigener

Sache beispielsweise im Arbeitskreis „Protest gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen“, im Inklusionsbeirat Bremerhavens sowie im Landesteilhabebeirat für Selbstbestimmung und Teilhabe stark machen. Um aber eine volle wirksame gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe behinderter Menschen, wie sie die UN-BRK anstrebt, tatsächlich zu erreichen, müssen die bisherigen Ansätze weiterentwickelt und die Entstehung neuer Barrieren und ausgrenzender Strukturen verhindert werden.

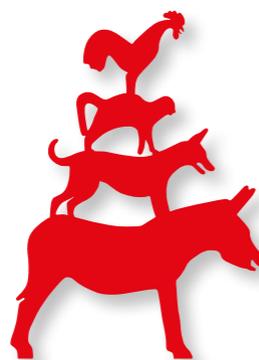
Bis 2035 sind bestehende bauliche Barrieren im öffentlichen Verkehrsraum und älteren öffentlichen Gebäuden konsequenter als bisher zu beseitigen, Wohnangebote im Quartier für behinderte und ältere Menschen mit Unterstützungsbedarfen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, weiterzuentwickeln ebenso wie die inklusiven Ansätze im Erziehungs- und Bildungssystem sowie in den Bereichen Ausbildung und Beruf. Eine umfassende Teilhabe aller, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer sexuellen Identität, ihrer nationalen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung oder dem Vorliegen einer Behinderung kann unsere Gesellschaft nur stärken. Die Gestaltung einer solchen Gesellschaft ist ein lohnenswertes Ziel.

WELTOFFEN, MARITIM UND INNOVATIV MARKENKERNE PFLEGEN UND WEITERENTWICKELN

Was Menschen von der Stadt halten, in der sie leben, wird nur zu einem geringeren Teil von objektiven Tatsachen und Zahlen geprägt. Viel wichtiger sind die subjektiven Vorstellungsbilder. Die Summe dessen, was die Bewohner*innen im Kopf haben, wenn sie an ihre Stadt denken, macht die Stadtidentität aus. Sie kann sogar zum Bestandteil persönlicher Identitäten werden. Denn wer kommt nicht gern aus einer Stadt, die etwas gilt.

Das Selbstbild einer Stadt beeinflusst

nicht unerheblich ihr Fremdbild, das Image, das sie bei Auswärtigen hat. Denn wie die Bürger*innen über ihre Stadt denken und sprechen, teilt sich – in der digitalen Welt zumal – zigtausendfach nach außen mit. Und das Image ist maßgeblich für Antworten auf Fragen wie: Soll ich dorthin ziehen? Soll ich dort studieren? Soll ich dort investieren? Lohnt sich ein Besuch?



Weil Identität und Image eine Stadtmarke bestimmen wie jede andere Marke auch, untersucht der Lehrstuhl für innovatives Markenmanagement der Universität Bremen seit 2007 regelmäßig Identität und Image der beiden Schwesterstädte. Aus den vorliegenden Daten lassen sich folgende langfristig wirksame Faktoren bestimmen.

Beide Städte haben einen relativ stabilen Markenkern, der von innen wie von außen positiv gesehen wird. Er ist weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Konjunkturen, Trends, Moden und auch politischen Auf- und Abs. Denn er wird vor allem von kaum veränderlichen Merkmalen wie Stadtbild und

Stadtstruktur bestimmt. Bremen ist in der Außen- wie in der Binnensicht eine schöne historische Stadt (mit Weltkulturerbe!) mit viel Grün und einer attraktiven Lage am Wasser. Bremen ist eine Großstadt, die alles hat, zugleich aber überschaubar ist. Sie stresst ihre Bewohner*innen und Besucher*innen weit weniger als Wettbewerberinnen. Das gefällt den meisten Menschen. Dazu verfügt Bremen über ein herausragendes Merkmal und Zeichen, die Stadtmusikanten, die weltweit für Bekanntheit und Sympathie sorgen.

Bremerhaven ist maritim – Punkt!

Das demonstrieren seine Häfen und Werften, seine Tourismusattraktionen und Wissenschaftseinrichtungen und nicht zuletzt auch die von der Nähe zum Meer geprägten Menschen.

Wenn diese Markengerne gepflegt und selbstbewusst kommuniziert werden, sind sie eine kostbare Ressource auch für die Zukunftsgestaltung.

In unseren Studien fällt die Identität

der Bremer*innen positiv aus dem Rahmen. In keiner der untersuchten Vergleichsstädte war die emotionale Verbundenheit der Bürger*innen mit ihrer Stadt bislang höher. Selbst wenn sie seit der letzten empirischen Erhebung vielleicht gelitten hat, ist die beeindruckende Zuneigung der Bevölkerung zu ihrer Stadt (einschließlich der Zugezogenen, wie eine Studie unter Fachkräften gezeigt hat) ein großes Potenzial, das für die Zukunftsgestaltung auf jeden Fall aktiviert und genutzt werden kann. Wenn Probleme, wie durch den Zukunftsprozess aufgezeigt, gelöst und neue Perspektiven eröffnet werden, wird das angestammte und sich auffrischende

IN KEINER DER UNTERSUCHTEN VERGLEICHSTÄDTE WAR DIE EMOTIONALE VERBUNDENHEIT DER BÜRGER*INNEN MIT IHRER STADT BISLANG HÖHER.



Prof. Dr. habil. Christoph Burmann

Lehrstuhl für innovatives Markenmanagement (LiM) an der Universität Bremen

Selbstbild zu einer Triebkraft der Entwicklung. Das ist ebenso für Bremerhaven zu erwarten, wo die Identität bisher deutlich selbstkritischere Züge trägt. Wirtschaftliche und soziale Probleme der Vergangenheit wirken nach. Doch auch hier ist die Verbundenheit der Bürger*innen mit ihrer Stadt ein Pfund, mit dem in einem Zukunftsprozess gewuchert werden kann.



Allein durch einen klaren Focus auf typische, unverwechselbare Merkmale können sich Bremen und Bremerhaven von anderen Städten positiv abheben. Allerdings haben nur wenige „Markposten“ eine Chance, neben dem Markenkern zu einem Markeninhalt zu werden, der auch tatsächlich „buten“ wie „binnen“ wahrgenommen wird. Umso wichtiger ist es,

Das Land Bremen hat mit seinen beiden Städten den mühsamen, aber langfristig einzig wirkungsvollen Weg eingeschlagen, ihre Neugestaltung im Dialog mit Interessen- und Anspruchsgruppen und auch in öffentlichen Foren zu planen. Im Rahmen von „Zukunft Bremen 2035“ wird deutlich, wo Konsens der Akteure herrscht. Das bündelt Kräfte und gibt Orientierung. Dieses Vorgehen muss übertragen werden auf die Weiterentwicklung von Identität und Image.

Denn die Frage nach dem Charakter Bremens und Bremerhavens muss immer wieder neu beantwort-

sie in einem breiten Konsens der Akteure auszuwählen. Wenn sie für eine Mehrheit der Bevölkerung nicht interessant oder attraktiv genug sind, wie das oft bei Erfolgsfaktoren der Wirtschaft der Fall ist, kann eine strikte Orientierung an Zielgruppen helfen. Auch eine zielgerichtete und schlagkräftig konzipierte Kommunikation kann jedoch ohne ausreichende Budgets keine durchschlagende Wirkung entfalten. Auch dafür muss in einem Zukunftsprozess des Marketings Konsens erzeugt werden. Auf jeden Fall werden Bremen und Bremerhaven als zukünftige Smart Cities ihre Stärken und Vorteile auf allen digitalen Kanälen wirkungsvoll verbreiten.

DIE MITGLIEDER
DES ZUKUNFTSRATES**Landrat Jörg Bensberg**

Vorsitzender
Metropolregion Bremen-Oldenburg
im Nordwesten e.V.

Bürgermeister**Dr. Andreas Bovenschulte**

Vorsitzender
Kommunalverbund Niedersachsen/
Bremen e.V.

Libuse Cerna

Vorsitzende
Bremer Rat für Integration

Annette Düring

Vorsitzende
DGB Bremen-Elbe-Weser

Harald Emigholz

Präses
Handelskammer Bremen

Dr. Heidrun Gitter

Präsidentin
Ärztelkammer Bremen

Nikolai Goldschmidt

Geschäftsführer
Bremer Jugending

Pierre Hansen

Vorstandssprecher
ZentralElternBeirat Bremen

Doris Hülsmeier

Vorsitzende
Gesamtpersonalrat Bremen

Dr. Arnold Knigge

Vorstandssprecher
LAG Freie Wohlfahrtsverbände

Florian Kolsch

Vorstandssprecher
ZentralElternBeirat Bremerhaven

Jan-Gerd Kröger

Präses
Handwerkskammer Bremen

Peter Kruse

Präsident
Arbeitnehmerkammer Bremen

Barbara Lison

Direktorin
Stadtbibliothek Bremen

Landrat Bernd Lütjen

Vorsitzender
ZVBN Bremen/Niedersachsen

Lutz Oelsner

Präsident
Die Unternehmensverbände
im Lande Bremen e.V.

Joachim Ossmann

Vorsitzender der Geschäftsführung
Agentur für Arbeit
Bremen-Bremerhaven

Heiner Pott

Verbandsdirektor
Verband der Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft in
Niedersachsen und Bremen e.V.

Simon Reimer

Vorstand
Verein Bremer Spediteure e.V.

Martin Rode

Geschäftsführer
BUND Landesverband Bremen e.V.

Peter Sakuth

Vorsitzender
ARGE Freier Wohnbau

Prof. Dr.-Ing. Bernd Scholz-Reiter

Vorsitzender
Landesrektorenkonferenz
Universität Bremen

Dorothee Starke

Amtsleitung
Kulturamt Bremerhaven

Andreas Vroom

Präsident
Landessportbund Bremen e.V.

Jörg Zager

Vorsitzender
Gesamtpersonalrat Bremerhaven

DIE EXTERNEN
EXPERT*INNEN**Prof. Dr. Uwe Blien**

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung (IAB)
Forschungsbereichsleiter
Regionale Arbeitsmärkte

Prof. Dr.-Ing. habil. Dirk Heinrichs

Deutsches Zentrum für Luft-
und Raumfahrt e.V. (DLR)
Abteilungsleiter Mobilität und
Urbane Entwicklung

L. Daniel Hosseus

Zentralverband der
Deutschen Seehafenbetriebe e.V.
Hauptgeschäftsführer

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Matthias Kleiner

Präsident der Leibniz-Gemeinschaft

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch

Universität Paderborn
Professorin für Bildungssoziologie

Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber

Technische Universität Berlin
Universitätsprofessorin, Bestands-
entwicklung und Erneuerung von
Siedlungseinheiten

Prof. Dr. Hannes Schammann

Universität Hildesheim
Professor für Migrationspolitik

Prof. Dr. Hartmut Topp

topp.plan: Stadt.Verkehr.Moderation

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

ehemaliger Direktor des Deutschen
Instituts für Urbanistik

DIE MITGLIEDER
DER ZUKUNFTSKOMMISSION**Dr. Carsten Sieling (Vorsitz)**

Bürgermeister
Präsident des Senats

Karoline Linnert (stellvertr. Vorsitz)

Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen

Ulrich Mäurer

Senator für Inneres

Martin Günthner

Senator für Justiz und Verfassung
Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Häfen

Dr. Claudia Bogedan

Senatorin für Kinder und Bildung

Anja Stahmann

Senatorin für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt

Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Dr. Joachim Lohse

Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Melf Grantz

Oberbürgermeister der
Stadt Bremerhaven

PROJEKTBURO

Christian Bruns

Leiter

Insa Junge

Mitarbeiterin

Laura Ledamun

Werkstudentin

In Zusammenarbeit mit

Dr. Ralph Baumheier

Leiter Abteilung Koordinierung
und Planung in der Senatskanzlei

DIE MITGLIEDER DER
RESSORTÜBERGREIFENDEN
STEUERUNGSRUNDE**Dr. Olaf Joachim**

Chef der Senatskanzlei

Dietmar Strehl

Staatsrat für Finanzen

Ulrike Hiller

Bevollmächtigte der Freien Hanse-
stadt Bremen beim Bund, für Europa
und Entwicklungszusammenarbeit

Thomas Ehmke

Staatsrat für Inneres

Jörg Schulz

Staatsrat für Justiz und Verfassung
sowie für Häfen

Frank Pietrzok

Staatsrat für Kinder und Bildung

Carmen Emigholz

Staatsrätin für Kultur

Jan Fries

Staatsrat für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport

Gerd-Rüdiger Kück

Staatsrat für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Ronny Meyer

Staatsrat für Umwelt

Jens Deutschendorf

Staatsrat für Bau und Verkehr

Ekkehart Siering

Staatsrat für Wirtschaft und Arbeit

Henning Lühr

Staatsrat für Finanzen

Claus Polansky

Magistratsdirektor Bremerhaven

Bettina Wilhelm

Landesbeauftragte für Frauen

Dr. Joachim Steinbrück

Landesbehindertenbeauftragter

DIE MITGLIEDER
DER RESSORT-AG¹**Dr. Ralph Baumheier**

Senatskanzlei

Dr. Daniel Buscher

Senatorin für Finanzen

Jörn Hendrichs

Bevollmächtigte beim Bund,
für Europa und Entwicklungs-
zusammenarbeit

Lutz Müller

Senator für Inneres

Michael Huesmann

Senatorin für Kinder und Bildung

Dr. Andreas Mackeben

Senator für Kultur

Dr. Petra Kodré

Senatorin für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport

Dr. Heide Ahrens

Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Dr. Arne Sünemann

Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Sven Wiebe

Senator für Wirtschaft, Arbeit
und Häfen

Bärbel Reimann

Bremische Zentralstelle für
die Verwirklichung der Gleich-
berechtigung der Frau

Andrea Toense

Magistrat Bremerhaven

¹ Koordinator*innen in den Senats-
ressorts sowie bei der ZGF und in der
Magistratskanzlei

DANK

Allen Beteiligten am Zukunftsprozess gilt der Dank des Bremer Senats und des Oberbürgermeisters der Stadt Bremerhaven.

Wir bedanken uns insbesondere bei den vielen Vertreter*innen der Stakeholder und den Mitarbeiter*innen der Senatsressorts und des Magistrats für ihre kreativen Ideen und Vorschläge in den Workshops und Arbeitsgruppen sowie bei den Mitgliedern der Ressortübergreifenden Steuerungsrunde und der Ressort-AG für ihre konstruktive Prozessbegleitung.

Unser weiterer Dank gilt Annemarie Struß-von Poellnitz für die exzellente Textarbeit, Barbara Hechenrieder und Anna-Lena Völker von der WFB für die kompetente grafische Gestaltung und Dr. Klaus Sondergeld für seine kluge Beratung bei der Entstehung des Ergebnisberichts.

Schließlich bedanken wir uns bei Prof. Dr. Will Friedmann für die erfolgreiche Leitung der drei Klausurtagungen und Prof. Dr. Sven Hermann für die gelungene Moderation der öffentlichen Veranstaltungen.

IMPRESSUM

Fotonachweis

Titel WFB/Jonas Ginter, Sven Jachens, **S. 2/3** WFB/Jonas Ginter, **S. 4** WFB/Jonas Ginter, **S. 5** Adobe Stock, **S. 6** Senatskanzlei, **S. 10** WFB/Jonas Ginter, **S. 13** Frank Schildt, **S. 16/17** iStock/vgajic, **S. 18** iStock/Wavebreakmedia, **S. 19** iStock/Portra, **S. 20** Universität Bremen, **S. 22/23** Daimler AG, **S. 24** huber staudt architekten bda, **S. 25** BLG Logistics, **S. 26** OHB, **S. 28/29** iStock/dusanpetkovic, **S. 30** iStock/sturti, **S. 31** iStock/KatarzynaBialasiewicz, **S. 33** Senatskanzlei, **S. 34/35** WFB/Studio B, **S. 36** BIS Bremerhaven/CITYFÖRSTER/urbanegestalt/Transsolar, **S. 37** WFB/Jens Lehmkuhler, **S. 38** Ingo Wagner, **S. 40/41** Alfred-Wegener-Institut/Esther Horvath, **S. 42/43** Ingo Wagner, **S. 44** Universität Bremen, **S. 46/47** WFB/Jonas Ginter, **S. 48** iStock/littlehenrabi, **S. 49** BLG Logistics, **S. 50** BSAG, **S. 52/53** WFB/Jonas Ginter, **S. 54/55** WFB/Jonas Ginter, **S. 56** WFB/Jens Lehmkuhler, **S. 59** iStock/romrodinka, **S. 65** Senatskanzlei, **S. 67** iStock/mihailomilovanovic, **S. 73** Daimler AG, **S. 75** Arbeitnehmerkammer Bremen/Kay Michalak, **S. 81** iStock/manop1984, **S. 85** Senatskanzlei, **S. 87** WFB/Jonas Ginter, **S. 93** WFB/Thomas Hellmann, **S. 97** WFB/Jonas Ginter, **S. 98** Bremer Jugendring, **S. 102** iStock/Geber86, **S. 105** WFB/Jonas Ginter, **S. 111** WFB/Jonas Ginter, **S. 115** Ingo Wagner, **S. 117** BIS/Scheer, **S. 123** Alfred-Wegener-Institut/Mario Hoppmann, **S. 129** WFB/Jonas Ginter, **S. 135** Ingo Wagner, **S. 137** Ingo Wagner, **S. 143** Arbeitnehmerkammer Bremen/Stefan Schmidbauer, **S. 145** PROCON/Bremer Weser-Stadion GmbH, **S. 150** WFB/Ingo Wagner, **S. 152** iStock/kali9, **S. 159** Lucas Bäuml, WFB/Jonas Ginter, Torsten Krüger

Gestaltung

WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH

Druck

Berlin Druck

Urheberhinweis

Texte, Bilder und Grafiken dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Die Verwendung von Inhalten dieser Broschüre für Wahlwerbungszwecke ist untersagt.

Creative Commons (CC-Lizenz)

Texte:



by - nc - nd

Bilder/Grafiken: keine CC-Lizenz

Bremen, 15. Oktober 2018



**BREMEN
BREMERHAVEN
ZWEI STÄDTE. EIN LAND.**



Herausgegeben von
der Pressestelle des Senats

Senatskanzlei Bremen

Am Markt 21
28195 Bremen
office@sk.bremen.de
www.senatspressestelle.bremen.de
Twitter: RathausBremen News

www.zukunft.bremen.de